

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Mir liegt am Herzen, Ihnen dafür Dank zu sagen, daß trotz der Beanspruchung, der Sie in diesen Wochen ausgesetzt sind, die Einladung zu unserem heutigen Gesprächskreis ein so freundliches Echo gefunden hat.

Wenn der Bergedorfer Gesprächskreis den Tag danach, also den Tag nach den Bundestagswahlen dieses Jahres diskutiert, so meint er selbstverständlich nicht den 4. Oktober, sondern die Zeit, in der eine neu gewählte Bundesregierung darangeht, ihre Regierungserklärung auszuarbeiten, gewissermaßen den innenpolitischen Spielraum auszumessen. Wir wissen nicht, welche von den Parteien, die jetzt ihre Kräfte im Wahlkampf miteinander messen, diese neue Bundesregierung bilden werden, welche Personen dann in den Vordergrund treten und ob sie Erfolg haben werden. Wir wollen heute auch keinen Versuch machen, irgendein Wahlergebnis vorwegzunehmen.

Dieses Gespräch ist insofern ein Experiment, als wohl unterstellt werden kann, daß alle Parteien sich vor einer so wichtigen Wahl hüten, sich in ihre Karten gucken zu lassen und mögliche Alternativen detailliert darzustellen. Dennoch hoffe ich, daß nicht nur ein Scheingespräch geführt wird, sondern daß es uns gelingt, den Nebel über der Gedankentiefe ein wenig zu lichten.

Eines läßt sich wohl vorweg sagen: Wer auch immer die Bundesregierung bilden wird, wird sie in der politischen Mitte bilden. Wäre das nicht so, man könnte sicher nicht riskieren, in einer hoffentlich doch kontroversen Diskussion eine gemeinsame Prognose zu erarbeiten oder, genauer gesagt, eine Art Kostenvoranschlag zu machen für das, was in den nächsten vier Jahren notwendig und möglich ist. Das Wünschenswerte wird dabei, wie ich vermute, etwas im Hintergrund bleiben; denn der Handlungsspielraum der deutschen Politik ist auch nach der Bundestagswahl durch die Mittel begrenzt, die zur Verfügung stehen.

Bekanntlich bewegen wir uns seit einigen Jahren - Regierung ebenso wie Opposition - ein bißchen hinkend auf dem kargen Boden der Tatsachen. Ich sehe auch kein Wahlprogramm irgendeiner Partei, das den Mut gehabt hätte, diesen aus der Rezessionserfahrung gefilterten Realismus neuen Hoffnungen und Erwartungen zu opfern. Deshalb, so meine ich, wird die Wirtschaftspolitik, und zwar eine pragmatische Wirtschaftspolitik, eng verbunden mit der Einkommenspolitik nach wie vor die größte Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

So wenig ich unserem Gespräch vorgreifen möchte, so sehr liegt mir daran, mit meinen Hinweisen auf die politische Mitte und die Begrenztheit der Mittel nicht mißverstanden zu werden: Die deutsche Politik wird sich auch in den nächsten Jahren nicht in der Haltung eines bloßen Status quo, im Konservieren des gerade Bestehenden erschöpfen. Die Einführung der Mitbestimmung war eine wichtige Veränderung; sie wird nicht die letzte gewesen sein.

Wenn das Feld der politischen Mitte als Ortsbestimmung den Handlungsspielraum der deutschen Politik festlegt, was ist dann ihre Zielbestimmung?

Faßt man einmal die letzten sieben Jahre als eine Epoche auf - und das ist wohl nicht unerlaubt;- dann wird deutlich, wie schwer es war, eine solche Zielbestimmung zu erarbeiten. Manche wollten der Industriegesellschaft eine Grenze setzen - Grenzen des Wachstums - und sahen sich unversehens den Gefahren der Rezession gegenüber. Oder nehmen Sie die allgemeinen Reformervorstellungen oder die europäischen Hoffnungen oder die Hoffnungen auf eine neue Phase der Weltwirtschaft.

Skepsis machte sich gut, um viele Enttäuschungen zu überwinden. Aber Skepsis ist kein ausreichendes Motiv für eine neue Bundesregierung. Ich wünsche mir so wenig wie irgendein anderer rosaroter Optimismus. Aber ich denke auch, daß wir eine neue Option auf die Zukunft brauchen. Wo ist, so würde ich es als Unternehmer formulieren, die Marktlücke für eine kreative Politik der nächsten Jahre? Wie läßt sich also unser Handlungsspielraum erweitern?

Herr Dahrendorf, ein interessierter Beobachter, aber kein Teilnehmer dieses Wahlkampfes, hat dankenswerterweise die Regie unseres Gespräches übernommen. Vorsichtshalber haben wir auf ein

Referat verzichtet. An Thesen wird es uns ja nicht fehlen. Daß wir in unserem von Parteien und Interessengruppen unabhängigen Bergedorfer Gesprächskreis keine Wahlkampfdebatten führen, ist wohl in seiner 15jährigen Geschichte hinreichend deutlich geworden. Sinn und Zweck dieses Gespräches ist es, denen zu helfen, die nach dem Wahlkampf die Politik der nächsten vier Jahre planen müssen, sei es in der Regierung, in der parlamentarischen Mehrheit oder in der Opposition.

Fragenkatalog*

1. Die Wirtschaftspolitik steht im Zeichen einer aufsteigenden Konjunktur unter generell schwierigeren Wachstumsbedingungen. Stehen wir vor der Notwendigkeit einer Überprüfung des Profils der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung z. B. hinsichtlich Strukturpolitik, langfristigen Planungen, staatlicher Lenkung von Investitionen, Veränderungen der wirtschaftspolitischen Grundhaltung?

2. Ist die Rationalisierung der öffentlichen Ausgaben und eine Verlangsamung ihres Wachstums in den nächsten vier Jahren notwendig? Gefährdet die Beibehaltung des Anstiegsniveaus der letzten Jahre die Wachstumsgrundlagen, würde sie Steuererhöhungen notwendig machen?

3. Muß die Entwicklung der sozialen Leistungen überprüft werden? In welchen Bereichen, mit welchen Zielen?

4. Welchen Spielraum für innere Reformen werden Regierung und Parlament in den nächsten Jahren haben? Verbieten finanzielle Schwierigkeiten oder die Verfassungsstruktur weitgehende Veränderungen?

5. Verlangen Erhaltung und Entwicklung von freiheitlicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik

- eine stärkere Gemeinsamkeit der Demokraten

- entschiedene Maßnahmen zum Schutz vor Gegnern der Verfassung

' vor der Tagung vom Bergedorfer Gesprächskreis an alle Teilnehmer verschickt.

- den Ausbau der Rechte des Individuums? (z. B. weitere Fortschritte in Straf- und Prozeßrecht)

Dahrendorf

Herr Körber, Sie haben, wie das Ihre Art ist, dem Gesprächskreis eine erfrischende Einleitung mit auf den Weg gegeben. Ich möchte dem einige Bemerkungen hinzufügen, damit in etwa klar wird, in welche Richtung man unser Thema - Was sind die Spielräume der deutschen Innenpolitik nach der Bundestagswahl? - erörtern könnte.

Ohne hier eine Theorie der Politik entwickeln zu wollen, meine ich, daß es für die Politik eines Landes zu jeder Zeit zwei interessante Fragen gibt. Das eine ist die Frage nach dem Spielraum des Möglichen, also nach dem, was man tun kann. Das andere ist die Frage, was die Handelnden aus diesem Spielraum machen, wohin sie sich in diesem Spielraum bewegen wollen.

Ich zweifle nicht, daß auch über den Spielraum des Möglichen Meinungsverschiedenheiten bestehen können und bestehen. Es gibt in der politischen Diskussion stets die Tendenz, das, was man für wünschenswert hält, auch für machbar zu erklären. Daher wird es nicht ganz leicht sein, im Rahmen unserer Diskussion auseinanderzuhalten: Zum einen, was kann tatsächlich gemacht werden, und zum anderen, was wollen die politischen Gruppen, wobei manche bezweifeln, daß das, was diese Gruppen wollen, durchführbar ist.

Dennoch müßte es möglich sein, sich bis zu einem gewissen Grade über die Grenzen zu einigen, die die Politik der Bundesrepublik in den kommenden vier Jahren bestimmen werden. Innerhalb dieser Grenzen werden dann die eigentlichen Differenzen liegen. Ich möchte daher annehmen, daß unsere Diskussion nicht notwendig kontrovers verlaufen muß. Wer Diskussionen veranstaltet, sucht und wünscht ja in aller Regel Kontroversen. Wenn man aber versucht, Spielräume abzustecken, halte ich es für ebenso wichtig zu erkunden, wie weit man wohl gemeinsam gehen könnte, wenn man es wollte.

Was ist unter Spielraum zu verstehen? Ich will Ihnen hier nicht einen bestimmten Begriff oktroyieren, aber ich verbinde damit zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte. Den ersten will ich an dem gegenwärtig zentralen Thema der britischen Wirtschaftsordnungspolitik umreißen. Ich hatte vor kurzem ein ausgiebiges Gespräch mit einem der Sprecher der britischen konservativen Partei, in dem er mir darlegte, daß seine Partei die Einführung der Marktwirtschaft in Großbritannien in den Vordergrund stellen sollte. Wir müssen das tun, sagte er, was Ludwig Erhard 1948 oder 1949 in der Bundesrepublik Deutschland getan hat. Und doch mußte er einsehen, daß das im Konjunktiv oder Optativ gesagt ist, weil sich die Bundesrepublik 1948 gerade im Hinblick auf politische Spielräume in einer ganz und gar ungewöhnlichen Lage befunden hat.

Mir würde es überhaupt schwerfallen, eine andere Situation zu nennen, in der in einem Land der Spielraum für die Wirtschaftsordnungspolitik so groß war wie in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands vor Gründung der Bundesrepublik, also in der Zeit um die Währungsreform. Ich behaupte, daß man damals die Wahl hatte zwischen einem fast planwirtschaftlichen Vorgehen, das die bestehenden Kontrollen nur zögernd, an vielen Punkten vielleicht gar nicht aufgehoben hätte, bis hin zu dem, was mit dem Namen Erhard verbunden bleibt, also der entgegengesetzten, marktwirtschaftlichen Position.

In den Papieren meines Vaters fand ich unlängst hochinteressante Briefe, eigentlich mehr Instruktionen, die er 1948 als Vizepräsident des Wirtschaftsrates von seiner Partei, der Hamburger SPD, bekam: Er solle um Himmeis willen dafür sorgen, daß die Rationierung nicht aufgehoben werde, anderenfalls seien katastrophale Folgen für die ärmeren Bevölkerungsschichten zu befürchten. Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, daß diese Haltung, wenn darüber abzustimmen gewesen wäre, seinerzeit eine breite Unterstützung gefunden hätte, vielleicht eine breitere als jene andere Position, die sich dann tatsächlich durchgesetzt hat. 1948/49 war jedenfalls der Spielraum möglicher Entscheidungen in Deutschland außerordentlich groß, unvergleichlich viel größer, als er heute in Großbritannien ist.

Wenn man sich mit britischen Politikern ernsthaft über die Frage der Wirtschaftsordnungspolitik unterhält, müssen auch Konservative einsehen, daß sie gar nicht die Wahl haben, den großen Schritt zu tun, der im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik in der westdeutschen Politik getan werden konnte. In der Tat reduziert sich der Wunsch nach marktwirtschaftlichen Verhältnissen sehr bald auf ganz bestimmte, relativ enge Bereiche.

Großbritannien wird davon nicht wegkommen, daß 60 Prozent seines Bruttosozialprodukts unter öffentlichen, im wesentlichen staatlichen Vorzeichen hervorgebracht werden. Das zeigt, wie sich politischer Spielraum einengen kann, wie gering der Handlungsspielraum am Ende selbst bei einer entscheidenden Frage ist, bei der es erhebliche Meinungsunterschiede zwischen den politischen

Parteien gibt. Durch die vorgegebenen Bedingungen, beispielsweise die vorgegebenen Eigentumsverhältnisse, die langfristig angelegten Linien der Steuerpolitik und der Finanzpolitik und auch der wirtschaftspolitischen Orientierungen ist der Handlungsspielraum viel geringer, als die Wähler möglicherweise meinen.

Es gibt eine zweite Art von Spielraum, die für unsere Diskussion ebenso wichtig ist. Dieser Spielraum wird durch die zum Ausdruck gebrachten Meinungen der politisch Handelnden gesetzt. Hier geht es darum, abzustecken, wie breit das Spektrum der ausdrücklich formulierten politischen Auffassungen und Zielsetzungen ist. Was ist in diesem Sinne in einer gegebenen Situation tatsächlich möglich, was ist wahrscheinlich, was läßt sich vorhersagen? Dieser Spielraum ist sicher nicht so genau bestimmbar wie die gegebenen Bedingungen, unter denen Politiker operieren, aber er ist nicht minder wichtig.

Wir wollen über den Spielraum deutscher Politik sprechen, über die Möglichkeiten und Grenzen dessen, was getan werden kann. Dabei sollten wir uns im wesentlichen auf die innere Politik beschränken, obwohl ich sicher der letzte bin, der nicht sieht, daß die Zusammenhänge der inneren und der äußeren Politik gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik außerordentlich eng sind. Ich werde als Diskussionsleiter auch Bemerkungen nicht abschneiden, die diese Zusammenhänge herzustellen versuchen. Dennoch sollten wir uns auf die Bereiche der inneren Politik konzentrieren, wie sie durch die Ihnen vorliegenden Thesen gekennzeichnet sind.

Ich schlage vor, daß wir mit der Wirtschaftspolitik beginnen und dabei vor allem die ordnungspolitischen Fragen behandeln, ohne uns ausschließlich darauf zu konzentrieren.

Bei der Finanzpolitik ist nicht nur an die öffentlichen Ausgaben und ihre Entwicklung, sondern auch an die Einnahmenseite gedacht.

Der dritte Komplex betrifft die Sozialpolitik, und zwar im engeren Sinne, soweit sie nämlich die elementaren Lebenschancen des einzelnen angeht.

Beim vierten Punkt geht es um die inneren Reformen in den verschiedensten Bereichen. Dabei sollten wir nicht zuviel Zeit auf die Bildungspolitik verwenden. Denn damit hat sich der letzte Bergedorfer Gesprächskreis unter dem Thema: "Die Berufsgesellschaft und ihre Bildung" ausgiebig beschäftigt.

Schließlich könnten wir uns fünftens der Rechts- und Verfassungspolitik widmen.

Wir sollten uns zunächst etwas Zeit nehmen zu explorieren, wie weit man in den verschiedenen politischen Bereichen gehen kann und wo die Spielräume und das Spektrum unterschiedlicher Auffassungen in der deutschen Politik liegen. Dies hier ist ja keine Kabinettsitzung und auch keine Sitzung eines Parlamentsausschusses, in der man in einem begrenzten Zeitraum zu einem bestimmten Ergebnis kommen muß.

Noch einige Worte zur ersten These. Zweifellos tritt die deutsche Politik auch nach dem 3. Oktober im Zeichen einer günstigen Konjunkturerwicklung an. Dies gilt für viele entwickelte Länder, in besonderem Maße aber für die Vereinigten Staaten und für die Bundesrepublik. Das ist sicher eine wichtige Tatsache für alles, was man sich für die nächsten vier Jahre vornimmt. Es macht vielleicht ein wenig vergeßlich. Es eröffnet andererseits auch Chancen, die unter schwierigeren wirtschaftlichen Umständen nicht gegeben wären.

Für mich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage: Was ist eigentlich seit 1973 geschehen? Kehrt das, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, in regelmäßigen Abständen wieder? Das würde bedeuten, wir müßten die vorhandenen Instrumentarien weiter entwickeln. Oder war es eine Art einmaliger Betriebsunfall, der jetzt überwunden ist und in dieser Form nicht wiederkehren wird? Dann könnten wir bis zu einem gewissen Grade die Grundsätze, Zielsetzungen, Verfahrensweisen und Instrumente wieder aufgreifen, die viele Jahre lang für die Menschen in den entwickelten Ländern von großem Nutzen waren. Oder ist das, was wir in den Jahren 1974/75 erlebt haben, eine Aufforderung, in wichtigen Punkten eine ganz andere Wirtschaftspolitik zu treiben, die neue Ziele setzt und neue Instrumente braucht und unter Umständen in ganz andere Richtungen geht, als sie für die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten in den letzten Jahrzehnten charakteristisch geworden ist?

Eine weitere Frage ist hier wichtig: Welche Institutionen sind geeignet, um mit den wirtschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre fertigzuwerden? Wird Wirtschaftspolitik auch in Zukunft im wesentlichen eine rational betriebene Stabilitätspolitik sein, oder leben wir in einer Periode, in der vielleicht außerhalb einer rationalen Stabilitätspolitik mit ganz anderen Instrumenten, durch ganz andere Kräfte, beispielsweise organisierte gesellschaftliche Kräfte, wesentliche wirtschaftspolitische Entwicklungen bestimmt werden? Gibt es neue wirtschaftspolitische Entwicklungen, die neue Spielräume definieren?

Mit anderen Worten: Können wir in den nächsten Jahren Wirtschaftspolitik im großen und ganzen unter den gleichen ordnungspolitischen Grundsätzen betreiben, mit denen wir in der Bundesrepublik zwei Jahrzehnte lang gut gefahren sind? Wie steht es mit den Stichworten: "Investitionslenkung", "langfristige Planung", "Grenzen des Wachstums" und anderes mehr?

Darf ich vielleicht Herrn Ehrenberg bitten, den Einstieg in die wirtschaftspolitische Problemstellung zu versuchen.

Ehrenberg

Ich beginne mit Ihrer Frage: Was ist seit 1973 geschehen? Für meinen zugegebenermaßen marktwirtschaftlich etwas verengten Blick sind 1973 in der Weltwirtschaftspolitik zwei Systeme zusammengebrochen, die zwar immer für marktwirtschaftlich gehalten wurden, die aber im Grunde völlig unmarktwirtschaftlich waren. Ich meine erstens das Weltwährungssystem von Bretton Woods, das in einer Welt des Mangels erdacht wurde und das den Bedürfnissen einer so verflochtenen und so stark ausgeweiteten Weltwirtschaft einfach nicht mehr gewachsen war.

Das zweite betrifft die internationale Rohstoffsituation. Die Rohstoffe waren jahrzehntelang aufgrund der politischen und ökonomischen Ohnmacht der rohstoffproduzierenden Staaten weit unter ihrem Knappheitswert, das heißt weit unter ihrem marktwirtschaftlichen Preis gehandelt worden. Durch die Entdeckung der Möglichkeiten, die ein kartellmäßiges Verhalten bietet, schossen die Preise plötzlich über ihren Marktpreis hinaus. Beim Mineralöl wurde das besonders deutlich: Eine Vielzahl von Industrienationen und Entwicklungsländern mußten das Vier- bis Fünffache für den unersetzbaren Rohstoff Mineralöl ausgeben. Dadurch geriet die gesamte Weltnachfragestruktur in Unordnung.

Hieraus ergab sich eine Vielzahl von Verwerfungen in Form von Devisenmangel, Versorgungsschwierigkeiten, versteckter Arbeitslosigkeit und Teuerungen, die in den nichtmarktwirtschaftlichen Ordnungen noch stärker zu Buche schlugen als in den marktwirtschaftlichen. Nur mühsam und ganz allmählich schlägt das Pendel wieder zurück zu einem Welthandel, der marktwirtschaftlichen Bedingungen entspricht, immer wieder bedroht durch administrative Maßnahmen, die vor allem eine Folge defizitärer Devisenbilanzen sind.

Wenn wir uns jetzt, wie Sie vorschlagen, Herr Dahrendorf, auf die innere Politik beschränken, dann müssen wir dabei voraussetzen, daß wir auch in den nächsten vier Jahren einen freien Welthandel und eine durch externe Einflüsse nicht gestörte außenwirtschaftliche Lage haben werden. Denn es bedarf keines Beweises, daß jede einschneidende Störung des Welthandels oder kriegerische Konflikte im Nahen Osten oder anderswo auch in unserem Lande die Bedingungen verändern werden.

In der ersten These ist von "aufsteigender Konjunktur unter generell schwierigeren Wachstumsbedingungen" die Rede. Hinter diese Formulierung würde ich bereits ein Fragezeichen setzen. Offenbar haben wir uns zwei Jahre lang eingeredet, die Wachstumsbedingungen seien schwieriger geworden. Ich vermag nicht zu sehen - die außenwirtschaftlichen Einflüsse einmal als gegeben hingenommen;- , warum der deutsche Markt unter generell schwierigeren Wachstumsbedingungen stehen soll.

Ich vermag das einmal von der Bedürfnisstruktur her nicht zu sehen: Mindestens 15 Millionen Arbeitnehmer in diesem Lande und ihre Familien verdienen nicht so viel, daß sie nicht noch eine Vielzahl von Konsumwünschen offen hätten. Ich vermag das zum anderen aber auch nicht von der Produktionsstruktur her zu sehen. Auch da haben wir uns in den letzten Jahren einiges eingeredet oder einreden lassen. Neuere Untersuchungen zeigen, daß die Produktionsstruktur der Bundesrepublik keineswegs veraltet ist. Sie hat sich selbst in den Jahren 1970-1975 in ihren Anlagen noch verjüngt. Und die Weltmarktsituation beweist sowieso täglich von neuem, wie außerordentlich leistungsfähig die deutsche Volkswirtschaft ist.

Ich sehe also gar keinen Grund - nur weil es den Club of Rome und ähnliche Dinge gegeben hat;- , hier von generell schwierigeren Wachstumsbedingungen zu sprechen. Worauf es ankommt ist, daß wir eine vernünftige Wirtschaftspolitik machen, und das haben wir in den letzten Jahren getan.

Deshalb sehe ich auch keinen Grund, warum wir von der in den letzten Jahren systematisch intensivierten Wirtschaftspolitik abgehen sollten. Sie wurde intensiviert in Richtung einer zunehmenden Ergänzung der Globalsteuerung durch eine gezielte Strukturpolitik, durch den systematischen Ausbau des Datenkranzes aufgrund der Umweltschutzgesetzgebung und durch eine Veränderung der Arbeitsbedingungen - um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen. Wir brauchen auch keine neuen Instrumente. Ein Blick über die Grenzen nach West und Ost zeigt uns, daß wir mit unserem Instrumentarium gut gefahren sind. Wir müßten geradezu töricht sein, uns nach

irgendwelchen neuen Wunderwaffen oder nach neuen Instrumenten, die in eine ganz andere Richtung zielen, umzusehen.

Wir werden allerdings die Strukturpolitik noch sehr viel mehr, als es in den letzten Jahren bereits geschehen ist, ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken müssen. Das ist notwendig, auch wenn sich schon in den nächsten sechs Monaten erweisen wird, daß beispielsweise mehr als die Hälfte dessen, was man in den letzten zwei Jahren so gern als strukturelle Arbeitslosigkeit bezeichnet hat, vorwiegend konjunkturell bedingt war und entsprechend mit besserer Konjunktur kurzfristig gelöst werden wird.

Langfristig stehen wir vor der Notwendigkeit, den stabilitätspolitischen Vorlauf der Bundesrepublik ein wenig auf unsere Nachbarstaaten auszuweiten. Mit einer erfolgreichen Stabilitätspolitik in anderen Ländern wird aber der Wettbewerbsvorsprung abgebaut, den die deutsche Industrie gegenwärtig immer noch hat, weil anderswo Preise und Kosten schneller steigen als bei uns. Dann wird die Frage akut werden, wie jene Wirtschaftszweige am Weltmarkt zurecht kommen, die zwei Jahrzehnte lang hinter festen und falschen Wechselkursen Strukturen aufgebaut haben, welche dem technischen und wissenschaftlichen Stand der Bundesrepublik nicht mehr entsprechen.

Deshalb sehe ich heute die wichtigste Aufgabe darin, den gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung zu strukturpolitischen Veränderungen zu nutzen. Das heißt, wir müssen jede Anstrengung unternehmen, um unsere Volkswirtschaft zu modernisieren und alle Rationalisierungschancen wahrzunehmen und zu fördern. Strukturpolitik heißt vor allem, in verstärktem Maße eine gezielte Innovationsförderung zu betreiben, nicht beschränkt auf wenige Großunternehmen und wenige Großprojekte, sondern gezielt auch in mittleren Unternehmen. Das ist von der Bundesregierung längst vorbereitet und fängt an praktikabel zu werden. Diese Tendenz gilt es zu verstärken.

Zum anderen ist die erfolgreiche Regionalpolitik der letzten sieben Jahre fortzusetzen. Erfolgreich kann man guten Gewissens sagen, weil gerade in der letzten Rezession die bisher vertretene These widerlegt wurde, derzufolge die wirtschaftsschwachen Regionen jeden wirtschaftlichen Ausschlag nach unten sehr viel stärker spüren würden als die Ballungszentren. Natürlich sind die Arbeitsmarktzahlen dort noch ungünstiger. Aber die Abstände zu den Ballungsgebieten sind in den letzten sieben Jahren oft um das Doppelte kleiner geworden, als sie es vorher waren. Das zeigt, daß die Regionalpolitik auf dem richtigen Wege ist.

Dies gilt es im Aufschwung auch dadurch zu verstärken, daß man nicht nur wie bisher gezielte Investitionsanreize für wirtschaftsschwache Regionen gibt, sondern daß man durch Zurechnung der Ballungskosten einen Druck auf die Unternehmen ausübt, neue Produktionsstätten nach außen zu verlagern und nicht in den Ballungsgebieten zu erweitern. Beides zusammen, die gezielte Regionalpolitik dieser Art und eine auch auf mittlere Unternehmen hin zukunftsorientierte Form der Innovationsförderung müßten uns in den Stand setzen, die fällige Modernisierung unserer Wirtschaft voranzutreiben.

Ich stelle also die Strukturpolitik in den Mittelpunkt und sehe keine Veranlassung zu einer Veränderung unserer wirtschaftspolitischen Grundhaltung. Langfristige Planung und staatliche Lenkung von Investitionen würde ich bejahen, aber ausschließlich für die öffentlichen Investitionen, nicht für die privaten. Bei den öffentlichen Investitionen fehlt allerdings sowohl eine zureichende langfristige Planung als auch eine entsprechende Abstimmung.

Für jede umfassende Wirtschaftspolitik muß deshalb in Zukunft neben der Strukturpolitik zur Verbesserung der regionalen und sektoralen Struktur zugleich ein langfristiges, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgestimmtes öffentliches Infrastrukturkonzept stehen. Dafür ist ein neues Bund-Länder-Verhältnis unumgänglich. Von daher würden so viele Orientierungsmaßstäbe für die privaten Investitionen gesetzt werden, daß wir auf Dinge, die so unter dem Stichwort "Investitionslenkung" herumgeistern, gut und gerne verzichten können.

Ich fasse zusammen: Mehr Strukturpolitik: ja; langfristige Planung und staatliche Lenkung der öffentlichen Investitionen: ja, der privaten: nein. Veränderung der wirtschaftspolitischen Grundhaltung: nicht erforderlich - wobei man jedoch die in den letzten Jahren praktizierte Sozialbindung weiterhin ernster nehmen muß als früher. Wir brauchen auf gar keinen Fall eine gesellschaftspolitische Kurskorrektur, sondern sollten das Bisherige konsequent fortsetzen.

Grüner

Ich stimme mit Herrn Ehrenberg darin überein, daß wir keine Änderung unseres Instrumentariums brauchen. Die Probleme, die sich bei uns, aber noch stärker in der Weltwirtschaft gestellt haben, sind mehr dadurch verursacht worden, daß man das vorhandene Instrumentarium der Marktwirtschaft nicht

angewendet hat. In der Bundesrepublik ist die Stabilitätspolitik geglückt dank der erfolgreichen Geldmengensteuerung durch die Bundesbank. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf entsprechende Passagen in einem Sachverständigengutachten der fünf Weisen, wo mit Recht diese Maßnahme erfolgreicher marktwirtschaftlicher Globalsteuerung hervorgehoben worden ist. International gesehen hat die Bundesrepublik Deutschland damit bewiesen, daß das Ziel der Stabilität mit marktwirtschaftlichen Instrumenten besser zu erreichen ist als mit interventionistischen Methoden, die in vielen anderen Ländern, auch in den Vereinigten Staaten, etwa mit Lohn- und Preisstop versucht worden sind.

Was das Wachstum anlangt, bin ich nicht ganz so optimistisch wie Herr Ehrenberg. Hier ist eine Begrenzung der Betrachtung auf den Binnenmarkt eben sehr fragwürdig; Sie haben Ihre Aussage ja selbst eingeschränkt. Hätten wir nur einen Binnenmarkt, würde ich alles unterschreiben, was Herr Ehrenberg gesagt hat. Die Bundesrepublik erreicht aber immerhin 25-30 Prozent ihres Bruttozialprodukts im Im- und Export. Wir haben in der ganzen westlichen Welt etwa im Blick auf den Nord-Süd-Konflikt und hinsichtlich der noch lange nicht überwundenen Inflationsfolgen mit Problemen zu rechnen, die sehr schwer kalkulierbar sind. Diese Probleme hängen auch mit anderen Vorgängen zusammen. Ich denke nur an die außerordentliche Verschuldung der Ostblockstaaten gegenüber uns und anderen westlichen Ländern, und diese Verschuldung nimmt noch weiter zu. So werden in den Ostblockstaaten Befürchtungen laut, ein stärkerer Angriff seitens der Entwicklungsländer auf unseren Wohlstand könnte die Leistungsfähigkeit unseres Finanzierungssystems zugunsten des Osthandels beeinträchtigen. Hier wird deutlich, mit welcher Aufmerksamkeit gerade auch die Staatshandelsländer die Leistungsfähigkeit der westlichen Welt verfolgen. Solche und andere Außenprobleme erschweren eine Kalkulation des Wirtschaftswachstums erheblich.

Ich bin allerdings auch der Meinung, daß wir zusätzliche Maßnahmen im Innern brauchen, um das notwendige Wirtschaftswachstum sicherzustellen. Denn ohne zusätzliche Maßnahmen werden wir nicht auf die Höhe der Investitionen kommen, die wir brauchen, um zur Vollbeschäftigung zurückzukehren. Herr Ehrenberg hat mit Recht auf die erfolgreiche Regionalpolitik verwiesen. Letztlich hängt aber der Erfolg der Regionalpolitik entscheidend von der Vollbeschäftigung ab. Auch die Lösung von sozialen Problemen, etwa die Beschäftigung der schwach Begabten, ist nur in einer vollbeschäftigten Wirtschaft möglich, während sie in der unterbeschäftigten Wirtschaft außerordentlich schwierig ist.

Ich sehe im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der nächsten Legislaturperiode die Sicherung eines ausreichenden Wirtschaftswachstums. Das heißt, auch in der Bundesrepublik ist eine Ausweitung der Kapazitäten notwendig, um die vorhandenen Arbeitskräfte, die im Augenblick nicht beschäftigt werden, unterzubringen. Das ist ohne eine Verbesserung der Ertragslage bei den Unternehmen nicht denkbar. Dazu gehört auch ein entsprechendes psychologisches Klima. Deshalb muß in diesem Punkt die Konfrontation zwischen Opposition und Regierung aufhören, die ein wesentliches psychologisches Moment für die Zurückhaltung der Unternehmer darstellt.

Das einzige, was wir nicht in der Hand haben, Herr Ehrenberg, ist die Nachfrage. Denn ein ausreichender Ertrag allein sichert nicht die erforderlichen Investitionen, wenn der Investor nicht die entsprechende Nachfrage erwarten kann. Hier haben wir mit unserer Konjunkturpolitik die Erfahrung machen müssen, daß trotz eines riesigen Konjunkturprogramms - wenn ich die Steuerreform miteinbeziehe, sind mehr als 30 Milliarden D-Mark öffentliche Mittel in den Wirtschaftskreislauf gegeben worden - dies nicht ausreichend gewesen ist, um Unterbeschäftigung zu verhindern.

Ehrenberg

Wir müssen aufhören, Askese als etwas Gutes anzusehen.

Grüner

Das haben wir nie getan.

Die Möglichkeiten des Staates und der öffentlichen Hand zur Wirtschaftsbelebung sind beschränkt, weil die vorhandene Produktionsstruktur Leistungen anbietet, die der Staat auch im Notfall nicht selber verwenden kann. Er kann ja nicht auf Vorrat Autos oder Werkzeugmaschinen kaufen.

Zweifellos sind in der Welt - nicht nur bei uns - riesige Bedürfnisse vorhanden. Dabei bin ich der Meinung, daß gerade die Fähigkeiten, die bei uns in Europa und in den Industrieländern entwickelt worden sind, in der ganzen Welt dringend gebraucht werden, um die Katastrophe abzuwenden, das heißt den Hunger zu überwinden und das Bevölkerungswachstum zu stoppen. Die Bedürfnisse sind

vorhanden; die Frage ist nur, ob sie auch in geeigneter Weise finanziert werden können. Ich halte es für eine unerläßliche Voraussetzung, daß die Industrieländer in höherem Maße als bisher bereit sind, zu dieser Finanzierung beizutragen. Das ist auch ein erhebliches innenpolitisches Problem. Denn wer etwa in Wahlversammlungen über Entwicklungspolitik spricht, muß sich - allerdings zu Unrecht - sagen lassen, daß wir die Steuermilliarden in alle Welt und in alle Richtungen verschleudern.

Deshalb bin ich hinsichtlich des Wirtschaftswachstums etwas skeptischer. Wir haben gegenwärtig 800 000 Arbeitslose unterzubringen; außerdem nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in den nächsten zehn Jahren um weitere 800 000 zu, trotz eines allgemeinen Bevölkerungsrückganges in der Bundesrepublik. Auch von daher kommen also Probleme auf uns zu, die nur zu meistern sind, wenn wir einen innenpolitischen Konsensus darüber erzielen, daß die Kette: Erträge, Investitionen, Arbeitsplätze und damit Vollbeschäftigung ökonomisch unauflösbar ist. Das heißt, der Verteilungskonflikt darf diese Kette nicht unterbrechen, weil er sonst etwas auslöst, das niemand will.

Gutowski

Sie fragten, Herr Dahrendorf, welches die Ursachen

für die Krise seit 1973 gewesen sind. Ich möchte hier zunächst auf die Veränderung des Zusammenhangs von Inflation und Beschäftigung hinweisen. Der Glaube, der lange Zeit vorherrschte, man könne mit Inflation Beschäftigung erkaufen, also Arbeitslosigkeit beseitigen, ist erschüttert worden. Dieses Konzept funktionierte nur so lange, wie die Menschen der Geldillusion aufsaßen, also bereit waren, nominale Lohnerhöhungen für real zu nehmen. Als ihnen dies bewußt wurde, die Geldillusion also verloren ging, haben sie in ihre Kontrakte gleich die zukünftige Inflationsrate mit hineingerechnet. In diesem Falle hätte nur noch eine beschleunigte Inflation helfen können, mehr Beschäftigung zu erreichen, und auch dies nur vorübergehend. Jedermann ist aber auch deutlich geworden, daß man die Inflation nicht beliebig oft beschleunigen kann.

Auch der ölschock Ende 1973 hat sicher - über zunehmende Inflationsraten und über zunehmende Defizite in den Handelsbilanzen - dazu beigetragen, daß viele Länder schneller, als es sonst der Fall gewesen wäre, merkten, daß man auf dem Weg über zusätzliche Inflation nicht weiterkommt. Sie sind folglich umgeschwenkt, was sich auf unsere Exporte ungünstig ausgewirkt hat. Wir hatten, wie Herr Ehrenberg sagte, einen konjunktur- und stabilitätspolitischen Vorlauf. Schon nach der Einführung des Gruppenfloating im März 1973 hatten wir mit der Restriktion begonnen, also früher als andere Länder. Diese sind uns aber in der Restriktionspolitik schneller gefolgt, als wir das aufgrund unserer Erfahrungen aus der Vergangenheit hätten erwarten können. Durch die ausfallende Auslandsnachfrage hat sich die Krise bei uns verstärkt.

Dieser Betriebsunfall in der ganzen Weltwirtschaft braucht sich nicht zu wiederholen, wenn wir die Erfahrung, daß Inflation keine Beschäftigung schaffen kann, im Aufschwung nicht wieder vergessen. Da liegt meine Hauptsorge. Auch die anderen Länder, nicht nur die Bundesrepublik, müssen im Aufschwung weiterhin Stabilitätspolitik treiben, selbst wenn dadurch der Aufschwung ein wenig gebremst wird.

Vielleicht gehört zu den Ursachen der Krise, daß in den reichen Volkswirtschaften die private Nachfrage größeren Schwankungen unterworfen ist. Denn in diesen Ländern wird nur noch ein geringer Teil des Einkommens für den lebensnotwendigen Bedarf ausgegeben, und nur dieser Anteil bleibt über längere Fristen relativ stabil. Die an sich erfreuliche Tatsache zunehmenden Reichtums hat aber zur Konsequenz, daß wir bei den Konjunkturschwankungen nicht nur Investitionszyklen, sondern auch Zyklen im privaten Verbrauch bekommen. Die Käufe von langlebigen Haushaltsgütern, die ja praktisch auch Investitionen darstellen - nicht nur Autos, sondern auch Kühlschränke, Eigentumswohnungen, Häuser und anderes mehr;- , können viel leichter zurückgestellt werden.

Wir dürfen aus dieser Tatsache aber nicht schließen, daß es nun allgemein an Nachfrage mangelt. Da stimme ich Herrn Ehrenberg voll zu. Denn an Bedürfnissen fehlt es zweifellos nicht. Dabei brauchen wir nicht einmal die Entwicklungsländer zu erwähnen, Herr Grüner, obwohl dieser Hinweis völlig richtig ist. Es reicht schon aus, das Verhalten der Bürger in unserem eigenen Lande in Rechnung zu stellen. Wenn es stimmt, daß jede Einkommensschicht mindestens nach dem strebt, was die nächsthöhere Einkommensschicht verbraucht, dann haben wir noch sehr viel Nachfrage zu erwarten.

Ich habe jedenfalls keine Sorge, daß es an der Globalnachfrage fehlt und wir uns wegen Sättigungserscheinungen in der Volkswirtschaft auf geringere Wachstumsraten einstellen müssen. Wäre das allerdings der Fall, dann ist auch die Lösung verhältnismäßig einfach: Wenn alle tatsächlich schon so zufrieden sind, bestünde die beste Strategie darin, die Arbeitszeit zu verkürzen und sich mehr Freizeit zu leisten.

Oetker

Die Frage, ob wir die langfristige Planung erweitern sollen, möchte ich auch aus der Sicht der Privatwirtschaft bejahen, Herr Ehrenberg. Denn die Krise der letzten drei Jahre hat viele in der Wirtschaft gelehrt, daß eine Besinnung auf die langfristige Planung für ein Unternehmen unerlässlich ist, wenn es strukturelle Probleme bewältigen will.

Dagegen ist den mittelfristigen Planungen nicht die gleiche Bedeutung zugekommen. Fünf-Jahres-Pläne mußten so häufig wieder geändert werden, daß man sich fragte, ob es sinnvoll war, derartige Pläne im Detail auszuarbeiten, wie es gerade die großen Unternehmen getan hatten. Hinsichtlich der kurzfristigen Planung hat sich gezeigt, daß es vor allem darauf ankommt, sich rasch auf plötzliche Veränderungen einzustellen.

Was wir also brauchen, ist einerseits die Besinnung auf das langfristige Ziel und andererseits noch schnellere kurzfristige Reaktionen.

Was die Wachstumsmöglichkeiten angeht, so bin ich ebenfalls etwas skeptischer als Herr Ehrenberg. Es fehlt in der Bundesrepublik der Bevölkerungszuwachs; es fehlen aber auch Hunderttausende von Gastarbeitern als Konsumenten. Ebenso bin ich hinsichtlich der Produktionsstruktur nicht ganz Ihrer Ansicht. Es kann gar kein Zweifel sein, daß sich die geringeren Investitionen der letzten fünf, sechs Jahre im durchschnittlichen Lebensalter der Maschinen bemerkbar gemacht haben. Deshalb sind Sie ja auch zu Recht - wie Herr Grüner - der Ansicht, daß größere Investitionsanreize gegeben werden sollen.

Schließlich ist die Nachfragestimulierung eine Aufgabe, deren Lösungsmöglichkeiten ich zunehmend skeptischer beurteile. Wir wollen sicher keine Asketen sein, aber in kaum einem anderen Land - von Schweden einmal abgesehen - wird eine so breite Masse so gut versorgt, wie das bei uns der Fall ist. Das soll nicht heißen, daß es nicht da oder dort Wachstumsmöglichkeiten gibt. Aber rein aus internen Gesichtspunkten sehe ich insbesondere vom Konsumenten, von der Nachfrage her keine großen Wachstumsreserven. Es gibt Schübe wie den Autoschub, den wir Anfang dieses Jahres erlebt haben. Aber dem ging eine Entsaugung von einem Jahr voraus, und es wird bereits wieder ein Abflachen sichtbar. Wachstumschancen sehe ich schon eher im Export, der ja auch in der Vergangenheit unser Wachstum stark bestimmt hat.

Was die Strukturpolitik angeht, so müssen wir vor allem darauf achten, daß unsere komparativen Kostenvorteile, die Sie erwähnt haben, erhalten bleiben. Dabei werden noch einige Branchen in eine Krise geraten. Mit Sicherheit der Schiffbau. Die Leder- und Bekleidungsindustrie hat diesen Prozeß schon weitgehend hinter sich, obwohl das Institut für Weltwirtschaft diesen noch nicht für abgeschlossen hält. Die Verminderung der Kapazitäten der Bauindustrie hat bereits einen Punkt erreicht, an dem man schon warnend den Finger heben muß, ob die jetzige Baukapazität überhaupt noch in der Lage ist, die Nachfrage zu befriedigen.

Hinsichtlich der Regionalpolitik möchte ich Sie fragen, was Sie unter der Zurechnung von Ballungsgebietskosten verstehen als Ergänzung zu den Investitionsanreizsystemen, sagen wir, für den Zonenrand oder die Investitionszulagen. Ich weiß gerade aus einer Diskussion mit Hamburgern - Hamburg ist ja ein Großstadt-Ballungszentrum; -, daß sie alles daransetzen, die Auswanderung aus dem Ballungsraum abzustoppen. Ähnliche Überlegungen gibt es sicher in München und in Stuttgart. Ich kann mir also nicht recht vorstellen, wie das sinnvoll vor sich gehen soll.

Letztlich meine ich, daß wir doch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen brauchen - welcher Art, darüber sollten wir reden; -, und zwar vor dem Hintergrund der von Ihnen genannten 800 000 Arbeitsplätze, die infolge der geburtenstarken Jahrgänge und der nicht so stark wachsenden Nachfrage neu zu schaffen sind. Ich denke hier an eine Mischung von frühzeitiger Pensionierung, Bildungsinvestitionen und echten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, auch des Staates, um für die nächsten Jahre einen Ausgleich zu erreichen.

Scharpf

Was die mittelfristigen Wachstumschancen angeht, so teile ich eher die Skepsis von Herrn Grüner als den Optimismus von Herrn Ehrenberg. Wir gehen in den Aufschwung hinein mit einem Inflationssockel von fünf Prozent, und die Bundesbank beginnt bereits jetzt wieder zu bremsen. Das heißt, auf der Seite der Inlandsnachfrage muß der Spielraum vom Staat her wahrscheinlich begrenzt werden, selbst wenn er an sich ausgeweitet werden könnte.

Auch die Ursachenkette, die Herr Grüner angeführt hat, spielt eine Rolle, was immer man daran im einzelnen kritisieren mag: Arbeitsplätze kommen von Investitionen, und Investitionen setzen Gewinne

voraus. Und wodurch werden die Gewinne gesteigert? Durch Dämpfung der Kosten, also auch durch Dämpfung der Arbeitnehmereinkommen. Das fehlt dann wiederum auf der Seite der Inlandsnachfrage. Deshalb sind globale Wachstumspolitiken mit einiger Skepsis zu betrachten.

Es bleibt die Strukturpolitik, auf die Herr Ehrenberg so großen Wert legt. Aber auch da sollte man, wie Herr Oetker, skeptischer sein als er. Strukturpolitik ist, wenn nicht mit einer ausreichenden Nachfrage zu rechnen ist, in erster Linie Umverteilungspolitik, und zwar zugunsten wachstumsverdächtiger oder -kräftiger und auf Kosten der stagnierenden Sektoren. Außerdem bedeutet sie Umverteilung zwischen den Regionen; auch das hat Herr Ehrenberg angesprochen.

Aber wer muß denn diese Umverteilungspolitik beschließen? Bei den Entscheidungsstrukturen, die wir haben, müßten das Land Hamburg, das Land Nordrhein-Westfalen und das Land Hessen zustimmen, wenn Sie Ihre Ballungsgebietsabgaben durchsetzen oder die positiven Förderungsinstrumente, die Anreize, stärker auf künftige Wachstumszentren konzentrieren wollen. Auch da überzeugt mich der Einwand von Herrn Oetker mehr. So hat der Bund im letzten Jahr beispielsweise versucht, im Rahmen der regionalen Wirtschaftsstrukturpolitik vom Gießkannenprinzip wegzukommen, indem man die Zahl der Förderungspunkte von circa 320 erheblich reduzieren wollte.

Ehrenberg

Das ist außerhalb Bayerns überall gelungen.

Scharpf

Am Ende sind es 15 mehr geworden, als man vorher hatte.

Wir haben es hier also mit einem politischen Entscheidungssystem zu tun, in dem die betroffenen Länder mitbestimmen müssen. Landesregierungen und Landtagsabgeordnete werden nicht mitmachen, wenn die Umverteilung zu ihren Lasten gehen soll. Ohne deren Zustimmung läuft aber in unserem Bund-Länder-Gemeinden-Verbund fast gar nichts mehr.

Da so viele bei jeder Umverteilungspolitik beteiligt sind, ist sie nur sehr schwer durchführbar. Deshalb tendieren wir dazu, Strukturpolitik im Sinne einer Gleichbehandlung aller Beteiligten, im Sinne einer Wahrung aller Besitzstände und einer Ausklammerung aller Konflikte zu betreiben. Das ist gerade auch bei der sektoralen Strukturpolitik der Fall.

Deshalb hielte ich es für produktiver, nicht in erster Linie von den ökonomischen Problemen auszugehen und zu fragen: Welche Politik sollte man machen? Vielmehr müßten wir die Frage stellen: Welche Art von Politik kann dieses so vielfältig gehemmte und zur Selbstblockierung neigende deutsche Entscheidungssystem überhaupt verfolgen, und welche von diesen wenigen Politiken, die wir verfolgen können, ist ökonomisch sinnvoll? Das ist fruchtbarer, als von der wirtschaftlichen Seite her festzustellen: Dieses und jenes Vorgehen wäre ideal - und dann bleibt es der Politik überlassen, am Ende eingestehen zu müssen, daß ein solches Vorgehen nicht möglich war.

Ehrenberg

Daß meine Vorstellung von Regionalpolitik schwer durchzusetzen ist, Herr Scharpf, daran besteht kein Zweifel. Aber ich erlaube mir einen kleinen Rückgriff in die Entwicklung, die wir gehabt haben und die sich meiner Meinung nach, optimistisch wie ich bin, fast so wiederholen wird. Hätten wir 1961 und - nachdem das verpaßt war - 1968 den Mut gehabt, das gegenwärtige Wechselkurssystem einzuführen und einen Anwerbestop für Gastarbeiter durchzusetzen, dann hätte sich schon daraus ein wesentlicher Teil dessen, was ich die Zurechnung der Folgekosten nenne, ergeben. Ich hoffe, wir werden im kommenden Aufschwung den Mut haben, beides durchzuhalten.

Würden wir nämlich nicht die 21/2 Millionen Gastarbeiter in das Rhein-Main-Dreieck, nach Stuttgart und nach München hereingelassen haben, hätte es schon vom Arbeitsmarkt her den Druck gegeben, in die wirtschaftsschwachen Regionen zu gehen. Damit hätte sich bereits ein Teil der notwendigen, regelbaren Veränderung vollzogen. Die Ausweitung vieler Industriezweige in den Ballungsgebieten war nur durch den Zugriff auf die Gastarbeiter möglich. Aber die zusätzlichen Infrastrukturaufwendungen für die Gastarbeiter haben nicht die Betriebe getragen, die sie beschäftigt haben, sondern die Gemeinden und die Länder - bei aller Unzulänglichkeit der Unterbringung und der sozialen Versorgung der Gastarbeiter.

Ich hoffe, wir werden durchhalten gegen viel Widerstand, der bereits heute in der Industrie spürbar wird. Es gibt schon wieder Bereiche, wo sehr laut nach partieller Aufhebung des Gastarbeiteranwerbestops gerufen wird. Bundesminister Walter Arendt wird sicher standhaft genug

sein, dem zu widerstehen. Und wir werden ebenso standhaft sein, das gegenwärtige Wechselkurssystem aufrechtzuerhalten. Daraus ergibt sich ein Teil dessen, was ich mir vorstelle, schon vom Marktgeschehen her.

Es wird sicher schwieriger sein, den anderen Teil zu realisieren, den ich zusätzlich für notwendig halte, nämlich bei Betriebserweiterungen in Ballungsgebieten die damit verbundenen Infrastrukturbelastungen wenigstens teilweise den Unternehmen zuzurechnen. Aber auch hier dürfte einiges, wenn auch mit großer Mühe und im harten Hick-Hack zwischen den föderalistischen Kompetenzen durchsetzbar sein. Eine Bemerkung in Klammern: Hätten wir ein anderes System der Gewerbesteuer, würden sich sowieso viele Standortprobleme von selbst lösen.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Herr Oetker, werden notwendig sein, aber sicher nicht in dem Stil, wie so etwas vor 30 Jahren verstanden wurde, und auch nicht in dem Stil, wie wir es jetzt in der Rezession notgedrungen mit einigen regional beschränkten Aktionen tun mußten, die nicht sehr produktiv sind. Dann dürfen wir aber nicht gleichzeitig weiterhin über eine zu hohe Staatsquote jammern und so tun, als ob öffentliche Leistungen in jedem Falle von Übel sind.

Bei aller Notwendigkeit schärferer Kostenkalkulation auch in den öffentlichen Bereichen, bei aller Notwendigkeit, die Folgekosten von öffentlichen Investitionen im vorhinein zu berechnen und nicht erst hinterher: Wir werden in den nächsten Jahren bereit sein müssen, das immer noch vorhandene Defizit an öffentlichen Dienstleistungen von der Krankenpsychiatrie bis hin zu einer ganzen Reihe anderer Leistungen auszufüllen, auch wenn die Steuerquellen nur langsam wachsen und wir noch lange Zeit mit hohen öffentlichen Krediten zu leben haben. Das ist ein Teil dessen, was dieser Staat an Leistungen erbringen muß.

Damit ist zugleich verbunden, was ich die Modernisierung der Wirtschaft nenne, nämlich die notwendige Umschichtung der Beschäftigten. Während in der originären Produktion immer weniger Menschen mit hoher Produktivität beschäftigt sein werden, wird ein immer größerer Teil im Dienstleistungssektor unterkommen. Die Bundesrepublik hat ja - im Vergleich etwa mit Skandinavien und den USA - trotz ihrer hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einen sehr viel höheren Beschäftigtenanteil im industriellen Bereich. Mit zunehmender Modernisierung und damit auch höherer Produktivität in der Industrie wird die Beschäftigtenzahl dort mit Sicherheit zurückgehen.

Und noch etwas möchte ich hinzufügen. Es ist so häufig von den Umweltgefährdungen durch die Industrialisierung die Rede. Auch diese Schwierigkeiten werden wir nur durch intensives Wachstum, durch Investitionen im Bereich der Umweltschutzindustrie und in entsprechenden zusätzlichen Anlagen überwinden können und nicht durch Wachstumsverzicht. Jede Investition in Kläranlagen und Luftfilter, jede Forschungsinvestition in die Konstruktion abgasfreierer Motoren und eine Vielzahl anderer Dinge mehr sind Bestandteil des wirtschaftlichen Wachstums.

Stolze

Ich weiß nicht, Herr Ehrenberg, ob Ihr Optimismus im Hinblick auf das gegenwärtige Wechselkurssystem gerechtfertigt ist. Das Floating wird ja nicht in reiner, sondern eher in schmutziger Form praktiziert. Auch Länder, die wie die Schweiz eine liberale Grundeinstellung haben, werden früher oder später gezwungen, am Devisenmarkt zu intervenieren, weil sonst das so hochgepriesene Floating zu Verzerrungen führt, die sie nicht akzeptieren können. Uns hat das Floating bisher jedenfalls nur höhere Inflationsraten eingebracht. Ich sehe noch nicht, daß es uns zu dem "schönen Boom", den Sie verkünden, führen wird.

Hartwich

Die Tatsache, daß die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westlichen Staaten hinsichtlich des Dienstleistungssektors unterversorgt ist, führt uns in eine äußerst widersprüchliche Entwicklung hinein. Denn wie wollen Sie da Veränderungen erreichen, wenn die öffentliche Sparpolitik so betont wird, wie das heute bei uns der Fall ist?

Ehrenberg

Zur öffentlichen Sparpolitik nur so viel: Wir müssen gegenwärtig ja eine erhebliche Kraftanstrengung unternehmen, um die von der Bundestagsmehrheit beschlossene Mehrwertsteuererhöhung zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durchzuziehen. Wenn diese Konsolidierung aber erreicht ist, sollten wir sehr viel vorurteilsloser als in der Vergangenheit an die öffentliche Kreditfinanzierung herangehen. Das heißt, wir sollten sehr viel mehr zur Deckung des noch immer ungestillten Bedarfs an Infrastrukturinvestitionen tun.

Altmann

Heißt das, die Staatsquote wird noch weiter ansteigen?

Ehrenberg

Aber natürlich, Herr Altmann. Nur wer ein Brüningsches Staatsverständnis hat, kann dabei etwas Böses finden.

Wir werden in Zukunft eine sehr viel höhere Kreditfinanzierung brauchen als die, die bisher als normal angesehen wurde - allerdings niedriger als in den Jahren 1975/76, wo ein großer Teil der Kreditfinanzierung der reinen Konjunkturankurbelung galt. Dies halte ich für eine unabdingbare Voraussetzung, um die künftigen Wachstumsbedingungen zu sichern.

Jochimsen

Und das ist bei der gegenwärtigen Sparquote auch zu finanzieren.

Ehrenberg

Natürlich!

Noelle-Neumann

Sie betonten, Herr Ehrenberg, wir sollten aufhören, Askese für eine Tugend zu halten. Da stellt sich mir doch die Frage: Was muten wir eigentlich unserer Bevölkerung zu? Einerseits reden wir ihr ins Gewissen, sich über die Notlagen in aller Welt klarzuwerden und Verständnis für eine finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer zu haben. Auf der anderen Seite aber ermuntern wir sie, konsumfreudig zu sein; denn Askese sei keine Tugend.

Diese Frage scheint mir deshalb wichtig, weil wir uns irgendwie darüber klarwerden müssen, welche Richtung nach der Bundestagswahl eingeschlagen werden soll. Natürlich hat die Bevölkerung Bedürfnisse. Zugleich ist sie aber gegenwärtig ohne Zweifel auf Mäßigung gestimmt. Das ist übrigens auch eine Erklärung dafür, warum die Bevölkerung den Druckerstreik so übelgenommen hat; er wurde als unsolidarisch empfunden. Es herrscht die Meinung vor, daß Mäßigung der augenblicklichen Situation angemessen ist. Das gilt nicht nur für den persönlichen Raum, sondern die Bevölkerung ist auch im öffentlichen Bereich auf ausgeprägt langsames Wachstum gestimmt; sie wünscht sich kein rasches Wachstum, keinen schnellen Aufschwung, sondern Mäßigung.

Wie soll also die Richtung aussehen, die man der Bevölkerung nach der Bundestagswahl weisen will? Soll man ihr sagen, Mäßigung sei eine verantwortungsbewußte Haltung, oder soll man von ihr fordern: Verharret nicht in einer Konsumaskese, die früheren Zeiten, meinetwegen dem sandigen Preußen, angemessen war. Heute leben wir in einer Zeit, in der konsumiert werden muß.

Ehrenberg

Ich stimme Ihnen zu, Frau Noelle-Neumann, daß es zur Zeit in der Bevölkerung eine große Bereitschaft für Mäßigung, langsames Wachstum und Zurückhaltung gibt. Parallel dazu läuft aber eine politisch gefährliche Grundstimmung, die Herr Grüner angesprochen hat, nämlich eine rigorose Abneigung gegen jede Steigerung, oft sogar gegen die Beibehaltung der Entwicklungshilfe und eine rigorose Abneigung gegen eine Erhöhung unseres europäischen Beitrags. Bereitschaft zur Mäßigung heißt für die Mehrzahl der Bevölkerung gleichzeitig Ablehnung jeder Hilfe nach außen.

Weil ich einen höheren Entwicklungsbeitrag der Bundesrepublik für eine künftige den Frieden erhaltende Weltpolitik für unabdingbar ansehe, aber nicht glaube, daß man das mit moralischen Appellen erreichen kann, deshalb meine ich, daß wir die Menschen bei uns wieder an fröhliches Konsumieren gewöhnen müssen. Nur dann werden sie auch bereit sein, mehr abzugeben von dem, was zuwächst. Aus der Askese heraus gibt niemand gern etwas ab. Wer sich selber Askese auferlegt, verlangt vom anderen noch viel mehr Askese.

Wenn es uns gelingen sollte, in relativ kurzer Zeit zur Vollbeschäftigung zu kommen, dann können wir trotz höherer Konsumzuwachsrate mehr an Entwicklungshilfe und mehr an europäischen Beiträgen leisten als bei stagnierendem Wachstum. Bei einem nur langsam wachsenden Sozialprodukt haben wir genug damit zu tun, die Unterstützungsbeiträge für die eigenen Arbeitslosen aufzubringen, und wir haben nichts für die Arbeitslosen in der Welt übrig. Deshalb muß die gegenwärtige Tendenz zur Mäßigung wieder verändert werden. Nur wenn wir wieder ein fröhliches Konsumieren bekommen, wird

sich auch die Bereitschaft erhöhen, Leistungen für die übrige Welt und nicht nur für uns selber zu erbringen.

Dahrendorf

Was die Entwicklungshilfe angeht, so wäre es interessant, wenn wir schon wüßten, was heute bei der schweizerischen Volksabstimmung über die Entwicklungspolitik herausgekommen ist. Das wäre ein gewisser Gradmesser für öffentliche Meinung in einem reichen und hochentwickelten Land.*

* Anmerkung: Bei der Abstimmung in der Schweiz entschieden sich circa 60 Prozent gegen die Entwicklungspolitik (Wahlbeteiligung 34,5 Prozent).

Altmann

Unser Thema ist ein sehr politisches, und wir sollten nicht der Versuchung erliegen, in Analysen und Prognosen die Programmaskese unserer Parteien zu kompensieren. Wenn wir vom Spielraum der inneren Politik sprechen, sollten wir uns davor hüten, diesen Spielraum nur mit Prognosen aufzufüllen; denn bisher hat noch nicht eine dieser Prognosen gestimmt.

Eines scheint offensichtlich: Was die Wirtschaftspolitik angeht, ist die Marktwirtschaft die gemeinsame Basis aller Parteien. Wenn ich Herrn Ehrenberg folgen darf, ist das auch innerhalb der Parteien völlig unwiderrprochen. Dieser Konsens ist interessant; er ist ein Beitrag zu dem, was man die Stabilität der deutschen inneren Politik nennen könnte.

Der Marktwirtschaft ist jedoch eine gewisse Planungsschwäche eigen. Das hat sich nicht nur bei Ludwig Erhard gezeigt, sondern trifft genauso auf die gegenwärtige Bundesregierung zu. Herr Oetker hat recht, wenn er sagt, die mittelfristige Planung sei mißlungen. Das gilt nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für den Staat, wenn ich etwa an den Mißerfolg der mittelfristigen Finanzpolitik und an viele andere Dinge mehr denke. Ich bin auch hinsichtlich der Erfolgsaussichten einer langfristigen Planung keineswegs optimistisch.

Ich meine das nicht als Vorwurf, eher als Frage. Die Parteien sagen, Planung sei notwendig. Das weiß jeder und sagt auch jeder gern. Aber wie diese Planung durchgeführt werden soll - etwa in der Bildungspolitik;- , darüber besteht bei uns heute nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, eine große Unsicherheit.

Für mich ist die entscheidende Frage: Wo liegt für die nächsten Jahre politisch der Primat der Marktwirtschaft? Liegt der Primat in der Stabilitätspolitik - auf Kosten des Wachstums, auf Kosten der Einkommenspolitik? Wenn die neue Bundesregierung am Ende dieses Jahres ihren Spielraum ausmißt, könnte sie bereits vor der Notwendigkeit stehen, die Wiederholung einer Stabilitätspolitik einzuleiten, die bisher von keiner Partei konkret programmatisch formuliert worden ist.

Das würde aber bedeuten, daß die Einkommenspolitik von vornherein wieder in den Schatten des Primats der Stabilitätspolitik gerät. Das gleiche gilt für den Haushalt, der ja zum Teil auch ein Instrument der Einkommenspolitik ist. Das ist vor allem dann der Fall, wenn Frau Noelle-Neumann recht hat, daß auch die Bevölkerung Stabilität, Mäßigung und Zurückhaltung wünscht und nicht so sehr ein schnelles Wachstum befürwortet.

Wenn ich die Szene vor den Wahlen recht beurteile, so ist für mich zum Beispiel interessant, daß die Vermögensbildung noch in diesem Frühjahr nicht zu den vordringlichen Zielen der Parteien gehörte. Sie ist ganz plötzlich wie ein Sommergewitter aufgekommen, nachdem die Arbeitgeber sie sogar als ein Instrument der Tarifpolitik auf ihre Fahnen geschrieben haben. Der Bundeskanzler spricht davon, und die Unionsparteien sind ebenfalls sofort aktiv geworden. Auf einmal steht also die Vermögensbildung als ein Instrument der Einkommenspolitik wieder im Vordergrund. Das war vorher keineswegs so geplant. Ich habe nicht eine große Rede auf dem CDU-Parteitag in Hannover zur Vermögensbildung gehört.

Spielraum heißt sicherlich Marktwirtschaft, wenn ich Herrn Ehrenberg folge. Der Inhalt der Marktwirtschaft ist dann wahrscheinlich Primat der Stabilitätspolitik mit vielen schwierigen Konsequenzen und Zielkonflikten. Hier sehe ich erhebliche Schwierigkeiten für unsere Politik der nächsten Jahre, der es an großen Zielsetzungen fehlt, die aber ideologisch und programmatisch vorhanden sein müßten. Denn es ist kaum zu erwarten, daß sie nach der Wahl am 3. Oktober plötzlich gefunden werden.

Jochimsen

Wenn Sie vom Primat der Stabilitätspolitik sprechen, Herr Altmann, meinen Sie dann als Ziel die absolute Geldwertstabilität, also überhaupt keine Preissteigerung?

Altmann

Nein, nur eine relative.

Jochimsen

Sehr richtig. Das heißt, es gibt weder den absoluten Primat eines bestimmten Zieles, noch können in jeder Situation alle Ziele gleichzeitig realisiert werden.

Ehrenberg

Ich halte es für einen uralten Fehler, Herr Altmann dem gelegentlich auch der Sachverständigenrat unterlegen ist;- im Konzept der Stabilitäts- und Wachstumspolitik einer Ecke den Primat geben zu wollen. Das muß scheitern. Eine Stabilitätspolitik, die nur Stabilität will, wird von der anderen Seite her überrollt; das gleiche gilt für eine Vollbeschäftigungspolitik, die die Stabilität außer acht läßt.

Ich hielte es für einen Grundfehler - leider neigen auch einige Herren im Zentralbankrat dazu;- wenn wir in den nächsten Monaten und Jahren aus dem Zieldreieck des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes einem Ziel den Vorrang vor den anderen einräumen würden. Wir können nur, mit aller notwendigen Relativierung, alle drei Ziele - Preisstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei angemessenem Wirtschaftswachstum - einigermaßen gleichzeitig erreichen, oder wir erreichen langfristig gar nichts. Den Vorrang eines Ziels, beispielsweise der Stabilität, halte ich ökonomisch für falsch und politisch für nicht machbar.

Dahrendorf

Es gibt nicht viele Beispiele dafür, daß verschiedene Ziele gleichzeitig erreicht worden sind - aber immerhin.

Gutowski

Die Frage nach dem Primat in der Wirtschaftspolitik stellt sich so nicht, Herr Altmann. Eigentlich hat nur ein Prinzip Vorrang, das ist die Verteilung. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann nicht überleben, wenn nicht die breite Mehrheit der Bevölkerung die aus dem Wirtschaftsprozess resultierende Einkommensverteilung zumindest für akzeptabel hält. Des weiteren ist die Vollbeschäftigung wichtig, weil die Menschen nicht nur Einkommen, sondern auch Arbeit haben wollen. Das Wirtschaftswachstum erleichtert es, sowohl eine bessere Verteilung als auch die Vollbeschäftigung zu erreichen.

Wo bleibt da die Geldwertstabilität? Ich halte sie eigentlich nicht für ein Ziel, sondern für eine im Sinne der Mathematik notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung, um die anderen Ziele zu erreichen. Das bedeutet nicht den Primat der Ökonomie vor der Politik.

Altmann

Meine Skepsis ist, Herr Gutowski, daß die nächste Bundesregierung nicht die Kraft haben wird, die Einkommenspolitik zu steuern. Sie wird auch nicht die Kraft haben, eine Finanz- und Haushaltspolitik zu machen, die den wirklichen Erfordernissen entspricht.

Es ist doch rührend, wenn ich so höre, wie die Ökonomen zwei Jahre später alles ganz genau wissen, wie es eigentlich hätte gemacht werden sollen. Sie wissen, was ein Betriebsunfall war und was nicht.

Was ist aber für die Zukunft richtig? Dabei können wir nicht einfach rein ökonomisch vorgehen. Abstrakt gesehen mögen Sie recht haben, aber versetzen Sie sich in die glückliche oder unglückliche Lage, Bundeskanzler zu sein. Da stellt sich die politische Frage: Was wird die Bundesregierung tun müssen? Wo liegt ihr Primat? Die jetzige Regierung hat den Primat der Stabilität auf Kosten der Vollbeschäftigung verteidigt.

Ehrenberg

Das ist doch schlicht falsch, Herr Altmann.

Gutowski

Noch ein Wort zur Stabilität im Sinne von Geldwertstabilität: Zur Zeit versucht die Notenbank lediglich, die Geldmenge stetig zu expandieren. Ich würde das nicht als Bremsen interpretieren. Aber über die Wahl der Mittel läßt sich streiten.

Ich sagte, die Verteilung muß im Vordergrund stehen. Deshalb kommt es, für welche Regierung auch immer, nach der Wahl darauf an, eine Politik zu betreiben, bei der nicht die Nominallohnerhöhung, sondern Vermögensbildung, Gewinnbeteiligung, Haftungsbeteiligung und ähnliches mehr die wesentlichen Verteilungsinstrumente sind. Was auf diesem Gebiet bislang gemacht wird, ist größtenteils noch unzureichend.

Denn es läuft entweder darauf hinaus, die Investitionsneigung wieder zu dämpfen oder die Sparquote zu erhöhen, also Vermögensbildung durch mehr Konsumverzicht zu erreichen. Deshalb müssen wir andere Lösungen anstreben.

Altmann

Die Parteien haben bisher im Hinblick auf die Vermögensbildung nichts vorgetragen, was unsere Erwartung rechtfertigen könnte, daß sie auf diesem Gebiet nach der Wahl besonders aktiv werden.

Gutowski

Das mag so sein. Ich postuliere hier ja nur, daß Geldwertstabilität eine notwendige Bedingung ist, um das Produktionspotential ausschöpfen zu können, und daß nachhaltige Verteilungserfolge nicht auf dem Umweg über die Inflation erreicht werden können.

Dahrendorf

Vermögensbildung meinen Sie als Prozeß staatlicher Politik?

Gutowski

Nicht nur. Der Staat kann dafür Anregungen geben. Vieles liegt auch an unserer Unternehmensverfassung. Es ist absolut nicht gottgewollt, daß nur der Faktor Kapital das Residualeinkommen, also den Gewinn, bezieht. Wenn andere Produktionsfaktoren mithafteten und auch Risiko tragen, können sie ebenfalls an den Gewinnen beteiligt werden. Daraus könnte auch weitere Vermögensbildung entstehen.

Grüner

Entscheidend ist auch, wie die Tarifvertragsparteien sich dazu verhalten.

Hartwich

Ein Grundproblem haben wir bisher vernachlässigt, nämlich den Zusammenhang zwischen Spielraum für politische Entscheidungen und der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie argumentieren, Herr Ehrenberg: Die Probleme, die wir gegenwärtig haben, werden wir mit der günstigen Wirtschaftsentwicklung, die sich jetzt abzeichnet, lösen.

Dagegen möchte ich einige geschichtliche Erfahrungen halten und die Frage aufwerfen: Ist es wirklich bewiesen, daß bei einer gut laufenden Wirtschaftskonjunktur insbesondere Strukturprobleme lösbar sind? Zeigt sich in einer solchen Situation nicht eine wachsende Begehrlichkeit der Bevölkerung, die sich eben am Konsum ausrichtet, woraufhin dann die notwendigen strukturorientierten Investitionen vernachlässigt werden? Wir haben in der Geschichte der Bundesrepublik stets erlebt, daß Strukturveränderungen am besten durchgesetzt werden konnten und auf mehr Verständnis bei der Bevölkerung stießen, wenn es uns konjunkturell nicht so gut ging.

Ehrenberg

Das ist ein wichtiger Aspekt, Herr Hartwich: Ist es in der Hochkonjunktur überhaupt möglich, eine vernünftige Strukturpolitik politisch durchzusetzen? Vom Ansatz her ist das in der Rezession sicher leichter, nur da bleibt es wirkungslos. Ich kann in der Rezession 50 Prozent Investitionszuschüsse bieten: Solange die Arbeitsmärkte in den Ballungszentren nicht leergefegt sind, kommt trotzdem kein Unternehmer nach Ostfriesland. Strukturpolitik hat überhaupt nur in der Hochkonjunktur eine Chance, auch wenn sie dann politisch schwerer durchsetzbar ist.

In der Rezession besteht die Möglichkeit, vernachlässigte Infrastrukturausstattungen mit Konjunkturprogrammen nachzuholen und damit zugleich in unterentwickelten Regionen die Attraktivität für Industrieansiedlungen zu verbessern. Aber mit Erfolg durchführen kann ich Strukturpolitik nur in der Hochkonjunktur. Das gilt auch für die Umschichtungsprozesse, die für den Aufbau der verschiedenen Produktionsniveaus und Produktionstechniken notwendig sind.

Dies alles ist jedoch nur unter zwei Voraussetzungen richtig, die wir bisher nicht hatten: bei flexiblen Wechselkursen und bei Aufrechterhaltung des Anwerbestops für Gastarbeiter. Das sind die Faktoren, die Strukturverschiebungen in der Hochkonjunktur unterlaufen haben.

Hartwich

Aber nach dem bisherigen Profil der Wirtschaftspolitik müssen wir in der Hochkonjunktur Gelder festlegen, zum Beispiel für Konjunkturausgleichsrücklagen.

Ehrenberg

Die Konjunkturausgleichsrücklage tritt nicht automatisch ein, sondern muß beschlossen werden. Sie dürfen sich darauf verlassen, solange ich eine Mehrheit habe, werden wir in absehbarer Zeit keine derartige Rücklage beschließen.

Hartwich

Wenn man aber dem bisherigen Profil folgt, dann funktioniert das nicht, was Sie vorschlagen.

Ehrenberg

Wir reden über das gegenwärtige Profil, nicht über eines, das es irgendwann vor einigen Jahren einmal gab.

Natürlich finden es sowohl Unternehmer als auch Arbeitnehmer in der Hochkonjunktur leichter, die gegenwärtigen Strukturen beizubehalten, ohne etwas zu verändern. Es gehört schon eine erhebliche politische Kraftanstrengung dazu, hier etwas in der angestrebten Richtung zu bewirken, aber ich traue uns zu, daß wir dazu in der Lage sind. Wir haben schon in der hinter uns liegenden Konjunktur 1971/72 im regionalen Bereich - nicht im sektoralen - eine ganze Menge davon durchgesetzt.

Schuster

Wieweit lösen Konjunkturverläufe strukturelle Probleme von selbst? Es wurde mehrfach auf die regionale Struktur hingewiesen, ohne aber die technologische Innovation und die technologische Arbeitslosigkeit zu erwähnen.

Ich möchte nur an die Vorgänge in der Druckindustrie erinnern. Der Druckerstreik war ein Indiz für die in diesem Bereich vorherrschenden Ängste. Dort steht nämlich eine technologische Revolution bevor, wie sie seit Gutenberg nicht stattgefunden hat. Längst haben Unternehmensleitungen und Betriebsräte begonnen, Sozialpläne zu machen, um die Auswirkungen des kommenden Strukturwandels für die Betroffenen zu mildern. In anderen Bereichen, zum Beispiel in der Elektroindustrie, bahnen sich ähnliche Entwicklungen an: Das Tempo der Innovationen ist größer als das der benötigten Bildung und Ausbildung.

Menke-Glückert

Welche Art von Politik ist überhaupt noch möglich, wenn ich etwa an Probleme wie die Unregierbarkeit unserer Städte oder an das festgefahrene BundLänder-Verhältnis denke. Herr Altmann hat darauf hingewiesen, daß die mittelfristige Finanzplanung, die koordinierte Abstimmung der Finanzplanungsziele und -instrumente, gescheitert ist. Wir erleben die Abneigung unserer Bevölkerung gegen eine wirklich europäische Lösung, gegen Entwicklungspolitik, gegen Weltstrukturpolitik. Dabei werden die außenwirtschaftlichen und weltsozialpolitischen Einflüsse noch zunehmen. Ich erinnere an die UNCTAD-Konferenz in Nairobi. Dies alles wird unsere Wirtschaftspolitik unter wachsenden Druck setzen.

Einengend wirkt für den Spielraum der Politik die Bürokratisierung der Verfahren und Abstimmungsmechanismen. Ist überhaupt noch politisches Handeln möglich, selbst wenn wir die richtigen wirtschaftspolitischen Ziele verfolgen? Ersticken wir nicht inzwischen an immer neuen Institutionen und Organisationen, an Gefälligkeits- und Lobby-Denken?

Ich halte es für außerordentlich schwierig, wenn nicht für unmöglich, in einer Zeit der Hochkonjunktur der Stabilitätspolitik den Vorrang zugeben und den Verteilungskampf einzugrenzen. Ich glaube nicht, daß die Tarifparteien das stabilitätspolitische Ziel in jahrelanger Askese durchhalten werden. Das entspricht weder der historischen Erfahrung noch der schlichten Psychologie derjenigen, die hier Partner im politischen Geschäft sind. Ich habe große Zweifel, daß der Optimismus von Herrn Ehrenberg gerechtfertigt ist. Ich bin auch nicht der Meinung von Herrn Gutowski, daß es sich bei dem, was 1973 und in den folgenden Jahren passierte, nur um einen Betriebsunfall der

Weltwirtschaft gehandelt hat. Hier stehen viel ernstere, strukturelle Probleme zur Entscheidung an: Weltlastenausgleich, Verschiebung der Machtzentren, Zerfall des Weltwährungssystems.

Gibt es für das "fröhliche Konsumieren" nicht auch Grenzen, die in einigen Branchen, ich erinnere an die Automobilindustrie, bereits absehbar sind? Auch die Konsumorientierung an der jeweils nächsthöheren Einkommensschicht gelangt allmählich an einen Punkt, Herr Gutowski, an dem es nicht mehr weitergeht. Von daher allein können nicht genügend Impulse für die Wirtschaftspolitik gegeben werden, besonders, wenn man die außenwirtschaftlichen Einflüsse mitberücksichtigt. Wir brauchen eine viel langfristiger angelegte Wirtschaftspolitik, die sich als Instrument zur Lösung sehr schwerwiegender weltstruktureller Ungleichgewichte begreift. Ich spreche immer von einer "challenge-ökonomie", einer Wirtschaftspolitik, die auf Herausforderungen politisch antwortet.

Ponto

Zunächst möchte ich die Stimmen derer verstärken, die zu einer gewissen Vorsicht gegenüber dem hier geäußerten Optimismus mahnen. Die Störungen, die wir in der Weltwirtschaft erlebt haben und die auch in Zukunft möglich sind, sollten uns zumindest von dem klassischen Kurvendenken erlösen, das heißt von der Vorstellung: Nach dem Tal ist uns der Gipfel sicher.

Ich habe Verständnis dafür, daß wir uns hier auf die innenpolitischen Fragen konzentrieren. Wenn ich aber an die kommende Legislaturperiode denke, bin ich der Überzeugung, daß die entscheidenden Gewichte für unsere Zukunft in der Außenwirtschaftspolitik zu setzen sind. Bei allem Respekt vor den Problemen Hamburgs, Schleswig-Holsteins, Bayerns und Niedersachsens bin ich der Auffassung, daß das Wort Strukturpolitik heute doch mehr Gewicht für die Weltwirtschaft besitzt.

Mit und ohne Nairobi: Wir werden uns mit der Tatsache vertraut machen müssen, daß uns als einer westlichen, kapitalproduzierenden Industrienation eine Rolle zugewiesen ist, die auch mit einiger Courage vertreten sein muß. Wir werden uns aus diesem Zusammenhang heraus an gewisse unpopuläre Entscheidungen gewöhnen müssen - so schwer uns das fallen wird. Wir werden dabei keineswegs nur verlieren, sondern außen- und innenpolitisch sicher auch gewinnen. Die negative Einstellung der Bevölkerung gegenüber einer allzu großen Spendierfreudigkeit ist erinnerlich.

Nun zu einem anderen Punkt: In der ersten These, die uns hier vorliegt, steckt die Frage: Haben wir das Profil der Wirtschaftspolitik zu überprüfen? Ich halte es für fair, festzustellen, daß das Profil der Wirtschaftspolitik in den letzten zwei Jahren überprüft worden ist, und zwar in sehr bemerkenswerter Weise. Das heißt, daß das Profil der Wirtschaftspolitik unter Willy Brandt als Bundeskanzler ein durchaus anderes war, als es heute von Helmut Schmidt vertreten wird.

Das Profil ist an einer kritischen Wendemarke dahingehend korrigiert worden, daß es an der Zeit sei, in der Marktwirtschaft dem Unternehmer wieder den Raum zu geben, den er braucht, um auch seine sozialpolitische Funktion in die Zukunft hinein erfüllen zu können. Mit anderen Worten: Die Stabilisierung des Ertrages ist die Voraussetzung für Investitionen, und die Investitionen in ihrer ganzen Breite sind die Voraussetzung für die sozialpolitische Absicherung der Zukunft. Wenn dies das Profil der derzeitigen Wirtschaftspolitik ist, wird dem wohl keiner widersprechen.

Wir stehen eher vor dem Dilemma, auf das Herr Dahrendorf eingangs hinwies: Vielleicht kann es in wichtigen innen- und außenpolitischen Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik gar keine allzu heißen Kontroversen mehr geben. Wenn sich ein Kreis wie dieser schon dahingehend versteht - wie Herr Ehrenberg es ausdrückt;-, daß es töricht wäre, die in den letzten Jahrzehnten so deutlich überlegene Form der Marktwirtschaft, und das heißt eben auch einer nichtstaatlichen Unternehmerwirtschaft mit allen möglichen Fehlern, vom Grundsatz her in Frage zu stellen, dann sind wir uns in dieser Ebene ebenfalls einig.

Was die Askese angeht, so sollten wir uns darüber verständigen, daß dieser Begriff der Kultur- und Religionsphilosophie und -praxis zugehört und im Bereich der Ökonomie gar nicht unterzubringen ist. Wie steht es mit dem gegenwärtigen Wunsch der Bevölkerung nach einer Mäßigung der Ansprüche und der politischen Ziele? Ist es überhaupt vorstellbar, daß wir auf allen Seiten politisch die Courage hätten, eine Politik der Mäßigung zu verfolgen?

In diesem Zusammenhang möchte ich in Erinnerung rufen, daß wir zwar mit der Krise im Vergleich zu anderen Ländern relativ gut fertig geworden sind. Dennoch haben wir in den letzten Jahren auch eine Reihe sehr negativer Erfahrungen sammeln müssen. Die Rezession, so wie sie uns getroffen hat, hätte schneller, leichter gemeistert werden können, wenn die Wirtschaft nicht bestimmten Belastungen ausgesetzt gewesen wäre. Ich meine, das enorme Sozialpaket, das enorme Paket der öffentlichen Lasten; sie haben uns in der Rezession sicher schlechter gestellt, als wir hätten stehen müssen. Dies sollte man politisch bedenken, wenn man als Politiker die nächste Runde gestalten will.

In Kurzfassung: Haben wir nicht aus den negativen Folgen der Rezession zu überdenken, wie wir uns für vergleichbare Betriebsunfälle in Zukunft besser rüsten können? Denn daß es immer wieder Schwankungen nach unten geben wird, ist absolut sicher. Die Frage ist, ob wir die Belastung, die wir heute tragen, noch nennenswert verstärken dürfen. Jede dritte Mark, die wir heute ausgeben, geben wir für sozialpolitische Zwecke aus. Darf es jede zweite Mark sein?

Ehrenberg

Wenn Sie sagen, Herr Ponto, manches an der Rezession wäre leichter zu überwinden gewesen ohne die hohen Soziallasten, dann ist das auf einzelne Unternehmen bezogen zweifellos richtig.

Ponto

Das gilt auch für den Staat selbst.

Ehrenberg

Bezogen auf den Staat und die Allgemeinheit stimmt es eben nicht. Im Gegenteil, wir dürfen doch nicht übersehen, daß das, was wir Soziallasten nennen, gleichzeitig Sozialleistungen sind. Ohne das ausgebaute Netz von Sozialleistungen hätten wir diese Rezession mit sehr viel weniger politischer und sozialer Stabilität überstanden. Was vielleicht ökonomisch ohne diese Soziallasten leichter gegangen wäre, wäre politisch unendlich schwieriger, wenn nicht unmöglich geworden, um die Rezession zu überwinden.

Wenn man die beiden Seiten der Soziallasten sieht, haben wir allen Grund, mit Veränderungen sehr vorsichtig zu sein. Diese Soziallasten, sprich Sozialleistungen, sind gleichzeitig gerade das Element der Stabilisierung, das uns überhaupt erst in die Lage versetzte, die Rezession so gut durchzustehen.

Schuster

Ich habe in den letzten Jahren selten ein so gläubiges Bekenntnis zu dem, was man die Selbstheilungskräfte der Konjunktur nennen könnte, vernommen, wie in Ihren Ausführungen, Herr Ehrenberg. Die strukturellen Änderungen, die die Dienstleistungsgesellschaft erfordert, würden sich, so habe ich Sie verstanden, von allein und ziemlich reibungslos ergeben.

In diesem Zusammenhang ein kurzer psychologisch-politischer Hinweis: Natürlich muß ein Politiker heute in der Zeit des Aufstiegs anders sprechen als vor zwei Jahren. Besteht nicht aber die Gefahr, daß wir unser Bewußtsein allzu stark von der jeweiligen Situation bestimmen lassen? Im Konjunkturaufschwung neigen wir dazu, den Optimismus zu potenzieren, und in der nächsten Krise, die möglicherweise primär externe Gründe hat, erfaßt uns dann eine übertriebene Untergangsstimmung.

Ehrenberg

Ich kann belegen, daß ich 1974 nicht anders geredet habe als heute.

Schuster

Deshalb frage ich mich, ob man sich nicht bewußt etwas stärker antizyklisch verhalten sollte - das gilt nicht nur für Politiker, sondern auch für die Medien, für Journalisten und Publizisten. Das heißt, man sollte in Zeiten der Krise etwas mehr Vertrauen schaffen und mehr Mut an den Tag legen, während es beim Aufschwung - zumal wenn er allzu steil zu werden droht - darauf ankäme, den Optimismus etwas zu dämpfen.

Gutowski

Wissen Sie, Herr Schuster, die Unterschiede von Optimismus und Pessimismus sind vielleicht gar nicht so groß. Es gibt gegenwärtig Strömungen, die einen weltwirtschaftlichen und auch einen

nationalwirtschaftlichen Pessimismus ausstrahlen. Wenn man diesen Pessimismus ein wenig mildern will, wird man sofort als Optimist hingestellt.

Natürlich sollten wir die jetzige Lage der Weltwirtschaft keineswegs verharmlosen; es gibt da eine ganze Reihe von Strukturproblemen, die man allerdings überzeichnet hat. Ich stimme Ihnen zu, Herr Ponto, nach dem Tal ist uns der Gipfel durchaus nicht sicher. Aber ich wehre mich gegen die Behauptung, er sei unerreichbar.

Auch die Diskussion um die Arbeitsbeschaffung hängt in gewisser Weise mit dem Pessimismus zusammen. Herabsetzung der Altersgrenze, Verlängerung der Schulzeit, Öffnung der Universitäten - das sind alles Abwehrmaßnahmen, bei denen Arbeitslose in Schüler, Studenten und Rentner verwandelt werden, was im Prinzip das gleiche kostet, womit jedoch enorme Folgekosten für die Zukunft verbunden sind.

Hier sollte man besser an eine aktive Strukturpolitik denken, und zwar einmal im Sinne von Innovationsförderung auf breiter Front, Abbau von Protektionismus, um die Flexibilität der Wirtschaft zu erhöhen und den Strukturwandel zu beschleunigen. Zum anderen geht es darum, die Qualifikation der Arbeitskräfte zu erhöhen. Das ist sicher nicht durch eine Verlängerung der Schulzeit und durch mehr Studenten zu erreichen. Vielmehr muß man etwas für die Ausbildung der Arbeitskräfte in dem Sinne tun, daß sie bei gehobener Arbeitsqualität flexibler eingesetzt werden können.

Nölling

Ich kann mich erinnern, daß 1966/67 ähnlich argumentiert wurde. Auch damals hieß es: Müssen wir eine neue Weltwirtschaftskrise befürchten? Dann folgten sieben Jahre einer andauernden, intensiven Vollbeschäftigungspolitik mit erheblichen Wachstumsgewinnen. Plötzlich gab es eine Rezession, und die überwinden wir zur Zeit. Heute wird wieder gefragt wie 1966/67: Haben wir es mit neuen, völlig veränderten Bedingungen in der Weltwirtschaft zu tun, die nicht nur neue Fragen, sondern auch neue Antworten auf die alten Fragen erfordern?

Wir haben eine Rezession hinter uns, die zu erheblichen Produktionseinbußen geführt hat - gemessen an dem, was hätte produziert werden können. Wir haben hohe zusätzliche Sozialleistungen für die Arbeitslosen finanzieren müssen. Der Anteil des Sozialbudgets ist im letzten Jahr recht stark gestiegen. Wir wissen, daß nicht so viel investiert worden ist, um zu modernisieren und die Kapazitäten auszuweiten, wie an sich möglich und auch nötig gewesen wäre. Wir können also eine Art Ergebnisrechnung in ökonomischen Begriffen aufmachen und ausrechnen, was die Rezession gekostet hat.

Ich vermag nun nicht einzusehen, warum die Zeit der Vollbeschäftigung ein für allemal vorbei sein soll. Ein solcher Pessimismus in bezug auf mittelfristige Wachstumschancen unterstellt doch, wir seien an einem Punkt unserer Produktions- und Konsumtionsmöglichkeiten angelangt, an dem sich das Niveau kaum mehr wesentlich heben läßt. Ich bin entschieden anderer Auffassung; ich meine also, daß wir die gegenwärtige Produktionskapazität durchaus ausweiten können. Um das zu erreichen, müßten wir allerdings stärker als in der Vergangenheit die Nachfrage organisieren.

Dafür wäre vor allem eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Trägern der Wirtschaftspolitik erforderlich. In Verbindung mit Bund, Ländern und Gemeinden müßte ein neues Infrastrukturkonzept entwickelt werden, um beispielsweise mittel- und langfristig zu bestimmen, wieviel Nachfrage organisiert und mobilisiert werden kann, um öffentliche Investitionen zu finanzieren, die wiederum auf die Beschäftigungslage zurückwirken.

Herr Gutowski hat darauf hingewiesen, daß die private Nachfrage großen Schwankungen unterliegt. Wenn die Sparquote in den letzten anderthalb Jahren nicht so stark gestiegen wäre, sondern sich nur auf dem Niveau der Vorjahre gehalten hätte, wäre die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich nur halb so hoch gewesen. Denn die Erhöhung der Sparquote hat jährlich einen zusätzlichen Nachfrageausfall von circa 30 bis 40 Milliarden DM bewirkt.

Wenn wir von Marktwirtschaft sprechen, sprechen wir von der Freiheit zu arbeiten, zu produzieren und natürlich auch zu konsumieren. Und angesichts der immer noch recht unterschiedlichen Einkommensstruktur der Arbeitnehmerschaft würde ich es sehr ungern sehen, wenn jemand den Versuch machen wollte, das Askese-niveau von, sagen wir, 15 Millionen Arbeitnehmern zu bestimmen. Wir haben noch lange nicht den Punkt erreicht, an dem man von Sättigung sprechen könnte.

Was die öffentlichen Investitionen betrifft, so gibt es nach meiner bisherigen Erfahrung in diesem Stadtstaat noch eine derart unbefriedigte Nachfrage nach allen möglichen, vom Staat zu leistenden

Investitionen, daß ich mir nicht einreden lasse, wir hätten auf diesem Sektor schon eine Grenze erreicht.

Unsere Volkswirtschaft ist so ungeheuer produktiv und wachstumsstark, daß es entscheidend darauf ankommt, das in diesem System liegende Wachstumspotential auch auszunutzen. Wenn wir statt dessen bereit sind, Stagnation in Kauf zu nehmen, wie das immer durchklingt, wenn es heißt, hier sei eine Grenze, dann würden wir damit die Dynamik dieser Volkswirtschaft brechen. Und das wollen wir doch wohl alle nicht. Wenn wir nicht mehr in dem Maße investieren, wie es der technische Fortschritt an sich ermöglichte, wird diese Volkswirtschaft nach außen ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Wo liegen Ansatzpunkte, die Volkswirtschaft zu modernisieren? Die Österreicher beispielsweise haben im letzten Jahr im Rahmen des Konjunkturprogramms Prämien für die Modernisierung des Produktionsapparates gezahlt. Das heißt, wir brauchen Instrumente, um die Produktionskapazität immer wieder zu modernisieren, ohne daß dadurch Arbeitslosigkeit entsteht. Worauf es ankommt ist, international unsere Exportfähigkeit zu erhalten.

Unsere Konjunkturprogramme haben wir mehr oder weniger auf die traditionelle Weise finanziert. Der Staat machte deficit spending, indem er sich auf dem Kapitalmarkt verschuldet hat. Wenn man dies längere Zeit betreibt, besteht die Gefahr, daß der Staatshaushalt manövrierunfähig wird. Wir haben in den letzten Jahren sicher ein wenig übertrieben, aber wir besitzen hier immer noch sehr viel Handlungsspielraum. Dennoch sollten wir überlegen, ob sich die Defizite nicht auf andere Weise finanzieren lassen. Ich denke hier an Arrangements mit der Notenbank, um mögliche Manövrier-Engpässe der öffentlichen Hand zu vermeiden.

von Dohnanyi

Ohne Frage sind unsere Probleme im wesentlichen durch die Inflation entstanden. Aber die Inflation war nicht das Ergebnis von forciertem Anspruchsdenken oder einer mißverstandenen Vollbeschäftigungspolitik in der Bundesrepublik, sondern in erster Linie ein Problem des Weltwirtschaftssystems.

Unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen sind besonders zwei zu berücksichtigen. Erstens: Während die Weltwährungsreserven in der Zeit von 1950 bis 1969 jährlich um jeweils 2,7 Prozent stiegen, haben sie sich allein von 1970 auf 1972 verdoppelt. Dieses Anschwellen der Weltwährungsreserven hat die weltweite Inflation beschleunigt. Auf dieser unseriös finanzierten Grundlage sind Kapazitäten aufgebaut worden, die sofort fragwürdig wurden, als die Ölkrise die Grenzen der Verschuldung sichtbar werden ließ.

Den zweiten wesentlichen Faktor in der Weltwirtschaft sehe ich in der zunehmenden Interdependenz aller Staaten, und zwar nicht nur im Sinne wirtschaftlicher, sondern auch politischer Abhängigkeit. Unsere ökonomische Verpflichtung, die zugleich eine politische ist, erstreckt sich heute auf 140 Nationen, von dem hochindustrialisierten Großbritannien bis hin zu den ärmsten Entwicklungsländern.

Was können wir tun, um in Zukunft zu vermeiden, daß die genannten beiden Hauptursachen der Krise erneut wirksam werden? Durch die Einführung flexibler Wechselkurse haben wir ein System geschaffen - darin stimme ich Herrn Ehrenberg zu;- das Preis- oder Kostenverzerrungen weitgehend verhindert und eine kontinuierliche Anpassung fördert. Was aber außerdem notwendig wäre, sind Sanktionen für entstandene Defizite, gewissermaßen "Strafen" für eine falsche Binnenwirtschaftspolitik. Da wir aber die politische und ökonomische Abhängigkeit nicht beseitigt haben, wirken Sanktionen trotz flexibler Wechselkurse bestenfalls mit großer Verzögerung. Das heißt, die einen finanzieren weiter die Defizite der anderen, auch wenn diese wegen der anlaufenden Konjunktur 1976 nicht wieder eine solche Höhe erreichen werden wie in den Jahren zuvor.

Was wir erlebt haben - lassen Sie mich diese These wagen-, war nur eine erste große Verflechtungskrise der Weltwirtschaft; es wird nicht die letzte gewesen sein. Insofern teile ich nicht den Optimismus von Herrn Ehrenberg, daß wir durch die Einführung flexibler Wechselkurse die wirkliche Ursache unserer Probleme beseitigt haben: Ein unbewegliches weltweites System von Interdependenzen kann ohne Sanktionen nicht funktionieren.

In dieser Weltwirtschaftsordnung müssen wir natürlich für unsere Interessen kämpfen. Das haben wir in Nairobi ja auch durchaus getan - bis an die Grenze möglicher Verärgerung aller Partner. Auf der anderen Seite müssen wir uns davor hüten, uns am Ende ganz zu isolieren. Mit anderen Worten, die bestehenden politisch-ökonomischen Abhängigkeiten machen ein differenziertes Verhalten notwendig, bei dem man im Einzelfall eben doch einmal nachgibt, weil man das betreffende Land als Partner in einem anderen Zusammenhang braucht.

Wenn ein Land wie die Bundesrepublik mehr als ein Viertel seines Sozialproduktes außenwirtschaftlich erarbeitet, dann können wir auf eine verstärkte Planung nicht verzichten, um die zunehmenden Abhängigkeiten besser zu kontrollieren. Eine Umstrukturierung der Wirtschaft ist eben immer nur langfristig durchführbar. Wir können nicht über Nacht Chemieanlagen in was weiß ich verwandeln.

Deshalb halte ich folgende Forderungen für wichtig. Erstens: In bestimmten Sektoren, zum Beispiel bei Energie, kommt es darauf an, trotz erheblich höherer Kosten eine gewisse Unabhängigkeit zu fördern. Zweitens müssen wir für den Fall der Krise bestimmte Beschäftigungsalternativen zur Hand haben und dürfen nicht nur abwarten, daß sich das System selbst wieder in Ordnung bringt. Drittens weise ich darauf hin, daß wir auch unter strukturpolitischen Gesichtspunkten die weltweite Koordinierung der Konjunkturpolitik weiter vorantreiben müssen, ohne daß ich übersehe, wie begrenzt die Möglichkeiten hier sind.

Auch hierbei würde ich der Planung - selbst von privaten Investitionen - ein größeres Gewicht geben. Ich sehe zum Beispiel nicht, wie die Europäer auf dem Sektor Schiffbau bei einem derartig verzerrten Wettbewerb auf die Dauer ohne eine europäische Planung, bis hin zu den Kapazitäten, auskommen wollen. Diese Frage stellt sich in gleicher Weise für die Luftfahrtindustrie und möglicherweise auch bei der Entwicklung von Kernkraftwerken und von Computern.

Ich habe dieser Tage mit Interesse gelesen, daß Herr Zahn von Daimler-Benz sogar für die Automobilindustrie davon gesprochen hat, man sollte einmal ich drücke es vorsichtig aus - über Gesamtkapazitäten nachdenken. Das ist ein Schritt über das hinaus, was bisher gesagt worden ist.

Zusammenfassend bin ich der Meinung, Herr Dahrendorf, daß wir die Innenpolitik nicht ohne die ungeheuren und noch zunehmenden Auswirkungen der Weltwirtschaft betrachten können. Wir müssen mit Krisen im System rechnen, die wir nur unvollkommen aufzufangen in der Lage sind, auf die wir uns aber besser vorbereiten können, als wires 1973/74 waren.

Dahrendorf

Ich übersehe die weltweite Verflechtung keineswegs, Herr von Dohnanyi. Hinsichtlich der flexiblen Wechselkurse wird die Stellungnahme der einzelnen Länder sehr verschieden aussehen, je nachdem wie stark ihre Position jeweils ist. Hinzu kommt, daß flexible Wechselkurse nicht nur eine ökonomische Wirkung haben, sondern auch zum Index für andere Dinge geworden sind. So können scheinbar paradoxerweise höhere Exportpreise durchaus zu höheren Exporten führen, weil der Aufwertungseffekt einer Währung als Zeichen des Vertrauens in die Wirtschafts- und Nachlieferungskraft des exportierenden Landes verstanden wird und umgekehrt.

Wildenmann

Herr Ehrenberg hat hier im Grunde genommen ein stark nationalstaatlich orientiertes wirtschaftspolitisches Konzept entwickelt und dabei die Verflechtungen, die Herr von Dohnanyi betont hat, weitgehend außer acht gelassen. In Ihrem Konzept fehlt eigentlich nur noch eine drastische Heraufsetzung des Wechselkurses der D-Mark, sagen wir um weitere 20, 25 Prozent ...

Ehrenberg

Wenn wir die Schlange auflösen, hat das bereits einen Effekt von 10 Prozent.

Wildenmann

... um eine Kapitalumlenkung für die von Ihnen geforderten Inlandsinvestitionen innovativer Art zu erreichen. Das ist sicher wünschenswert, wenn ich etwa an die notwendigen Investitionen auf dem Bildungssektor denke. Die Abschaffung des Numerus clausus würde zwei, drei Milliarden D-Mark kosten.

Während Herr Ehrenberg im wesentlichen eine staatlich orientierte Infrastrukturplanung und Innovation fordert, sieht das Konzept von Herrn Grüner ganz anders aus. Herr Grüner stellt auf eine langfristige Politik ab, die darauf gerichtet sein muß, die Nachfragestrukturschwächen in weiten Teilen der Welt zu überwinden. Das heißt, es kommt darauf an, die weltweit vorhandenen Bedürfnisse in einen wirksamen Bedarf umzusetzen. Dafür sind Investitionen erforderlich, Investitionen bedeuten Sparen, und das Sparen müssen wir im Inland leisten.

Ein solches Konzept schlagen übrigens auch Mesarovic/Pestel in ihrem Buch "Menschheit am Wendepunkt" in einer ganzen Reihe von Fällen vor. Der Grundgedanke ist: Das Kapital muß primär

durch Sparmaßnahmen in den Industrieländern geschaffen und in Form von Subventionen in die Entwicklungsländer transferiert werden, wenn die große Weltkatastrophe vermieden werden soll. Natürlich gehen die Prediger des Nullwachstums, wie Dennis Meadows, den falschen Weg. Aber auch Ihr Konzept, Herr Ehrenberg, ist meines Erachtens weder machbar noch überhaupt wünschenswert, weil es zu Absurditäten im Welthandel führen würde, bis hin zu weiteren Produktionsfehleistungen. Herr von Dohnanyi nannte als eine der Ursachen für die Krise die Investitionsfehleistungen, die auf falsche Daten zurückzuführen sind.

Innenpolitisch werden sicher weitere Konflikte nicht ausbleiben. Dabei stimme ich Frau Noelle-Neumann zu, daß das Erwartungsniveau der Bevölkerung in der Rezession zwischen 1973 und 1975 gesunken ist. Möglicherweise wird dadurch in Zukunft die Durchsetzung realistischerer wirtschaftspolitischer Konzepte erleichtert.

Andererseits werden aber eine Reihe von Verteilungsproblemen auftreten. Die Forderung, Chancengleichheit herzustellen, wird sich weiter verstärken. Dabei muß man feststellen, daß in den letzten 50 Jahren die relative Chancengleichheit weder auf dem Bildungssektor noch auf dem Einkommenssektor nennenswert zugenommen hat - wohl die absolute, aber nicht die relative.

Ehrenberg

Das spricht doch für mein Konzept.

Wildenmann

Aber Ihr Konzept wird das nicht leisten, Herr Ehrenberg. Es wäre nur dann erfolgreich, wenn wir mit einer sehr vorsichtig gehandhabten Wirtschaftspolitik tatsächlich eine stabilere Weltwirtschaft bekommen. Das ist das genaue Gegenteil von Ihrer nationalstaatlichen Konzeption der innovativen Investitionen im Inland, obwohl diese in bestimmten Sektoren sicher zu begrüßen sind.

Das Konzept von Herrn Grüner fordert weltweit die langfristige Umwandlung von Bedürfnissen in Bedarf, um das Gesamtniveau der wirtschaftlichen Tätigkeit zu erhöhen. Das ist letztlich ein politisches Ziel, zu dessen Verwirklichung es aber wirtschaftspolitischer Mittel bedarf. Das betrifft die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsverfassungen.

Die gegenwärtige Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß wir nicht einmal in der Lage sind, genau zu analysieren, welches denn nun die Ursachen für die Krise waren. Es wurden hier verschiedene Krisentheorien ohne Evidenz vorgetragen. Deshalb brauchen wir mehr wissenschaftlich abgestützte politische Optionen, selbst wenn sich 90 Prozent davon als unrealistisch herausstellen sollten. Weil es um die zentralen Lebensgrundlagen dieser Gesellschaften geht, haben wir es primär mit Politik zu tun, die sich bestimmter Mittel bedient. Gewiß, die wirtschaftspolitische Entwicklung läßt sich nicht vorhersagen, aber es ist doch sehr wichtig, zu wissen, welchen Grad an Wahrscheinlichkeit diese oder jene Option hat.

Ehrenberg

Ich fühle mich ein wenig mißverstanden, Herr Wildenmann. Ich habe hier kein nationalwirtschaftliches Konzept vorgelegt. Ich habe mich nur auf die Innenpolitik beschränkt, weil uns dies vom Thema her so vorgeschrieben wurde. Doch auch unter dieser Voraussetzung gilt, daß die Modernisierung unserer Wirtschaft zugleich die einzige Möglichkeit für einen wirklich zureichenden Beitrag der Bundesrepublik bei der Lösung des Nord-Süd-Konflikts ist. Nur wenn wir die Modernisierung der Wirtschaft unter Wahrnehmung aller Rationalisierungschancen fortführen, werden wir in der Lage sein, die notwendige internationale Arbeitsteilung zu erreichen. Nur wenn wir auf die Herstellung billiger Serienprodukte verzichten, geben wir den Entwicklungsländern eine Chance, diese Produkte mit Erfolg auf dem Weltmarkt anbieten zu können - was ihnen mehr hilft als jede Barüberweisung.

Gleichzeitig ist empirisch nachweisbar, daß unser Anteil am Welthandel nicht kleiner, sondern eher größer werden wird, nur mit anderen Produkten und in anderen Ebenen. Der Warenaustausch ist ja nicht zwischen hoch- und niedrigentwickelten Nationen am größten, sondern je mehr sich die Länder in ihrer Entwicklung annähern, um so intensiver wird der Warenaustausch zwischen ihnen. Insofern hat mein nationalwirtschaftliches Konzept, wie Sie es genannt haben, durchaus eine weltwirtschaftliche Komponente; sie muß nur verlängert werden.

Wenn wir schon über Weltwirtschaft reden: So wie ich es für notwendig halte, in der Bundesrepublik in Zukunft bei normalerer Konjunktur eine höhere staatliche Kreditfinanzierung vorzunehmen, als es früher üblich war - die Jahre 1974-1976 sind dafür allerdings kein Maßstab;- , so würde ich im internationalen Maßstab eine Art Keynesianischer Finanzpolitik befürworten. Ich denke hier an

Finanzierungsmethoden, die von der konventionellen Finanzpolitik sicher als unsolide angesehen werden, um die Nachfragemöglichkeiten in den Entwicklungsländern zu steigern. Aber es ist doch ein absurder Zustand, daß ein Drittel der Menschheit hungert, während bei uns Produktionskapazitäten leerstehen. Das müßte über einen Nachfragestoß im Weltmaßstab verändert werden. Das gehört als weltwirtschaftliche Ergänzung zu meinem Wachstumsoptimismus dazu.

Jochimsen

Ich möchte kritisch zur Anlage dieser Diskussion bemerken, daß hier, von gewissen Voraussetzungen in der Außenpolitik ausgehend, verschiedene Bereiche der Innenpolitik differenziert werden, als ob sie sozusagen nebeneinander bestehen. Diese Art des Ressortdenkens in Politikbereichen sehe ich als sehr problematisch an, wenn es darum geht, den Spielraum der Innenpolitik auszutariieren.

Nach Prognosen der OECD und der Europäischen Gemeinschaft für 1980 werden wir in der Bundesrepublik in diesem Zeitraum mit 800 000 Arbeitslosen rechnen müssen. Diesen Prognosen liegen gewichtete politische Präferenzen der Zielvorstellungen der Regierungen zugrunde, die nicht einfach unter der Rubrik Optimismus oder Pessimismus einzuordnen sind. Ich frage mich nur, ob wir mit unserer heute von den Wirtschaftspolitikern weitgehend akzeptierten Prognose einer strukturellen Arbeitslosigkeit nicht zugleich einen autonomen Handlungsdruck erzeugen. So haben wir in den Programmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gewissermaßen im Vorbeigehen Hunderte von Millionen D-Mark investiert, die für strukturell sinnvolle Maßnahmen in einer abgestimmten Politik kurzfristig nicht aufzubringen wären.

Hier wird eine Lücke bis 1980 angezeigt, aber warum nur bis 1980, warum nicht bis 1985? Es wird ein autonomer Handlungsbedarf suggeriert, der gleichsam neben den anderen Politikbereichen besteht, ohne daß dabei die strukturpolitischen Perspektiven in die Zukunft deutlich werden, was sehr gefährlich werden kann. Wenn nämlich die Wirtschaftspolitik keine Lösung weiß, werden sich die Gewerkschaften dazu gezwungen sehen, Arbeitsbeschaffungsprogramme zu fordern.

Worauf es aber ankäme ist, die strukturellen Bedingungen für die zukünftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes zu schaffen. Der Wachstumsbegriff ist hier viel zu eng. Denn er operiert mit Termini der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, mit der Unterscheidung von Konsum und Investition, was allenfalls kurzfristig sinnvoll, aber schon mittelfristig sehr fragwürdig ist. Dann stellt man wiederum nur - lassen Sie mich das kritisch sagen, Herr Gutowski - auf Entzugs- oder Reinspritzeffekt auf dem Arbeitsmarkt ab, hingegen nicht auf die Qualifizierung der Arbeitskräfte.

Wo haben wir denn die Handlungsmöglichkeiten? Im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik einerseits und im Bereich der Bildungs-, insbesondere der Berufsbildungspolitik andererseits.

Gutowski

Das habe ich nicht bestritten.

Jochimsen

Sie haben es aber so gesagt, als handele es sich um eine reine Kinderbewahr-Funktion. Die Tendenz, das Arbeitsmarktpotential durch verlängerte Erstausbildung zu verkürzen, ist unter strukturellen Gesichtspunkten sehr problematisch.

In diesem Kontext wird auch die Abschaffung des Numerus clausus diskutiert, was ich insofern nicht ganz verstehe, als ja die Arbeitsmarktchancen des einzelnen mit erhöhter Qualifizierung größer werden.

Keine verantwortliche Regierung nach dem 3. Oktober wird eine Perspektive struktureller Arbeitslosigkeit zur Grundlage ihrer Politik machen. Dabei muß man sich natürlich darüber unterhalten, was Vollbeschäftigung heißen soll. Jedenfalls ist der Handlungsspielraum für die kommende Regierungspolitik nicht sehr groß, wenn man schon die Hoffnung hat, daß wir keine sozialen Unruhen und andere Schwierigkeiten bekommen werden.

Der autonome Handlungsdruck, von dem ich gesprochen habe, macht es notwendig, daß wir in Zukunft die Verflechtung der verschiedenen Politikbereiche sehr viel stärker als bisher beachten müssen. Dies ist allerdings eine längerfristige, keine kurzfristige Aufgabe. Deshalb bedarf es einer Ausdehnung des Zeithorizonts bei all unseren Überlegungen. In diesem Zusammenhang ist eine intensive Diskussion über den Planungsbegriff erforderlich. Aus diesem Grunde dürfen wir auch die Perspektive nicht auf die nächsten zwei, drei Jahre beschränken, sondern müssen weiterblicken.

Dazu gehört auch, daß wir die strukturellen Handlungskomponenten, die unter dem Stichwort "innere Reformen" laufen, systematischer miteinbeziehen. In den nächsten Jahren haben wir, wie Herr Grüner sagte, 800.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, während wir längerfristig wieder eine Abnahme der Arbeitskräfte zu verzeichnen haben. Und dann stellt sich nachdrücklich die Frage, wie wir unsere Wachstums- und Strukturwandlungschancen aufrechterhalten wollen.

Das Wachstumspotential ist nicht eine Frage von Optimismus oder Pessimismus, von Askese oder fröhlichem Konsum, sondern entscheidend ist, welches Zutrauen diese Gesellschaft in ihre Zukunft hat. Deshalb stimmen mich alle diejenigen äußerst skeptisch, die fordern, es müsse alles mit Mäßigung gehen. Damit würden wir wesentliche Chancen verschenken, was wir uns aufgrund des Kontextes, in dem wir stehen, gar nicht leisten können. Wenn wir die vorhandenen Wachstumschancen nicht nutzen, werden wir weder mit unserem System der sozialen Sicherung zurechtkommen - wo dann Finanzierungsprobleme entstehen dürften - noch Vollbeschäftigung erreichen, noch die Zukunft der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt sichern können.

Ehrenberg

Sicher besteht die Alternative nicht zwischen Askese und fröhlichem Konsum, sondern entscheidend ist das Zutrauen in die künftige Entwicklung. Nur meine ich: Wer fröhlich ist, hat mehr Zutrauen als der, der es nicht ist.

Geißler

Wir haben in den letzten 20, 25 Jahren einen ungeheuren sozialen Fortschritt erlebt, den wir durch hohe Wachstumsraten in der Wirtschaft finanzieren konnten. Ich bezweifle, ob diese Wachstumsraten auch in Zukunft so hoch sein werden. Auch die Bundesregierung geht offenbar von relativ maßvollen Wachstumsraten aus. Wenn ich mir etwa die mittel- und langfristigen Prognosen ansehe, die der Rentenfinanzierung zugrunde liegen, so erwartet man Bruttolohnzuwächse von sechs Prozent und ein sehr eingeschränktes Arbeitsmarktpotential. Hinzu kommt, daß wir einen Teil unseres Lebensstandards an die ärmeren Länder werden abgeben müssen - siehe die Auseinandersetzungen in Nairobi. Das alles wird nicht ohne Auswirkungen auf unser wirtschaftliches und soziales System bleiben.

Aus diesem Grunde wird bei der Frage, welche Spielräume wir in der Wirtschaftspolitik nach dem 3. Oktober haben werden, die Einkommenspolitik eine erhebliche Rolle spielen. Das zeigt uns die Entwicklung in anderen Ländern wie Frankreich, Italien oder England. Der Spielraum des wirtschaftlichen Wachstums hängt wesentlich davon ab, welche Einkommenspolitik in unserem Lande gemacht werden wird. Ich meine, daß ein gewisser Zuwachs an Massennachfrage, das heißt an Realeinkommen, eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum ist. Das betone ich denen gegenüber, die hier von der Notwendigkeit der Lohndämpfung gesprochen haben.

Wie sieht die Situation für den Arbeitnehmer aus? Ich will nur zwei Beispiele anführen. So muß ein Lediger schon ab einem Einkommen von 429,- D-Mark von jeder zusätzlich verdienten Mark 40,5 Pfennige abführen - bedingt durch die Anhebung der Proportionalzone, starke Sprünge im Progressionstarif und steigende Sozialversicherungsausgaben. In der Progressionszone, als Lediger also ab 1333,- D-Mark, sind es bereits 50 Pfennige. Zweites Beispiel: Von den 131,- D-Mark, die ein durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer mit Frau und zwei Kindern von 1975 auf 1976 zusätzlich verdient hat, blieben ihm real 62 Pfennige übrig. Dabei sind Kaufkraftverlust, Steuern und Sozialausgaben miteingerechnet. Ich frage mich, ob sich die Gewerkschaften eine solche Einkommenspolitik auf die Dauer gefallen lassen werden. Ich glaube nicht, daß man darauf zukünftige Prognosen aufbauen kann.

Was in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren fehlte, war eine abgestimmte Einkommenspolitik. Die primäre Einkommensumverteilung haben wir weitgehend den Tarifparteien überlassen, während die sekundäre Einkommensverteilung, vor allem die Transferleistung des Staates via Sozialeinkommen, stark vernachlässigt worden ist.

Ohne eine abgestimmte Einkommenspolitik wird sich in Zukunft der "Kluncker-Effekt" wiederholen, der darin bestand, daß die ÖTV bei den damaligen sehr hohen Tarifabschlüssen Druck von der Basis zu spüren bekam. Die ÖTV hat versucht, mit den untauglichen Instrumentarien der Tarifpolitik die Defizite in der Sozialpolitik auszugleichen. Dazu gehört auch eine mangelnde Abstimmung zwischen der Steuerpolitik und den staatlichen Transferleistungen. Dies hat gerade bei den unteren Einkommen verheerende wirtschaftliche Folgen. Darauf hat der Bundeswirtschaftsminister mit Recht hingewiesen.

Damit beantwortet sich auch die Frage nach der Askese von selber. Es gibt immer mehr Leute, denen das Askeseniveau vorgeschrieben wird, Herr Nölling. Sie können einfach nicht mehr konsumieren, obwohl sie es gerne möchten. Dies sind in der Bundesrepublik Deutschland heute bereits 5-6 Millionen Menschen; in erster Linie Rentner und kinderreiche Familien. Daß dies für die gesamte Nachfragesituation eine außerordentliche Rolle spielt, steht für mich fest.

Die mangelhafte Einkommenspolitik hat auch zu erheblichen Disproportionen in den Länder- und Gemeindehaushalten geführt. Heute sind bereits über 40 Prozent der Kommunalhaushalte ausschließlich mit Sozialausgaben belegt. Die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz, also die Sozialhilfe, die ein sozio-ökonomisch kulturelles Minimum abdecken sollen, sind innerhalb von drei Jahren von 3,2 Milliarden auf über 7 Milliarden D-Mark gestiegen. Das ist ein Indiz dafür, daß auf dem Einkommens-, also dem Nachfragesektor etwas nicht mehr in Ordnung ist.

In einem Satz zusammengefaßt: Eine abgestimmte Einkommenspolitik in den kommenden Jahren ist die unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum.

Ehrenberg

Sie sprechen von 5-6 Millionen Menschen, Herr Geißler, bei denen keinerlei Sparfähigkeit vorhanden ist. Ich würde sogar eine Zahl von 15 Millionen annehmen, deren Einkommensniveau noch in keiner Weise mein "fröhliches Konsumieren" erlaubt. Vom Bedarf her gibt es auf längere Sicht hin genügend Möglichkeiten.

Raiser

Mir ist bisher nicht klar genug geworden, worin die Schwierigkeiten im Bund-Länder-Verhältnis eigentlich liegen. Ein gewisses Aufeinander-angewiesen-sein der verschiedenen Kräfte in unserem Staat, die vom Grundgesetzgeber gewollte Dezentralisierung und der Föderalismus können ein sehr positives Element sein, dessen politische Integrationswirkung vielleicht in einer Zeit, in der es zu akuten Schwierigkeiten beim Zusammenwirken gekommen ist, nicht recht deutlich wird. Ich frage mich daher, ob sich die überall laut gewordene Kritik nicht allzu opportunistisch auf die gegenwärtige Situation bezieht, anstatt das Problem in seiner Tiefendimension auszuleuchten.

Ein weiterer Punkt betrifft das Verteilungssystem des kollektiven Arbeitsrechts. Als es vor einiger Zeit zu Tarifabschlüssen kam, die nicht die öffentliche Billigung fanden und von den politischen Instanzen als zu hoch angesehen wurden, hat man prinzipiell die Frage gestellt, ob dieses System auf die Dauer funktionieren kann. Die konzertierte Aktion ist ein Versuch, hier korrigierend einzugreifen. Die Kritik an der konzertierten Aktion bis hin zu den Vorschlägen, die staatliche Kompetenz zu verstärken, ist in der letzten Zeit verstummt, nachdem sich die Gewerkschaften freiwillig oder unfreiwillig mit ihren Forderungen zurückgehalten haben. Dennoch liegt hier ein offenes Problem.

Noch eine Bemerkung zum Thema Askese und fröhlicher Konsum. Nach den jüngsten theoretisch fundierten und praktisch erprobten Erfahrungen kommt der Karren tatsächlich am ehesten aus dem Dreck, wenn man konsumiert, weil damit die Produktion angeheizt wird. Aber ich zweifle doch, ob man das so prinzipiell äußern und daraus eine Art öffentlicher Moral machen kann, die vom Staat unterstützt oder sogar indoktriniert wird. Ich erinnere an den berühmt gewordenen Aufsatz von Max Weber über den Zusammenhang von Askese als religiöse Haltung im Protestantismus und Wirtschaftsgesinnung. Seitdem kann man, Herr Ponto, nicht mehr so trennen, daß man Askese dem religiösen und Konsumfreudigkeit dem wirtschaftlichen Bereich zuschreibt. Jedenfalls würde die Maxime Konsumfreudigkeit eine radikale Umkehr der traditionellen protestantischen Wirtschaftsethik bedeuten. Zu den Grundlagen der Leistungsgesellschaft gehört neben dem Bestreben, wirtschaftlich voranzukommen, auch der calvinistische Gedanke, sich nicht schon in dieser Welt dadurch ein angenehmes Leben zu verschaffen, daß man alles haben und genießen will, was man vielleicht haben könnte. Ich halte es für eine außerordentlich doppelbödige Argumentation, mit Herrn Ehrenberg nur auf das "fröhliche Konsumieren" abzustellen.

Auch gewisse Erscheinungen des öffentlichen Lebens, die wir auf lange Sicht keineswegs wünschen können, müssen uns davor warnen. Ruft die Konsummentalität nicht eine allgemeine Begehrlichkeit hervor, die sich dann auch auf Bereiche erstreckt, in denen die Wünsche wirklich nicht zu befriedigen sind. Ich sehe auch eine Neigung, sich aus dem öffentlichen Leben und aus der Verantwortung dafür zurückzuziehen und nur noch ein privates Konsumdasein zu führen, das vielleicht den Wirtschaftskreislauf ideal in Gang hält, aber die öffentlichen Dinge auf lange Sicht gefährden muß. Schließlich führen Konsummentalität und Wohlstandsdenken dazu, daß die Lernbereitschaft abnimmt. Unsere Leistungsgesellschaft basiert aber darauf, daß wir genügend Menschen haben, die intellektuell fähig und wendig genug sind, den Apparat zu steuern.

Dahrendorf

Ich schließe jetzt die Diskussion über die erste These ab. Wir haben die Fragen der Wirtschaftspolitik recht ausführlich behandelt, wobei die verschiedenen Positionen deutlich wurden. Vermutlich haben wir damit auch bereits eine Grundlage für die weitere Debatte gelegt. Mir ging es darum, Herr Jochimsen, gerade keine Ressortunterteilungen zu machen, sondern Voraussetzungen zu diskutieren, die in den verschiedensten Bereichen ihre Bedeutung haben.

Was den bisherigen Gang der Diskussion betrifft, so wäre es für jemanden, der dies unbefangen mit angehört hat - sagen wir, er käme vom Mars;-, nicht ganz leicht, die Frage zu beantworten, ob an diesem Tisch mehr als eine politische Gruppe vertreten ist, und wenn ja, wie diese politischen Gruppen hier wohl verteilt sind. Jedenfalls könnte man zu dem Schluß kommen, daß es in bestimmten grundsätzlichen Fragen der wirtschaftspolitischen Haltung keine großen Kontroversen gibt - trotz aller Optimismus-Pessimismus-Überlegungen.

Altmann

Das ist ein Irrtum.

Dahrendorf

Zu diesem Ergebnis muß man kommen, wenn man die ruhigen Auseinandersetzungen hier mit den Kontroversen in anderen Ländern vergleicht. Ich sehe darin den Versuch, in vernünftiger Weise auf bestehende Probleme zu reagieren, ohne dabei in irgendeiner ideologischen Richtung über Bord zu gehen. Sie sind nicht dieser Meinung, Herr Altmann?

Altmann

Nein. Ich komme ja auch nicht vom Mars, sondern aus Bonn.

Dahrendorf

Sicher sind Unterschiede vorhanden, aber in wesentlichen Punkten gibt es sie nicht, und das ist sehr bemerkenswert, wenn man das einmal im Weltzusammenhang betrachtet.

Zum Inhalt der bisherigen Diskussion ist es ohne Zweifel richtig, daß - darauf ist verschiedentlich hingewiesen worden - die Abstinenz von den weltwirtschaftlichen Problemen willkürlich ist. Die wichtigste Frage in diesem Zusammenhang, die zugleich auf die Innenpolitik ausgerichtet ist, lautet: Inwieweit und womit - ökonomisch und politisch - ist die Bundesrepublik eigentlich gerüstet, um die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen aufrechtzuerhalten, die unerläßlich sind, wenn das, was hier gemeinsam als grobe Zielvorstellung entwickelt worden ist, durchgehalten werden soll?

Reicht es dafür aus, den Entwicklungsländern lediglich zu empfehlen, einen rationalen Kurs in der Wirtschaftspolitik zu steuern? Sind wir nicht, um die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen auch für unsere eigene wirtschaftliche und soziale Zukunft zu schaffen, unter Umständen zu ganz anderen Dingen gezwungen, als sie bisher diskutiert worden sind?

Es wurde darauf hingewiesen, Stabilität sei nur Bedingung, notwendige Bedingung; natürlich ist auch Wachstum nur Bedingung, notwendige Bedingung - aber wofür? Herr Oetker sagte, die Rezession habe in den Unternehmen zu der Einsicht geführt, daß eine detaillierte mittelfristige Planung nicht sehr viel hergebe, um die auftauchenden Probleme zu bewältigen. Was man aber erkannt habe sei, daß man wieder stärker darüber nachdenken müsse, wo man eigentlich hinwolle, und das heißt, die Ziele zu definieren. Genau das ist auch notwendig, wenn man Stabilitäts- und Wachstumspolitik betreibt.

Daß das Wachstum nicht nur dem weiteren Wachstum dienen kann, ist allen klar. Ich bin nicht sicher, ob die Frage so beantwortet werden muß, wie manche es tun und wie Hallstein es für die Europa-Politik immer sagte: Wir sitzen auf dem Fahrrad, wir müssen weiterfahren; wenn wir aufhören zu treten, fallen wir um. Ob das die einzig mögliche Antwort auf diese Grundfrage der wirtschaftlichen Wachstumspolitik ist, scheint mir immerhin erwägenswert. Gibt es nicht auch andere Zielsetzungen?

Als eine interessante, etwas paradoxe Frage möchte ich festhalten, ob eine günstige Konjunkturlage Problemlösungen erleichtert oder im Gegenteil erschwert. Theoretisch sollte man annehmen, daß Lösungen bei günstiger Konjunktur eher möglich sind. In der Praxis sieht es aber ganz so aus, als ob sie dadurch schwerer werden.

Biedenkopf

Der Konsens, den Sie hier feststellen, Herr Dahrendorf, ist in zweierlei Hinsicht nicht repräsentativ. Einmal wird er dadurch erkaufte, daß wir nur Fragen formulieren und keine Antworten geben, jedenfalls bei den Problemen, wo die politischen Entscheidungen erst anfangen. Denn das, was im Konsens festgestellt worden ist, war im wesentlichen analytischer und nicht politischer Natur.

Zweitens wird der Konsens dadurch erkaufte, daß wir eine ganze Reihe von elementaren politischen Fragen ausgeschlossen haben, insbesondere die Frage der weltwirtschaftlichen Verflechtungen. In dem Augenblick, in dem wir an die weltwirtschaftlichen Auswirkungen und an die tatsächlichen Problemlösungen herangehen, sieht die Sache völlig anders aus. Dann bleibt vom Konsens sehr viel weniger nach, als man hier annehmen könnte.

Menke-Glückert

Aber für die Marktwirtschaft gilt er.

Biedenkopf

Da bin ich nicht so sicher.

Ponto

Offenbar wird hier Konsens als ein politisches Problem empfunden. Nachdem man sich über vieles weitgehend verständigt hat, sagt man: Nein, so nicht, wir werden schon Punkte des Streites finden.

Dahrendorf

Lassen Sie uns jetzt zu der zweiten These übergehen, die sich mit der Rationalisierung der öffentlichen Aufgaben beschäftigt.

Für mich wäre es von großem Interesse, zu erfahren, wie in diesem Kreis auf die nächsten Jahre hin der finanzielle Spielraum vor allem im öffentlichen Bereich eingeschätzt wird. Kann man, was die Bundesrepublik betrifft, davon ausgehen, daß die bisherige Politik, die öffentlichen Ausgaben real mindestens auf dem bereits erreichten Niveau zu halten, auch in Zukunft fortgesetzt wird? Gibt es keine Partei und keine Großgruppe, die einschneidende Beschränkungen der öffentlichen Ausgaben fordert?

von Dohnanyi

Wir sollten die Thesen 2, 3 und 4 zusammen diskutieren - vielleicht mit Ausnahme des Themas "Verfassungsstruktur", das ich der 5. These zuschlagen würde.

Dahrendorf

Dagegen sehe ich keinen Einwand.

Hartwich

Wie lassen sich bei den gegebenen Strukturen die bestehenden Probleme lösen und die möglichen Zielvorstellungen überhaupt verwirklichen? Das sind weniger Fragen der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik, als vielmehr der politischen Struktur und der Willensbildung, des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung. Ich meine, daß wir die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen gerade unter diesen strukturellen Aspekten diskutieren sollten, um zu sehen, was sich durchführen läßt.

Stolze

Ist das Wachstum nur um seiner selbst willen da, wie Sie mit Ihrer Bemerkung fragen, Herr Dahrendorf? In diesem Punkt bin ich mit Herrn Ehrenberg einig: Die meisten Probleme, die auf uns zukommen, sind bei Nullwachstum nicht zu lösen. Im übrigen ist ein Nullwachstum wirtschaftspolitisch überhaupt nicht zu steuern; es wird im Grunde auch von niemandem angestrebt, selbst der Club of Rome ist inzwischen wieder davon abgerückt.

In einem wesentlichen Punkt hat die Marktwirtschaft in den letzten Jahren gar keine Bewährungsprobe bestehen müssen. Herr Gutowski hat zu Recht gesagt, daß ein System - man sollte hinzufügen: ein freiheitliches System - nur bestehen kann, wenn das Ergebnis des Verteilungsprozesses von einer breiten Mehrheit zumindest akzeptiert werden kann. Diese Bewährungsprobe hat nicht stattgefunden;

denn das Masseneinkommen ist auch während der Rezession weiter gestiegen. Wir haben die ökonomischen Folgen der Rezession auf bestimmte Minderheiten abgewälzt, auf Arbeitslose, auf Gastarbeiter, die man nach Hause geschickt hat, und vor allem auf die Unternehmer. Deshalb bleibt für mich Wachstum eine Bedingung für die Existenz des marktwirtschaftlichen Systems. Es ist eine politische Notwendigkeit.

Auf der anderen Seite meine ich, daß der finanzielle Spielraum, den die Regierung hat, relativ groß ist. Das deficit spending in einem Ausmaß - 70 Milliarden D-Mark allein der Bund in zwei Jahren;- , das wir vor fünf Jahren noch für unmöglich gehalten hätten, ist ökonomisch verkräftet und psychologisch akzeptiert worden. Verständlicherweise hat die Opposition gegen diese Art von Schuldenmachen opponiert, und man kann durchaus die Frage stellen, ob die 70 Milliarden sinnvoll ausgegeben worden sind. Aber psychologisch sind diese 70 Milliarden von der Bevölkerung akzeptiert worden; sie sind im Grunde kein politisches Thema mehr.

Wir werden daraus die Konsequenz ziehen können ob wir das im Einzelfall politisch tun sollten, ist eine andere Frage;- , daß die Finanzierung von Staatsausgaben durch Kreditaufnahmen in Zukunft in diesem Land leichter sein wird, als wir es vor fünf oder vor zehn Jahren auch nur annähernd für möglich gehalten hätten. Der Weg zu höherer Kreditaufnahme ist psychologisch-politisch offen, unter welcher Regierung auch immer.

Zweitens dürfte auch der Spielraum für Steuererhöhungen größer sein, als hier manchmal angeklungen ist. Auch Franz Josef Strauß als potentieller Finanzminister einer möglichen CDU/CSU-Regierung ist ja kein grundsätzlicher Gegner der Mehrwertsteuererhöhung.

Bei Steuererhöhungen gilt, was Galbraith seit Jahren den Amerikanern empfiehlt: Direkte Steuererhöhungen sind immer mißlich und führen zu unangenehmen Reaktionen beim Bürger. Indirekte Steuererhöhungen dagegen werden meistens relativ leicht geschluckt. Denken Sie an die Erhöhungen der Tabak-, Branntwein- und Benzinsteuern: Da gibt es einige Wochen lang Aufregung - wobei ich mir nicht sicher bin, ob diese Aufregung wirklich vom Bürger kommt, ob sie nicht von meinen Kollegen in Presse und Fernsehen künstlich angefacht wird;- , und dann ist das Thema nach kurzer Zeit vergessen. Die Enttäuschungen der Bevölkerung - das ist ganz typisch - über die erhofften, aber ausgebliebenen Folgen der Steuerreform vom 1. Januar 1975 waren erheblich größer als die Proteste, wenn der Benzinpreis wieder um 2 Pfennig erhöht wird.

Die Regierung hat also einen relativ großen finanziellen Handlungsspielraum, den sie aber - das ist meine These - gar nicht auszuschöpfen braucht. Mehr noch: er sollte gar nicht ausgenutzt werden. Die Formel, der öffentliche Sektor müsse sich ständig ausweiten, erscheint mir nämlich zu simpel. Wir haben uns in den letzten Jahren, insbesondere in den Jahren vor der Rezession, angewöhnt zu sagen, die Staatsquote müsse naturnotwendigerweise ständig steigen, weil wir immer mehr öffentliche Aufgaben haben.

Dagegen hat sich in letzter Zeit auch unter dem Zwang der Verhältnisse die Diskussion um die Frage intensiviert, ob der Staat oder die öffentlichen Hände das, was sie heute tun, wirklich alles tun müssen. Damit ist keineswegs gesagt, daß die Privatwirtschaft in jedem Fall alles besser macht als der Staat. Sowenig wie die Übernahme bestimmter Aufgaben durch den Staat ist Reprivatisierung ein Allheilmittel. Worüber wir aber nachdenken müssen ist, was man anders organisieren, was mit der Phantasie von Unternehmern besser gestaltet werden könnte und vielleicht zu besseren Lösungen führt, auch wenn man keine Reprivatisierung vorgenommen hat. Herbert Giersch pflegt zu sagen: Unternehmer sind Pfadfinder im unbekanntem Land der Zukunft. Ich würde mir auch für den öffentlichen Sektor ein paar mehr Pfadfinder wünschen. Ich meine, daß man dann sogar bei gleichbleibender Staatsquote höhere öffentliche Leistungen vollbringen kann.

Wendig

Es ist sicher richtig, Herr Stolze, daß ernsthaft zu überlegen ist, ob die öffentlichen Aufgaben so wahrgenommen werden müssen, wie das heute der Fall ist. Gibt es nicht andere Wege der Rationalisierung, der Privatisierung oder weitere Maßnahmen? Diese Ansätze könnten allgemeine Unterstützung finden.

Allerdings wird die Privatisierung von Aufgaben, die heute von der öffentlichen Verwaltung wahrgenommen werden, nur in bestimmten Bereichen des kommunalen Versorgungssektors möglich sein. Und ob das dann immer im Interesse der Gesamtversorgung des Bürgers liegt, bleibt dahingestellt. Aber nachdenken muß man über diese Frage zweifellos. Ich warne nur vor einem zu großen Optimismus, daß allzuviel dabei herauskommt.

Vorhin war die Rede vom Bund-Länder-Verhältnis und von den langfristigen Planungen des Staates. Gerade in dieser Hinsicht ist das Instrumentarium unserer Verfassung noch völlig unzureichend. Man hat zwar ein Stabilitäts- und Wachstumsgesetz geschaffen und in begrenztem Umfang eine Reform der Finanzverfassung durchgeführt, aber ein wirkungsvolles Planungsinstrumentarium im Verhältnis Bund-Länder gibt es bisher nicht.

Eine der wesentlichsten Fragen nicht nur für eine Haushaltsreform, sondern auch für eine Verfassungsreform sehe ich in einer gemeinsamen Aufgabenplanung von Bund und Ländern. Die Enquete-Kommission für Verfassungsreform hat hierzu schon einige Vorschläge ausgearbeitet. Ich bin nicht so optimistisch, prophezeien zu wollen, daß diese in den nächsten vier Jahren verwirklicht werden könnten. Aber hier liegt ein wichtiger Ansatz, daß man im Bereich aller öffentlichen Hände unter Aufrechterhaltung der föderativen Struktur zu einer größtmöglichen Übereinstimmung in der Planung öffentlicher Aufgaben gelangt.

Dazu gehört möglicherweise auch ein weiterer Ausbau des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, das insbesondere im Hinblick auf die Gemeinden, die ja einen sehr großen Sektor der öffentlichen Aufgaben finanziell abdecken, noch nicht voll greift. Dazu gehört ferner die Frage der Finanzverfassung überhaupt, der Steuerverbund Bund-Länder, die Frage der finanzschwachen Länder. In diesen Zusammenhang gehört außerdem die Frage der Länderneugliederung.

Altmann

Wir sprechen hier über ein mögliches Programm der nächsten Bundesregierung. Sie sagen, Herr Wendig, der öffentliche Dienst müsse überprüft werden; machen Sie sich da keine falschen Hoffnungen.

Wendig

Ich sagte ja, daß die Ergebnisse der Enquete-Kommission für Verfassungsreform kaum in den nächsten vier Jahren verwirklicht werden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, Herr Altmann, daß hier eines der zentralen Themen liegt.

Altmann

Wir reden hier vom Spielraum für die nächsten vier Jahre, und in diesem Punkt sehe ich keinen Spielraum.

Wendig

Was ein langsames Wachstum der öffentlichen Ausgaben angeht, so wird dies im wesentlichen davon abhängen, wie sich das Haushaltsstrukturgesetz in den nächsten vier Jahren auswirken und wie die Frage der Mehrwertsteuererhöhung beantwortet wird. Das Wachstum des Haushaltes ist ja weitgehend durch die Verfassung festgelegt; es hängt vom Steueraufkommen und von der Konjunkturlage ab. Was aber not tut, ist eine Umgewichtung. In allen öffentlichen Haushalten, im Bund wie in den Ländern, sind Ungleichgewichte zwischen den konsumtiven und den investiven Ausgaben entstanden. Das Problem: Der Spielraum für die investiven Ausgaben muß größer werden. Das ist auch eine Frage der Haushaltsgestaltung und ebenfalls nicht in einem Jahr durchzuführen, weil vieles festgeschrieben ist.

Ich spreche also nicht von einer Verlangsamung des Wachstums der öffentlichen Ausgaben schlechthin, sondern von einer Umschichtung in den Haushalten, damit wir für investive Aufgaben größeren Raum gewinnen.

Biedenkopf

Zunächst ein Wort zu den Finanzspielräumen. Ich habe den Eindruck, daß sich in der Haushaltsentwicklung in den letzten zehn Jahren - also bis zurück in die Zeit, in der die CDU noch regierte - eine generelle Veränderung unserer Politik vollzogen hat. Das ist das, was Herr Jochimsen die Auflösung der Politik in Teilbereiche genannt hat. Auch in dieser Diskussion sprechen wir in erster Linie über Teilbereiche und scheuen uns davor, die Gesamtzusammenhänge herzustellen.

Das ist in ähnlicher Weise in der Haushaltspolitik geschehen, und zwar mit zweifacher Wirkung. Einmal sieht man die Haushalte überwiegend, wenn nicht ausschließlich von der Ausgabenseite her. Man sagt, so wie es Herr Wendig eben formulierte, die Ausgabenpolitik sei eine Aufgabe des Staates. Man hat die Aufgaben definiert und die dafür notwendigen Ausgaben errechnet, und dann hat man diese Ausgaben finanziert, was durch ein enormes Wirtschaftswachstum erleichtert wurde. Als das

Wirtschaftswachstum zurückging, hat man die Ausgaben durch Kreditfinanzierung weiter finanziert. Die Kreditfinanzierung ist nicht in erster Linie - Herr Wendig hat darauf hingewiesen - durch erhöhte Investitionen notwendig geworden, sondern durch eine aus dem Ruder gelaufene Ausgabenpolitik. Sie haben gar nicht zu einer Verbesserung der Haushaltsstruktur im Sinne der Investitionspolitik geführt, sondern trotz der enormen Kreditfinanzierung hat sich das Verhältnis zwischen Investitionen und laufenden Ausgaben verschlechtert.

Einer der entscheidenden Gründe dafür scheint mir darin zu liegen, daß es an einem ordnungspolitischen Konsens fehlt. Da beginnt dann sofort der Konflikt über die Frage der Prioritäten. Ich unterstelle einmal hypothetisch, es gäbe einen Konsens darüber, die Ausgabenseite zu blockieren; wir würden uns auf ein bestimmtes Ausgabenvolumen beschränken, wohl wissend, daß es nicht ausreicht, alle Ausgaben abzudecken. Folglich wären wir gezwungen, im Rahmen dieses Ausgabenvolumens Prioritäten zu setzen. Wir müssen also den Zusammenhang zwischen einer Reihe von Ausgabenbereichen wieder herstellen, so wie Herr Ehrenberg die Parallele zwischen Soziallasten und Sozialleistungen zog und fragte: In welchem Umfang sind Sozialleistungen notwendig, um Strukturveränderungen relativ sozialkonfliktsfrei zu bewältigen?

Das geht über die normale Fragestellung der Sozialleistungen weit hinaus, die primär unter Umverteilungsgesichtspunkten gesehen wird, wie Herr Geißler betonte, und auch das nur unzureichend. Denn es gelingt uns ja schon im Bereich der Einkommenspolitik, im Bereich der Transferpolitik nicht, eine Gesamtbilanz aufzustellen. Die Transfereinkommen im Wohnungswesen, in der Sozialfürsorge, in der Schulpolitik, etwa bei den Schulbüchern und beim öffentlichen Transport der Schulkinder, das alles wird getrennt, also nicht im Zusammenhang gesehen. Auf diese Weise werden wir nie geordnete öffentliche Haushalte bekommen.

Die Auflösung der Politik in Teilbereiche hat zur Folge, daß die Besitzstände, die sich in einem solchen Teilbereich angesiedelt haben, bei ihrer Geltendmachung nicht auf den Widerstand anderer Besitzstände stoßen. Jeder Teilbereich des öffentlichen Haushalts wird gewissermaßen aus sich selbst heraus definiert, und die politisch notwendige Herstellung eines Gleichgewichts unterbleibt. Die Folge ist das allgemeine, irrationale Gewurschtle: Wieviel bekommt der eine Bereich und wieviel der andere? Der typische Eskapismus aus diesem Problem ist das Gießkannenprinzip, das heißt man weigert sich, Prioritäten zu setzen.

Wie setzen wir Prioritäten? Hier kommen wir nicht umhin, die Frage nach der eigentlichen politischen Kategorie zu stellen. Und die bisherige Diskussion, so interessant ich sie fand, war in einer ganz merkwürdigen Weise unpolitisch. Wenn hier junge Leute zugehört hätten, würden sie über ihre eigene politische Zukunft kaum sehr viel gehört haben. Wir diskutieren über sehr ökonomische und instrumentelle Sachbezüge, ohne nach dem Zweck von Politik zu fragen. Dieser Zweck wurde im Grunde vorausgesetzt.

Darin liegt ein weiterer Grund für den Konsens, den Sie beobachten, Herr Dahrendorf. Man kann ein hohes Maß an Konsens erzielen, wenn man nur über Mittel spricht. Deshalb stelle ich die Frage, ohne darauf im Augenblick eine Antwort zu geben: Nach welchen Kriterien können wir die Prioritäten bestimmen?

Ich beschränke mich jetzt zunächst auf die Finanzpolitik als Spiegel der allgemeinen politischen Situation und auch als Instrument für ihre Gestaltung. Was ist zum Beispiel wichtiger: eine Ausdehnung des Wehretats oder eine Ausdehnung des Sozialtats? Das ist eine Frage, die im höchsten Maße umstritten ist, und zwar nicht nur innerhalb der Koalition, sondern auch bei uns. Den politischen Konflikt, der dann unter dem Druck eines von der Einnahmenseite her begrenzten Haushalts ausgelöst wird, haben wir bisher überhaupt noch nicht formuliert, geschweige denn ausgetragen.

Was ist wichtiger: Die Steigerung des Kapitaltransfers in die Entwicklungsländer, wie Herr Grüner vorgeschlagen hat - ich stimme ihm völlig zu;- von gegenwärtig 0,4 Prozent auf, sagen wir, 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts, oder die Steigerung der Verteidigungsausgaben? Oder ist es eher notwendig, die Infrastruktur zu verbessern, zum Beispiel durch den Bau von U-Bahnen in Großstädten?

In der Stadt Düsseldorf wird jetzt eine U-Bahn gebaut, die zwischen 5 und 10 Milliarden D-Mark kosten wird, von der man schon heute sagen kann, daß sie die Verkehrssituation in Düsseldorf kaum wesentlich verbessern wird. Durch diese Entscheidung werden aber Kapitalmittel gebunden in einer Höhe, die ungefähr dem Betrag entspricht, den die Bundesrepublik gegenwärtig jährlich als Entwicklungshilfe aufbringt. Nach welchen Kriterien kann man solche Entscheidungsprozesse einfangen?

Ich bin der Meinung, daß es völlig ausgeschlossen ist, alle die Fragen, die wir hier aufgeworfen haben, mit wirklicher politischer Relevanz zu diskutieren, ohne einige fundamentale Probleme der Prioritätensetzung anzusprechen.

Natürlich ist es auch interessant, einmal von der gegebenen Situation auszugehen und zu fragen, wie man eine Einsparung öffentlicher Mittel erreichen kann. Dabei denke ich an die Rationalisierung im öffentlichen Bereich. Ich vertrete seit langem die Auffassung, daß die Rationalisierungsreserven im öffentlichen Bereich erheblich sind. Ich habe aufgrund meiner Industrieerfahrung gelernt, was man in einem schnell gewachsenen Unternehmen an Rationalisierungsreserven mobilisieren kann, wenn man die Kraft dazu hat. Für das Unternehmen resultiert diese Kraft aus der Existenzbedrohung durch den Wettbewerb.

Frage: Wie kann ich eine ähnliche Motivation für die Rationalisierung des öffentlichen Bereichs mobilisieren? Denn ohne eine solche Motivation geht es nicht. Die Vorstellung, man könne die Rationalisierungsreserven im öffentlichen Bereich allein aufgrund rationaler Überredung ausschöpfen, indem man argumentiert, das bringe für die Allgemeinheit eine Verbesserung, ist völlig naiv. Ich habe dafür eine Fülle von Beispielen gesammelt.

Ehrenberg

Soll man die Notschlachtung überflüssiger Beamter zulassen?

Biedenkopf

Man kann im Personalbereich allein über die Ausnutzung der Fluktuation eine Menge erreichen, vorausgesetzt, es gelingt, Parkinson außer Kraft zu setzen. Vieles geht, wenn man politisch nur will.

Ich nenne ein Beispiel: Die Wohnbauwirtschaft in der Bundesrepublik ist einer der überbürokratisiertesten Bereiche, die es gibt. Wer jemals einen 30.000-DM-Kredit aus der öffentlichen Wohnbaufürsorge beantragt hat, weiß, daß der Bearbeitungsaufwand für diesen Kredit wahrscheinlich genauso hoch ist wie die Zinssubvention, die gewährt wird. Der Apparat, der daran hängt, ist phantastisch. Aber woher kann ich die politische Motivation nehmen, um, sagen wir, die Wohnbauförderungsanstalt in Nordrhein-Westfalen aufzulösen oder ihren bürokratischen Aufwand zu reduzieren? Nach meiner Überzeugung ist das nur möglich, wenn der staatliche Apparat sich andernfalls in seiner Existenz bedroht sieht.

Borchardt hat in einem vor mehreren Jahren geschriebenen Aufsatz zur Inflation und zur Vermehrung der öffentlichen Ausgaben die These vertreten, der ich uneingeschränkt zustimme: daß die staatliche Verwaltung erst dann bereit sein wird, die Rationalisierungsreserven im öffentlichen Bereich auszuschöpfen und antiinflationäre Gegenprozesse einzuleiten, wenn sie sich existenziell bedroht fühlt.

Jetzt ist die Kernfrage für mich, ob man diese Motivation mit rationalen Mitteln herbeiführen kann? Wenn man dies verneinen muß, und ich neige dazu, dann stellt sich die Frage: Wo sind die politischen Ressourcen, wo ist die politische Kraft zu mobilisieren, die notwendig sind, um das zu leisten, was mit rationaler Überzeugung nicht zu erreichen ist?

In diesem Zusammenhang spreche ich - vielleicht ist es gewagt - von der sittlichen Aufgabe der Demokratie. Ohne Rekurs auf im Wertbereich verankerte Zielvorstellungen, die es wieder zu mobilisieren gilt, werden wir die obige Aufgabe nie bewältigen. Ohne eine solche Motivation ist es ausgeschlossen, daß ich die Bürger für wesentliche Einschränkungen, für tiefgreifende Veränderungen ihres Verhaltens in Pflicht nehme. Wenn das aber nicht gelingt, wird es, lassen Sie mich das aus der praktischen politischen Erfahrung sagen, zu ganz neuartigen Konflikten und Krisen in der Gesellschaft kommen.

Ich führe zahlreiche Gespräche mit Betriebsräten. Besonders in der Zeit der Rezession wurde mir immer die Frage gestellt: Warum sollen wir in der gewerblichen Wirtschaft eigentlich den ganzen Rationalisierungsaufwand, den Wandel, die Strukturveränderungen und die ganze damit verbundene Last der Mobilität, der Umstellung, des Neulernens und so weiter alleine tragen, während gleichzeitig der öffentliche Bereich ständig wächst und sich aus Gründen der Statik des öffentlichen weitgehend dieser Belastung entzieht. Das ist eine Form von Verteilungskonflikt, die mit Geld nicht mehr sehr viel zu tun hat, schon weil sich die Einkommen im privaten und öffentlichen Bereich kaum mehr wesentlich unterscheiden. Im Gegenteil: Wo private Initiative erwartet wird, nämlich auf der mittleren und der gehobenen Führungsebene, steht heute der öffentliche Dienst einkommensmäßig günstiger da als der private Bereich.

Wenn dieser Zustand fort dauert, daß die Anpassungsleistung - und die Gesellschaft muß sich ja mit zunehmender Geschwindigkeit ständig veränderten Daten anpassen - ganz dem gewerblichen Bereich überlassen bleibt, wird dieser sich verweigern. Die Folge wird sein, daß die Produktivitätssteigerungen, von denen wir ausgehen, nicht erzielt werden. Denn der gewerbliche Bereich wird jedenfalls auf die Dauer nicht bereit sein, ein Helotendasein zu führen für eine Art kollektiven Feudalismus im öffentlichen Sektor.

Die Menschen, die im öffentlichen Dienst tätig sind, werden diesen Widerstand nicht ohne Grund als ungerecht empfinden. Sie tun ihre Pflicht. Die Verantwortung liegt bei der politischen Führung, die diese Pflichten definiert und von der auch die Rationalisierungsanstrengung ausgehen muß.

Ich habe das Problem der "Existenzgefährdung" staatlicher Bürokratie einmal in einer Rede im Frühjahr 1974 über Solidarität und Subsidiarität zu verdeutlichen versucht. Ich bin überzeugt, daß das Problem ohne eine sehr eindeutige Motivation politisch nicht lösbar ist. Denn auch das ist schon zutreffend gesagt worden: Mehrheiten beschließen nicht ihre eigene Besitzstandsverkürzung. Das gilt für das Verhältnis Bund-Länder, das gilt genauso für das Verhältnis der öffentlichen Hand zu dem sehr viel stärker dezentralisierten privaten Bereich. Auch aus diesem Grund sind Einnahmeerhöhungen durch Steuern und Verschuldung leichter zu erreichen als die Kürzung von Ausgaben etwa im öffentlichen Bereich. Möglicherweise bildet sich hier ein ganz neuartiges Kartell: das Kartell der öffentlichen Hände, die an ihren Besitzständen festhalten und versuchen, sie immer weiter auszudehnen - zu Lasten des privaten Bereichs.

Was kann man tun? Herr Oetker hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die mittelfristige Planung praktisch gescheitert ist. Ich habe ebenfalls erlebt, wie linear fortgeschriebene Planungsdaten ständig zu Makulatur werden.

Die einzige Kontinuität, die ich sehen kann, ist eben keine ökonomische, sondern eine wertbezogene. Das heißt, das Dauerhafte muß eine ganz andere Qualität erhalten. Dieses Dauerhafte ist die Kontinuität bestimmter Grundentscheidungen, zum Beispiel der Grundentscheidung, dieses Land wirksam zu verteidigen, oder der Grundentscheidung, einen wesentlichen Beitrag zum Abbau sozialer Spannungen in der Welt zu leisten. Solche Entscheidungen liefern das Kontinuum, auf dem langfristige Planung aufbaut. Auf ihre Formulierung muß sich die politische Auseinandersetzung konzentrieren. Werden sie angenommen, dann kann man auch die Probleme der Rationalisierung und anderes mehr sehr viel leichter bewältigen. Solange aber die Fragestellungen nicht angenommen werden, ist ein entsprechendes Programm politisch nicht durchzuführen. Dann werden wir uns unter dem Druck vorgegebener Daten immer wieder mit Anpassungsprozessen zu helfen versuchen und dies nach dem Gesetz des geringsten Widerstandes.

Vor allem die inneren Verteilungsprobleme, die durch eine stärkere Belastung aus Gründen der außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen entstehen, werden dann tendenziell in Richtung auf relative Gleichbehandlung angegangen werden, weil das die politisch nächstliegende Lösung ist. Damit hebt man aber genau die Differenzen auf und baut die kreativen Spannungen ab, die notwendig sind, um die Probleme der Zukunft lösen zu können. Mit der Egalisierung wird die Wachstumsrate abnehmen, die Verteilungskonflikte werden sich verschärfen und ihre Lösung wird man wiederum durch Gleichbehandlung versuchen und so fort. Die mit Ungleichheit verbundene Belastung in einer Gesellschaft, die im Vormarsch ist, kann nur durch eine Zielvorgabe erträglich gemacht werden, die jenseits des rein ökonomischen liegt.

Nölling

Wo liegen die Prioritäten? Ich meine, im Sinne der Arbeitnehmer kommt es darauf an, Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum zu betonen. Beides kann man nicht voneinander trennen. Defizite des Staates auf allen Ebenen würde ich immer in Kauf nehmen, wenn sie dazu führen, Vollbeschäftigung zu erreichen. Wenn wir wieder Vollbeschäftigung haben, würde ich mit Defiziten zurückhaltend sein und zusätzliche Aufgaben eher über Steuererhöhungen finanzieren wollen, weil das sonst zu Preissteigerungen führt.

Ich bin dann recht überrascht, daß Herr Biedenkopf in Zusammenhang mit dem öffentlichen Dienst den Begriff Existenzbedrohung gebraucht. Er spricht von Wettbewerb. Nun wissen wir, daß Wettbewerb ein Instrument ist, um Motivation herzustellen, nämlich Leistung. Wettbewerb ist eine Veranstaltung zur Leistungserzielung und auch zur Leistungssteigerung.

Biedenkopf

Nicht nur dazu.

Nölling

Unsere Wettbewerbswirtschaft ist nun von ihrer Grundstruktur nicht ethisch fundiert. Im Gegenteil, sie bedarf gewissermaßen der ethischen Injektion, denn aus sich heraus schafft es dieses System nicht. Das haben alle Auswüchse des amerikanischen Kapitalismus und auch bei uns gezeigt.

Biedenkopf

Das ist eine sehr mechanische Wettbewerbsvorstellung, die Sie hier vortragen. Das entspricht doch nicht unserer Wettbewerbsordnung von heute.

Nölling

Das ist die Zielsetzung, die ich der Wettbewerbswirtschaft unterstelle.

Biedenkopf

Das hört sich schon anders an.

Nölling

Wenn ich nun als Sozialpolitiker höre, wir sollten in den öffentlichen Dienst so etwas wie Existenzbedrohung einfügen, dann geht das gegen meine Vorstellungen, wie wir mit Arbeitnehmern, in welchem Bereich auch immer, umgehen sollten.

Biedenkopf

So habe ich es nicht gesagt, Herr Nölling. Mein Argument war: Der Staat wird nur dann dazu gebracht werden, seine Rationalisierungsreserven auszuschöpfen, wenn sein Apparat existenziell bedroht ist. Es kann doch nicht darum gehen, die einzelnen Mitarbeiter in ihrer Existenz zu bedrohen.

Nölling

Das ist doch aber kein theoretisches Problem, Herr Biedenkopf. Wenn Sie sagen, Wettbewerbsmotivation müsse injiziert werden und Existenzbedrohung sei nötig, um rationalisieren zu können, dann geht das nur, wenn Sie von dem einzelnen, der im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, fordern: "Du, der einzelne, mußt mehr arbeiten oder besser arbeiten oder beides." Sonst hat diese Forderung keinen Sinn.

Biedenkopf

Das unterschreibe ich, genauso wie Herr Maihofer.

Nölling

Sie zwingen also den einzelnen, mehr und besser zu arbeiten, das heißt ein gegebenes Volumen kann mit weniger Arbeitskräften bewältigt werden.

Biedenkopf

Vor allem kann ich die Leistung des öffentlichen Dienstes effizienter organisieren und damit wirtschaftlicher erbringen.

Nölling

Das Beschäftigungsproblem - es müssen dann ja Arbeitskräfte freierwerden - könnte über die Fluktuation gelöst werden. In dieser Richtung ist ja auch bereits einiges geschehen.

Was mich gestört hat ist, daß Sie von Ethik sprechen und in diese Wettbewerbsordnung den Begriff Existenzbedrohung einführen. Als Sozial- und Wirtschaftspolitiker glaubte ich, daß wir davon abgekommen sind, Menschen in dieser Weise motivieren und zu bestimmten Leistungen bringen zu müssen.

Biedenkopf

Was die Existenzbedrohung der staatlichen Apparate betrifft, so nenne ich ein praktisches Beispiel. Wenn der Staat die Belastbarkeit der Bevölkerung überzieht, werden sich die staatlichen

Einrichtungen der Gefahr der Verweigerung gegenübersehen. Zum Beispiel der Verweigerung von Steuerzahlungen, so wie wir das in der Glistrup-Bewegung in Dänemark und dem Poujardismus in Frankreich gesehen haben. Derartige Bewegungen könnten eines Tages eine ganz andere Brisanz gewinnen als in der Vergangenheit.

Der staatliche Apparat hat ein starkes Sensorium für die Gefahren einer solchen Existenzbedrohung. Das muß aktiviert werden. Nur auf diese Weise werden die öffentlichen Verwaltungen - das sind nicht die einzelnen Beamten, Arbeiter und Angestellten, sondern das sind die Organisationen als solche - Grenzen einhalten im Konkurrenzkampf um das Bruttosozialprodukt, an dem sie in hohem Maße beteiligt sind. Denn auch dort geht es ja um Verteilungsprobleme. Daß hier nicht die Existenzbedrohung von Individuen gemeint ist, ist doch selbstverständlich, Herr Nölling.

Der Wettbewerb dient nach meiner Ansicht keineswegs nur zur Leistungssteigerung, sondern er ist in erster Linie ein Prinzip der Machtkontrolle. Der Wettbewerb ist von uns immer konzipiert worden als ein System, welches erlaubt, durch eine große Zahl von autonomen Entscheidungsträgern, die in Konkurrenz miteinander agieren, Machtzusammenballungen zu verhindern, die auf der anderen Seite in den Entscheidungsstrukturen einer hochgradig arbeitsteiligen Volkswirtschaft erzeugt werden. Deshalb ist es eine dauernde Aufgabe der Wettbewerbspolitik, Machtzusammenballungen, die privatrechtlich nicht zu legitimieren sind, so weit wie möglich wieder abzubauen.

Meine Überlegungen zum Wettbewerb gingen aber in eine andere Richtung. Die Bundesrepublik Deutschland steht in einem weltweiten Verteilungskampf; sie ist in starkem Maße von ihrer Exportfähigkeit abhängig. Diese Abhängigkeit von der Exportfähigkeit wirkt auf unsere innenpolitische Situation zurück. Wenn nämlich die Bundesrepublik in ihrer Wettbewerbsfähigkeit nach außen nachläßt, hat das unmittelbare innenpolitische Konsequenzen, und zwar bis hinein in die einzelnen Arbeitnehmerhaushalte. Dann müssen eben Entscheidungen getroffen werden, wie zum Beispiel beim Volkswagenwerk, ob man weiter im Inland investieren oder ein Zweigwerk in den USA errichten soll.

Der internationale Verteilungswettbewerb und Konkurrenzkampf löst also im Innern Sachgesetzmäßigkeiten aus, die denen vergleichbar sind, denen ein Unternehmen ausgesetzt ist. Diese Sachgesetzmäßigkeiten herauszustellen und daraus die Motivationen für die Rationalisierung im öffentlichen Bereich abzuleiten, ist der Sinn meiner Anregung. Denn diese Motivation ist im Innern nicht zu erzielen, weil wir die öffentliche Verwaltung nicht in der gleichen Weise dezentral organisieren können wie die gewerbliche Wirtschaft.

Oetker

Ich folge Ihnen, Herr Nölling, daß man das deficit spending mit dem Ziel der Arbeitsplatzbeschaffung für eine Zeitlang in einem gewissen Ausmaß praktizieren kann. Die Frage ist nur: Wo ist das Maß dessen, was wir uns noch leisten können? Ich möchte davor warnen, anzunehmen, wie es offenbar Herr Stolze, Herr Nölling und Herr Ehrenberg tun, daß besonders in finanzieller Hinsicht noch sehr viele Reserven vorhanden sind. Wir können nicht ad infinitum auf das Institut der Geldschöpfung im Binnen- oder Eurokreditmarkt zurückgreifen. Es geht also nicht um ein Ja oder Nein zum deficit spending, sondern darum, in welchem Ausmaß dies zu verantworten ist.

Ehrenberg

Bis zur Vollbeschäftigung, keine Sekunde länger.

Oetker

Es ist die Frage, ob man die Vollbeschäftigung nicht auch auf andere Weise erreichen kann.

In einer Betriebsversammlung wurde ich vor kurzem angegriffen, weil wir die Belegschaft um etwa 10 Prozent reduziert hatten. Es ist schwer, so etwas zu rechtfertigen. Denn dabei handelt es sich für den einzelnen um den Entzug von Beschäftigung. Wir haben mehr investiert, und durch diese Mehrinvestitionen sind andere stärker beschäftigt worden. Wir haben beispielsweise unsere Wäscherei stillgelegt, die von einer professionellen Wäscherei am Orte übernommen wurde, wodurch dort mehr Personen in größerer Effizienz arbeiten.

Dieser Grundgedanke liegt auch dem Rationalisierungsbestreben auf dem staatlichen Sektor zugrunde: Es wird mehr Leistung geschaffen. Die Wechselbeziehungen zwischen Rationalisierung und mehr Leistung auf der einen Seite und Vollbeschäftigung auf der anderen Seite sind recht diffizil. Es reicht in bezug auf die Mechanismen der volkswirtschaftlichen Steuerung nicht aus, nur zu sagen: Wir brauchen mehr Wachstum, oder wir müssen bremsen. Das System ist sehr viel komplizierter. Dennoch dürfte es den politischen Parteien vielleicht mit Hilfe der gesellschaftlichen Gruppen

gelingen, eine tragbare Lösung zu erreichen - wie es in der Vergangenheit zum Beispiel beim Mitbestimmungsgesetz gelungen ist.

Grüner

Auch Ihr Beitrag, Herr Biedenkopf, bestätigt nur, daß wir uns in der Analyse weitgehend einig sind. Aber welche Schlußfolgerungen wir daraus für die Politik der Parteien nach dem 3. Oktober ziehen können, ist offengeblieben.

Wenn ich die Diskussion über die Reform des öffentlichen Dienstes verfolge, dann habe ich den Eindruck, da werden nur Palliativmittel angeboten. Niemand ist im Ernst bereit, die herausragende Stellung des öffentlichen Dienstes grundsätzlich zu durchdenken. Erstens fehlen uns die Maßstäbe für eine echte Leistungsbewertung, und zweitens fehlt uns der Mut, diese politisch äußerst gewichtige Gruppe durch Reformüberlegungen zu beunruhigen.

Dabei halte ich die öffentlich-rechtlichen Sonderstellungen im Bereich der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes, kombiniert mit dem Streikrecht, für viel problematischer als die von mir bejahte Stellung der Beamten, insbesondere in ihren leitenden Funktionen. Dort bewerte ich die materielle Sicherheit und Unabhängigkeit gerade auch für die Vertretung einer eigenen Meinung gegenüber den politischen Instanzen sehr hoch.

Sie sagen, Herr Stolze, die Kreditaufnahme des Bundes von 70 Milliarden D-Mark in den letzten zwei Jahren sei praktisch vergessen. Das ist eine Fehleinschätzung; denn diese 70 Milliarden sind wie ein riesiger Berg, der vor uns liegt. Wenn Sie sich das Haushaltsstrukturgesetz des Bundes ansehen, wenn Sie sich die Kraftanstrengung bewußt machen, den Bundeshaushalt nur noch um 5 Prozent im Durchschnitt wachsen zu lassen, dann zeigt dies, wieviel noch nicht bewältigt ist. Viele mittelfristige Finanzplanungen haben ja in der Realität ganz anders ausgesehen als auf dem Papier. Entscheidend ist, ob es uns gelingt, innerhalb der Staatsquote, die wir kaum wesentlich werden reduzieren können, den Verwendungszweck bei der Finanzierung öffentlicher Ausgaben zu ändern.

Damit sind wir dann sofort bei der Sozialpolitik. Hier bleibt in der Tat ein weites Feld für Askese. Denn es ist überhaupt keine Frage: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, weil wir in der Arbeitslosen-, in der Renten-, in der Krankenversicherung von einem stetigen Wirtschaftswachstum ausgegangen sind. Wir haben in den letzten zwei Jahren einen schweren Rückschlag erlebt, dessen Folgen von der Bevölkerung noch gar nicht voll erfaßt worden sind.

Ich stimme Herrn Biedenkopf zu: Worauf es in der kommenden Legislaturperiode entscheidend ankommt ist, daß es uns politisch gelingt, die Bevölkerung zu motivieren und davon zu überzeugen, daß die Opfer, die verlangt werden müssen, berechtigt sind. Ich hoffe, diese Opfer werden nur darin bestehen, daß beim privaten Wohlstand nicht mehr die gleichen Zuwachsraten wie in der Vergangenheit möglich sind. Wahrscheinlich wird es sogar zu einem Stillstand in der Wohlstandssteigerung kommen, damit wir unsere anderen Aufgaben erfüllen können. Wir müssen der Bevölkerung auch im Sinne eines leidenschaftlichen moralischen Appells klarmachen, daß es um Mäßigung im Interesse von Zukunftsinvestitionen geht.

Die Notwendigkeiten dieser Staatsausgaben können allerdings nicht glaubhaft begründet werden, wenn sie wie in der Vergangenheit vornehmlich in den Konsum vließen, in mehr Staat, in mehr Institutionen und weniger in Zukunftsinvestitionen. Ob das in der Entwicklungshilfepolitik ist, ob das Investitionen in zukunftssträchtige Technologien sind, worauf es ankommt ist, daß wir die Prioritäten dort setzen, wo diese Investitionen tatsächlich einen Beitrag zur Sicherung unserer Zukunft im weitesten Sinne leisten. Es ist die schwierige politische Frage, wie wir das erreichen können. Die Praxis der bisherigen Politik aller drei im Bundestag vertretenen Parteien hat jedenfalls bislang diese Prioritätensetzung nicht erkennen lassen, an der wir angesichts der weltpolitischen Ereignisse nicht mehr vorbeikommen.

Wenn Sie die Existenzbedrohung der Einrichtungen der öffentlichen Hand als eine der Notwendigkeiten ansehen, Herr Biedenkopf, um in diesem Bereich überhaupt etwas bewirken zu können, dann müssen wir uns eingestehen, daß wir über das Wie keine zureichenden Vorstellungen haben. Deshalb ist es nicht nur eine Frage der politischen Kraft, sondern leider auch eine Frage des politischen Vorstellungsvermögens, speziell in diesem Bereich.

Die Herausforderung, die an uns gerichtet ist, betrifft natürlich auch die autonomen Gruppen in unserer Gesellschaft. Ich sehe einen der bedrohlichsten Sachverhalte für die Erhaltung des freien Welthandels in der Tatsache, daß die Industrieländer eine rigorose protektionistische Politik gegenüber den Entwicklungsländern betreiben. Sie machen sich selber unglaublich, weil sie den freien Welthandel, dort wo sie die Macht haben, für sich selbst nicht gelten lassen. Die Politik kann

diese Frage nicht bewältigen, wenn sich die Wirtschaftsverbände Arm in Arm mit den Gewerkschaften darin überbieten - ich überzeichne jetzt;- , einer Politik, die den Interessen der Entwicklungsländer und des freien Welthandels Rechnung zu tragen versucht, in den Rücken zu fallen. Ich kann davon ein Lied singen, wenn ich an die Energiekrise denke, an die Fragestunde im Deutschen Bundestag, an die Vorsprachen der kombinierten Interessen von Unternehmertum und Gewerkschaften.

Deshalb geht es nicht nur um eine kritische Analyse, sondern es kommt darauf an, ob es uns gelingt, in unserer Gesellschaft einen Konsensus herzustellen, daß wir gerade auch im Bereich des privaten und staatlichen Konsums Opfer bringen müssen, damit die existenznotwendige Leistungsfähigkeit der Weltwirtschaft erhalten bleibt.

Der freie Welthandel ist unsere Existenzgrundlage; deshalb müssen wir ihn überall durchsetzen, auch da, wo wir vielleicht keine unmittelbaren Vorteile davon haben. Die Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft stimmt uns in diesem Punkt nicht sehr hoffnungsfroh. Die Bundesrepublik kann für sich zweifellos in Anspruch nehmen, hier am fortschrittlichsten, am liberalsten gewesen zu sein. Aber das genügt heute nicht mehr. Wir werden uns politisch in dieser Frage nicht behaupten können, wenn es uns nicht gelingt, wenigstens die Wirtschaft und die Gewerkschaften davon zu überzeugen, daß sie den Prozeß der Liberalisierung mittragen und ihn gegen verständliche Interessen in ihren eigenen Reihen verteidigen müssen.

Hartwich

Herr Scharpf sagte vorhin, und das ist auch meine These, daß in vielen Punkten nicht die ökonomischen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Fragen das A und O der nächsten Jahre sein werden, sondern Schwierigkeiten, die sich möglicherweise aus dem politischen Willensbildungsprozeß oder vom politischen System her ergeben.

Wir sind ein demokratischer Staat, der dem Prinzip der Wahlen folgt. Wir haben aus der Vergangenheit viele Beispiele dafür, daß die beste rationale Politik versagt, wenn es auf die Wahlen zugeht. Ich erwähne als Beispiel das Jahr 1965 und das damalige Verhalten der Bundesregierung unter Ludwig Erhard, als es um die Anwendung des Artikels 113 GG ging, um einen Stop der Ausgabenlawine im Bundestag herbeizuführen. Es wurde erklärt, man könne den Artikel 113 aus politischen Gründen nicht anwenden, aber man würde die Dinge nach der Wahl durch ein Haushaltssicherungsgesetz wieder rückgängig machen. Ein solches Verhalten mag allen Parteien eigen sein, aber das Beispiel zeigt die Besonderheiten unseres politischen Systems, die wir nicht außer acht lassen dürfen.

Mein zweiter Punkt betrifft den Föderalismus. Wir haben in den letzten drei Jahren am Beispiel des Bundesrates erlebt, daß bestimmte Vorkehrungen, Hemmungen, die in die Verfassung in bezug auf Freiheitsbewahrung, Rechtsstaatlichkeit und Föderalismus eingebaut sind, in der praktischen Politik sozusagen instrumentalisiert worden sind. Mit anderen Worten, bestimmte Strukturen des Staates werden gewissermaßen umfunktioniert, damit sie in die aktuelle Politik miteinbezogen werden können.

Geißler

Das ist doch gut so.

Hartwich

Das ist sehr die Frage. Man kann vom Staat nicht verlangen, er müsse gewisse Vorstellungen von der Zukunft haben und alle Mittel rational einsetzen, wenn man gleichzeitig die eingebauten checks and ballances aktuell politisch ausnutzt, der Regierung das rationale Handeln erschwert, wenn nicht unmöglich macht, zum Beispiel in der Strukturpolitik. Diese checks and ballances in der aktuellen Politik nicht in jedem Fall zu nutzen, wäre eine Sache staatsmännischer Einsicht.

Was den finanziellen Spielraum angeht, so müßte man an diesen Punkt einmal systematisch herangehen, wenn man nach den Handlungsmöglichkeiten fragt. Wie sieht der finanzielle Spielraum für die Jahre 1977/78 aus? Kommen wir ohne Steuererhöhung aus, werden wir ein kleines oder ein großes Defizit haben? Was werden die verschiedenen Regierungen, die nach der Wahl möglich sind, tun? Ich meine, daß sie sich in dem, was sie tun, sehr unterscheiden werden. Die jetzige Koalition wird vermutlich auf jeden Fall die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung anstreben und dabei unter Umständen weitere Defizite in Kauf nehmen. Sie wird sicherlich den Mut haben, der Bevölkerung, wie jetzt bei der Mehrwertsteuer, weitere Steuererhöhungen anzutragen.

Die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung hat einen kurzfristigen und einen mittelfristigen Aspekt, das heißt hier schließen sich Forschungs- und Technologiepolitik als Nachfolgeaufgaben auch für den Staat an. Die Sozialpolitik würde ich erst an die zweite Stelle setzen.

Sie erwähnten dann das Problem der Rationalisierung im öffentlichen Bereich, Herr Biedenkopf. Wo sollen eigentlich all die Leute hin, die man jetzt aus dem öffentlichen Dienst herausrationalisieren will? Welche Branche, welcher Sektor soll zumindest die wachsende Zahl von jungen Leuten aufnehmen? Das heißt, wir müssen die Folgen dieser Rationalisierung mitbedenken.

Hier werden Rentabilitätsüberlegungen, die für den privatwirtschaftlichen Bereich gelten, auch auf den öffentlichen Dienst angewandt. Der öffentliche Bereich trägt aber auch die Verantwortung mit dafür, daß es keine dauerhafte Arbeitslosigkeit gerade für Jugendliche gibt.

Biedenkopf

Rationalisierung bedeutet, daß ich mit den gleichen Mitteln mehr leisten kann. Wir haben ja festgestellt, daß es noch viele wichtige Dinge zu tun gibt, für die jetzt das Geld fehlt. Rationalisierung bedeutet also nicht gleich Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen. Das ist eine unzulässige Verkürzung der Argumentation.

Hartwich

Mit anderen Worten, Sie wollen den öffentlichen Sektor nicht verkleinern, sondern ...

Biedenkopf

... effizienter machen.

Hartwich

Und die Mittel, die durch Rationalisierung freiwerden, werden dann dazu verwendet, andere Bereiche des öffentlichen Sektors neu zu erschließen.

Biedenkopf

Ich habe dann mehr Spielraum und kann politisch entscheiden.

Hartwich

Aber dazu muß man sich als Partei bekennen und deutlich machen, daß die Investitionen nicht nur einer Rationalisierung des Ganzen dienen, sondern neue Ziele verwirklichen helfen sollen.

Biedenkopf

Das steht in unserem Wahlprogramm.

Hartwich

Schließlich sprachen Sie die sittliche Aufgabe der Demokratie an. Sie betonen, man könne darüber noch nichts Definitives aussagen. Das kann man in der Tat nicht. Ich bin der Meinung, daß unser Demokratie-Bild nicht so sehr auf der Mobilisierung von Wertvorstellungen aufbaut. Ich folge hier eher dem kritischen Rationalismus, demzufolge der Wille, unterschiedliche Positionen rational auszuhandeln, das einzige ist, was uns verbinden muß. Wir überspannen unsere Möglichkeiten in der Demokratie, wenn wir meinen, man könne ein erträgliches Optimum an sittlichen Wertvorstellungen für alle Bürger definieren und verbindlich machen.

Biedenkopf

Das steht in unserer Verfassung; wir müssen es nur aktivieren. Das sind die sittlichen Werte.

Scharpf

Ich habe einen der Entwürfe zum Grundsatzprogramm der CDU ausführlich studiert und konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, Herr Biedenkopf, ein Dokument des deutschen Idealismus vor mir zu haben. Diese Konzentration auf das Wünschenswerte unter Vernachlässigung seiner Realisierungsbedingungen scheint mir auch Ihre heutigen Äußerungen zu charakterisieren.

Inwieweit ist unser politisches System zur Prioritätensetzung fähig, für die Sie sich nachdrücklich auf der Basis eines ordnungspolitischen Konsenses und bestimmter Werthaltungen aussprechen? Ich finde Ihre Überlegungen dazu sehr beeindruckend; wenn ich mir jedoch vorstelle, unter welchen Bedingungen heute bei uns Politik gemacht werden muß, dann frage ich mich, woher diese Fähigkeit zur Prioritätensetzung denn kommen soll.

Jede auch nur irgendwie gewichtige politische Entscheidung bedarf nicht nur der Zustimmung der verschiedenen Ressorts des Bundes - und die sind jeweils sehr unterschiedlichen Interessengruppierungen verbunden;-, sondern auch des großen und des kleinen Koalitionspartners sowie der Ländermehrheit im Bundesrat. Ländermehrheit im Bundesrat heißt, daß man es da nicht nur mit SPD/FDP-geführten Ländern, sondern auch mit CDU-geführten Ländern, und nicht zuletzt mit einem CSU-geführten Land, mit jeweils unterschiedlichen Vorstellungen zu tun hat. Weiterhin kommen als Konsenspartner, ohne die in unserer Politik nichts geht, die Arbeitgeber, die Gewerkschaften und andere wichtige Verbände hinzu. Auch sie haben irgendwo ihre institutionalisierten, im Konsensbildungsprozeß notwendigen Fürsprecher in unserer Verfassungsordnung. Wenn man nun weiß, daß nur mit Zustimmung aller etwas zu bewegen ist, dann ist auch die Fähigkeit, Prioritäten zu setzen, radikal eingeschränkt, weil es darauf ankommt, die Zustimmung auch des letzten, zögerndsten, pessimistischsten oder skeptischsten Partners zu gewinnen.

Wenn Sie, Herr Dahrendorf, in unserem Kreise hier einen weitgehenden Konsens feststellen, dann zeigt das, wie sehr wir bereits die Notwendigkeit des hohen Konsensbedarfs der deutschen Politik internalisiert haben. Das heißt: Wir äußern gar keine Positionen mehr, die in diesem breiten Feld nicht konsensfähig sind, die potentiell nicht auch die Zustimmung der anderen Seite finden könnten. Wir stellen auch keine Fragen mehr, deren mögliche Antworten nicht mehr konsensfähig wären.

Aus diesen institutionellen Bedingungen, unter denen wir operieren müssen, gibt es bei der gegenwärtigen Konstellation auch keinen Ausweg, Herr Biedenkopf, jedenfalls nicht den Ausweg des moralischen Appells: "Ihr müßtet Werthaltungen durchsetzen, Ihr müßtet eindeutige Prioritäten setzen."

Im Gegenteil: Die gegebene Struktur provoziert geradezu die Spezialisierung. Wenn es schon so schwer ist, alle im Konsensbildungsprozeß mitzunehmen, dann laßt uns um Himmels willen Sozialpolitik oder Entwicklungshilfepolitik trennen von der Wirtschaftspolitik, dann laßt uns innerhalb der Verkehrspolitik strikt unterscheiden zwischen Eisenbahn, Bundesfernstraßen, Kanälen und öffentlichem Nahverkehr.

Wenn wir das nämlich in den einzelnen Bereichen separat behandeln, dann erreicht man vielleicht mit den Spezialisten, den engagierten Fachleuten und den dahinterstehenden Interessengruppen doch eine Einigung darüber, daß man zum Beispiel U-Bahnen bauen soll; und wenn man schon U-Bahnen bauen soll, daß sie dann halt in Düsseldorf gebaut werden. Solange man andere Fragen nicht mit ins Spiel bringt, kann man sich wenigstens überhaupt einigen und so viel bewegen, wie im eng spezialisierten Teilbereich unter dem Konsens der dort engagierten Fachleute möglich ist.

Wenn das aber das natürliche Gefälle unserer Politik ist, woran appellieren Sie dann eigentlich? Wo sind die strukturellen Veränderungen, die Sie anstreben, die uns in die Lage versetzen würden, Ihrem Appell, Prioritäten zu bilden und Werthaltungen durchzusetzen, gerecht zu werden?

Biedenkopf

Ihrer Analyse kann ich nicht zustimmen, Herr Scharpf. Sie sagen, der Konsensbildungsprozeß funktioniert nicht ...

Scharpf

Er funktioniert, aber nur auf der Basis der Gleichbehandlung aller, nur auf der Basis der Besitzstandswahrung, nur auf der Basis des Gießkannenprinzips.

Biedenkopf

Also unter Eliminierung all der Probleme, die vordringlich entschieden werden müssen.

Räuber

Um das Herausfinden der wirklichen Prioritäten soll man sich also gar nicht erst bemühen?

Dahrendorf

Sie akzeptieren diese Analyse nicht, Herr Biedenkopf, sondern ...

Biedenkopf

Das wäre die Bankrotterklärung unseres Regierungssystems.

Dahrendorf

In der Tat. Ihre Gegenthese ist also, daß die Bildung von Prioritätenprofilen in Ihrem Sinne ohne eine wesentliche Veränderung der Institutionen oder des Regierungssystems als Ganzes möglich ist?

Scharpf

Prioritätensetzung in Ihrem Sinne, Herr Biedenkopf, könnte auf zwei Weisen geschehen: Entweder wir machen die Allparteien-Koalition, die wir ja tatsächlich bereits haben, nun formell, so daß wir sie präsentieren können. Auf diese Weise könnten wir den Konsenszwang, unter dem wir stehen, auch öffentlich darstellen und austragen. Die politischen Kosten dieses Verfahrens wären allerdings außerordentlich hoch. Die andere Möglichkeit bestünde in einer radikalen Entmachtung des Bundesrates. Wenn man weder das eine noch das andere will, gibt es aus dem gegenwärtigen Dilemma keinen Ausweg.

Biedenkopf

Das haben Sie nicht begründet, sondern nur behauptet.

Noelle-Neumann

Ich knüpfe an die Bemerkung von Herrn Biedenkopf an, junge Leute würden ihre politische Zukunft in unserer Diskussion kaum angesprochen finden. Ich bin außerordentlich betroffen durch die merkwürdige Diskrepanz, die zwischen den Welten der Planer, der Politiker, der Wissenschaftler, der Unternehmer auf der einen Seite und der sozialpsychologischen Realität auf der anderen Seite besteht. Herr Ehrenberg hat zu meiner Freude das Wort "fröhlich" so oft gebraucht. Das tröstet mich ein wenig; denn das Fröhliche ist eine Berührung mit der Welt der Bevölkerung.

Menke-Glückert

Die fröhliche Sittlichkeit auch?

Noelle-Neumann

Aber der fröhliche Planer, der ist für die Bevölkerung sehr gefährlich.

Ehrenberg

Den habe ich nicht gemeint.

Noelle-Neumann

Ich weiß. Der Planer ist vor allem dann fröhlich, wenn er seine Planungen in angemessener, das heißt in kurzer Zeit realisiert sieht. Die vielen Pläne, die in den letzten Jahren verwirklicht worden sind, haben in der Bevölkerung ein Gefühl echter Überanstrengung erzeugt. Das ist nicht Trägheit oder Faulheit - die Bevölkerung wird ja sehr schnell des Ärgsten verdächtigt;- , sondern es entsteht das Gefühl, die Dinge gehen einfach zu rasch an den Menschen vorbei.

Ich erinnere mich an eine Szene in der Katholischen Akademie München, wo Herr Wehner die Politik der sozialdemokratischen Partei darlegte. Nach seinem einstündigen Referat richtete ich die Frage an ihn, ob er eigentlich glaube, daß das, was er da vorgetragen habe, die Bevölkerung glücklich mache. Da sah er mich an wie einen richtigen Spielverderber und sagte: "Das ist doch überhaupt nicht unser Thema". Er hatte, wie gesagt, über die Politik der sozialdemokratischen Partei gesprochen.

Wir stellen fest, daß in unserer Bevölkerung das Gefühl zunimmt, das Leben sei sinnlos. Auf die Frage: "Kennen Sie das Gefühl, daß einem an Sonn- und Feiertagen die Zeit so lang wird?" - mit anderen Worten: "Langweilen Sie sich manchmal?" - antworteten Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre um 28 Prozent, in den siebziger Jahren um 36 Prozent mit "ja". Sie mögen sagen, das gehöre in die Kirche - sinnloses Leben, Langeweile;- , aber nicht in unsere Diskussion. Wir sprechen hier darüber, welche konkreten und rationalen Möglichkeiten vorhanden sind, um, sagen wir,

die Entwicklung der sozialen Leistungen zu überprüfen oder um den Spielraum für innere Reformen auszumessen. Kann man Unbehagen - und wachsende Langeweile ist Unbehagen, ist "verdünnter Schmerz", wie Ernst Jünger gesagt hat;- , kann " man das tatsächlich von der Innenpolitik trennen? Besteht hier nicht doch ein Zusammenhang?

Lassen Sie mich ein Beispiel anführen. Im Jahre 1958 gab uns der Ettlinger Kreis eine Untersuchung in Auftrag. Wir befragten Eltern, Lehrer und andere Personen nach den in unserem Bildungssystem steckenbleibenden Begabungen, die keine Chance hatten, zur höheren Schule zu kommen. Wir kamen zu dem Ergebnis: Solche Fälle gibt es offenbar nur relativ wenige, und sie werden weder von den Eltern noch von den Lehrern als ein Notstand empfunden.

Die Entwicklung ist, wie Sie wissen, dann in ganz andere Bahnen gelaufen, was man aus vielen Gründen auch verteidigen konnte. Was aber war die Folge? Etwa fünfmal so viele Schüler aus den einzelnen Jahrgängen mit ihrer jeweilig gegebenen Begabung, die ja nicht anders liegt als 1958, nahmen den Weg in die höhere Schule. Die Schulen sind aber nicht so umgestaltet worden, daß sich ein entsprechend breiteres Begabungsspektrum in ihnen wohl fühlen kann. Deshalb finden wir heute in den Schulen - neuerdings das große Thema in unserer Illustrierten- und Nachrichtenpublizistik - diesen Zustand außerordentlichen Leidens vor. Denn die höhere Schule, wie sie immer noch besteht, war ja nur, wenn man die Begabung als Maßstab nimmt, auf ein Fünftel der jetzigen Schülerzahl zugeschnitten.

Wenn wir hier also über den Spielraum der Innenpolitik nach dem 3. Oktober sprechen, dann sollten wir schon etwas genauer wissen, welche Konsequenzen die Dinge, die wir in Gang setzen wollen, haben könnten, bevor wiederum ein großes menschliches Leiden entsteht. Die Einführung eines jeden neuen Produktes, ja selbst eines Slogans ist heute mit unseren Instrumenten besser abgesichert als die Dinge, die die Menschen in der Innenpolitik oder in der Sozialpolitik betreffen.

Diese Gesellschaft macht von der Möglichkeit der sozialpsychologischen Diagnose einen völlig naiven Gebrauch. Es fehlt erstens an Qualitätskriterien für diese Art von Diagnose. Zweitens ist eine sinnvolle Auftragsvergabe nötig, und drittens ist zu überlegen, wie diese Informationen dann genutzt werden können.

In der Frage der Prioritäten deuten unsere Untersuchungen darauf hin, daß sowohl Sinnlosigkeit wie Langeweile auf eine zu geringe Ich-Stärke zurückgehen. Daraus kann man schließen, daß unsere Gesellschaft - innenpolitisch, sozialpolitisch, wie immer - Formen entwickeln müßte, in denen der einzelne seiner selber sicherer wird durch die Möglichkeit, für sich kleine Entscheidungen zu treffen. Das könnte ein durchgängiges Prinzip sein, was nicht so unrealistisch ist.

Vielleicht ist manchem von Ihnen entfallen, wie unrealistisch 1948/49 die Entscheidung für die Marktwirtschaft gewirkt hat, wie dies gegen alle Vernunft und gegen den Zeitgeist erschien. Sie wiesen darauf hin, Herr Dahrendorf, und ich erinnere, daß Herr Altmann seinerzeit in einem Interview mit Herrn Groß gesagt hat: Erhard, das ist der reine Anachronismus. Aber diese Art der Marktwirtschaft hat ganz eigentümliche Energien geweckt. Meine Priorität liegt deshalb bei Formen, in denen die Kräfte des einzelnen sich entwickeln können und nicht gestutzt werden.

Räucher

Zweifellos liegt eine schwerwiegende Konsensproblematik vor, aber ich weigere mich, sie als allein ausschlaggebendes Moment anzuerkennen. Es gibt, Herr Scharpf, eine ganze Reihe von Bereichen - ob sie von großer Bedeutung für den öffentlichen Haushalt sind, ist hier nicht zu prüfen;- , in denen so gut wie kein Forderungsdruck auf die Staatsapparate ausgeübt wird. In ihnen leisten sich vielmehr die Staatsapparate selbst - Bund, Länder, Gemeinden, insbesondere die Gemeinden - aus perfektionistischer Motivation außerordentlich kostspielige Vorhaben, obgleich es durchaus möglich wäre, mit sehr viel weniger Aufwand zu tragbaren Lösungen zu kommen.

Wo steht zum Beispiel geschrieben, daß der Frankfurter Flughafen, dieses riesige Milliarden-Gebilde, in dem man sich so schlecht zurechtfindet, die Menschen glücklicher macht als ein etwas bescheidenerer Terminal, auf dem vielleicht etwas mehr Gedränge zu den Abfertigungszeiten stattfindet, aber zugleich den Benutzern eine bessere Orientierung ermöglicht wird?

Wo steht geschrieben, daß ein bayerischer Krankenhausversuch - bei denen Leichtkranke, die man stationär behandeln muß, sich selbst, aber auch andere Patienten nichtmedizinisch versorgen - nicht beispielhaft für größere Modelle sein könnte? Wo steht geschrieben, daß der Streit, den wir gegenwärtig in einem Bundesland zwischen den öffentlichen Wohlfahrtsträgern und der Landesregierung über ein neues Heimstättengesetz erleben, nur aus staatlicher Sicht erledigt werden muß? Die betroffenen Träger, die die gesamte gesellschaftliche Bandbreite repräsentieren - von den

Kirchen bis zur Arbeiterwohlfahrt wären durchaus bereit, ihre Aufgaben nach dem Bundessozialhilfegesetz mit etwas weniger perfekten Mitteln zu erfüllen, um die dringendsten Notstände abzudecken. Man kann auf die Dauer ja durchaus bessere Lösungen anstreben, wenn man mehr Geld in der Kasse hat. Aber der Staat möchte trotz Kassenebbe optimale Auflagen durchsetzen!

Es konnten in den letzten Jahren Tausende von Kindergärten nicht in Betrieb genommen werden, weil der Staat Rahmenbedingungen gesetzt hatte, die es vielen, die dazu bereit gewesen wären, unmöglich machte, sie zu betreiben. Die Vorschrift, daß mindestens zwei hauptamtliche Fachkräfte eingestellt werden müßten, schreckte mangels Personal oder angesichts der hohen Folgekosten ab. Initiativen wurden erstickt. Mit einer hauptamtlichen Kindergärtnerin und zwei angelernten nebenamtlichen Kräften wäre es auch gegangen. Das wiederum, Frau Noelle-Neumann, hätte zum Beispiel sehr viele ältere Frauen, deren Kinder bereits aus dem Haus sind, in die Lage versetzt, sich noch zu betätigen, sich ein gewisses Zugeld zu verdienen, das heißt glücklicher und ausgefüllter zu sein, als sie es jetzt sind. Zugleich aber gäbe es mehr Kindergärten bei geringerer Belastung der öffentlichen Haushalte.

Ein letzter Punkt: Herr von Dohnanyi, Sie werden sich an die Tragödie des Fernstudiums im Medienverbund erinnern. Große gesellschaftliche Gruppen, nämlich die Universitäten und auch die Gewerkschaften waren durchaus bereit, mitzuziehen. Der Plan ist nicht an Ihnen gescheitert. Heute will man die Universität wieder öffnen, das heißt den Numerus clausus abschaffen, auch wenn, ich zitiere wörtlich aus einer aktuellen Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz, "darunter die Qualität des Studiums leidet". Damals hat man gesagt, aus qualitativen Gründen ließe sich das Fernstudium nicht verwirklichen.

von Dohnanyi

Das war in erster Linie ein Bund-Länder-Problem, wie Sie sich erinnern werden.

Räuber

Mir ging es hier um ein Plädoyer für pragmatischeres Vorgehen, für den Abbau bürokratisch-perfektionistischer Vorstellungen. Bei meinen Beispielen war der Forderungsdruck auf den Staat, der hier im Mittelpunkt der Überlegungen steht, überhaupt nicht vorhanden.

Menke-Glückert

Das Zentrum Berlin für Zukunftsforschung ist bei Untersuchungen berufstätiger Frauen genau zu dem gleichen Ergebnis gekommen, Frau Noelle-Neumann: nämlich daß der Mangel an Ich-Stärke, an Ich-Bewußtsein, also nicht beteiligt und praktisch entmündigt zu sein, eine immer stärkere Rolle spielt. Das gehört auch zur Politik und zur Wahlkampf-Thematik. Wir haben nicht von ungefähr 15.000 Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik, die zum großen Teil in den letzten fünf Jahren entstanden sind. Sie stellen auch eine massive Kritik an den politischen Parteien und an unserer ganzen Verfassungswirklichkeit dar. Bürger fühlen sich oft verschaukelt. Parteien sind für sie Teil des Oben, des Staates, Teil des Apparates.

Zugegeben, Herr Biedenkopf, wir haben in unserer Verfassung einige Grundwerte klar definiert. Aber innerhalb dieses Rahmens ist das Legitimierungssystem der Demokratie grundsätzlich offen. Die Sollwerte und die Zielbestimmungen müssen in kritischer Auseinandersetzung immer wieder neu gefunden werden. Für den Liberalen tritt die Mehrheit an die Stelle der prinzipiell nicht zu leistenden Legitimation des Gesamtwohls, der Rechtfertigung der tagtäglichen Ziele und Soll-Werte.

Wir haben also nicht einen festgeklopften Kanon von Werten, Zielen, Prioritäten, sondern das muß von Fall zu Fall durch Mehrheitsentscheidungen festgelegt werden. Das geschieht im do it des, im Aushandeln, im Kompromiß zwischen den einzelnen Gruppen. Das ist zwar ein schwieriges Verfahren, aber allen anderen vorgegebenen, vorprogrammierten konservativen und sozialutopischen Wertordnungen immer noch überlegen. Jedenfalls ist es nicht möglich, nur einen Zielkatalog, der über einen längeren Zeitraum gültig ist, aufzustellen. Durch außenwirtschaftliche Einflüsse, durch Moden, durch Trends finden da ständig Verschiebungen statt. Demokratie setzt gerade Ungewißheit über die richtige Verhaltensform voraus; sie ist offen für Erweiterung und Ergänzung des Grundrechtskatalogs und der Instrumente der Ordnungspolitik.

Ich halte deshalb zwei Ergänzungen unseres ordnungspolitischen Instrumentariums für notwendig. Das erste nenne ich das Grundrecht des Bürgers auf Mitwirkung an Planungen. Zu einem möglichst frühen Zeitpunkt sollen alle von Planung Betroffenen an den Planungsvorgängen beteiligt und durch Gegen- und Alternativplanungen motiviert werden für das Anerkennen neuer Ziele. Viele Menschen

haben das Gefühl - verstärkt durch die Sprache der Planer, oft unverständliches wissenschaftliches Planungschinesisch;- , daß sie draußen sind, nicht verstehen, nicht mitkommen, ausgeschlossen sind, vor fertige Tatsachen gestellt werden.

Die zweite Ergänzung ist die Einführung einer ökologischen Buchführung bei Staat und Wirtschaft. Wenn man anfängt zu rationalisieren, wird man entdecken, daß oft die einfachere Lösung auch menschlicher und gerechter ist. Diese Zusammenhänge sind von unserem perfekten bürokratischen System mit sämtlichen Bereichen der öffentlichen Aufgabenplanung in ihrer Wirkung viel zu wenig beachtet worden. Hier hat auch die Wissenschaft versagt.

Es ist eine wichtige Erkenntnis der Umweltwissenschaften - also der Wissenschaften, die sich mit den Überlebensbedingungen des Menschen in seiner natürlichen und zivilisatorischen Umwelt befassen;- , daß Monokulturen, eben auch einseitige Großtechnik und Großbürokratie, viel störanfälliger sind als dezentralisierte, kleinere Lebensformen.

Zur ökologischen Buchführung gehört das Überprüfen der Ziele und Maßnahmen anhand ökologischer Eckwerte und Grenzwerte. Weiterhin gehört dazu der Maßstab umweltfreundlicher Verkehrs- und Stadtplanung, die Beachtung einfacher biologischer Grundgesetze und so weiter. Durch Großtechnologie und Überbürokratisierung, durch anti-ökologische technisch totale Lösungen, die auch mit enormer Energieverschwendung verbunden sind, werden unmenschliche, ineffiziente Situationen geschaffen - von eintönigen Wohn-Beton-Blocks bis hin zum Frankfurter Flughafen oder zu übertechnisierten Krankenfabriken, die oft erst Krankheit erzeugen. Nur eine neue Umwelt-Ethik und ein ständiges Bewußtmachen der Konsequenzen bestimmter planerischer Maßnahmen kann hier Abhilfe schaffen.

Biedenkopf

Ich habe darauf hingewiesen, daß man eine Art archimedischen Punkt außerhalb des jeweiligen Bereichs für die Lösung des Prioritätenproblems braucht. Ich habe dafür auf die Wertordnung hingewiesen, die natürlich nicht als ein ein für allemal festgeschriebenes System der Werte zu verstehen ist, Herr MenkeGlückert. Vielmehr ist die Umsetzung in die konkrete Politik eine der Hauptaufgaben politischen Handelns.

Von niemandem hier ist zum Beispiel bestritten worden, daß die Chance für den einzelnen, Individualität oder Identität auszubilden, erhöht werden muß. Das ist eine solche Wertentscheidung. Es ist weder ein formales noch ein ökonomisches Prinzip, sondern es ist ein Wertprinzip, daß der einzelne eine größere Chance erhalten muß, im System seine Identität durch Mitübernahme von Verantwortung zu finden. Diese Wertentscheidung übt dann eine wesentliche Steuerfunktion dahingehend aus, welche der zur Verfügung stehenden strukturellen Lösungsmöglichkeiten die Präferenz haben soll, nämlich diejenige, die diese Chance zur Identität des einzelnen erhöht.

Dahrendorf

Wenn man von den Spielräumen spricht, innerhalb derer sich deutsche Politik in den kommenden Jahren vollziehen wird, und wenn man einmal hinnimmt, was wir bisher im Hinblick auf die wirtschaftlichen Grundlagen erörtert haben, dann stellt sich für die Thesen 2, 3 und 4 die Frage: Wo liegen Prioritäten? Und dies sind Prioritäten, die etwas mit den konkreten Wünschen der Menschen zu tun haben - nicht irgendwelche künstlich erdachten.

Eine große Schwierigkeit sehe ich darin, daß Regierungen überfordert werden. Alle möglichen Dinge werden mit politischer Tätigkeit verbunden, die weder durch politische Aktionen direkt hervorgerufen worden sind - weil nämlich politische Aktion selber Teil von Prozessen ist, die sehr viel weiter greifen - noch sich durch politische Aktionen abstellen lassen.

Das hat Herr Biedenkopf wohl im Sinn gehabt, als er mit einigem Zögern von der Notwendigkeit einer sittlichen Haltung sprach. Mich interessiert, wo eigentlich die Grenze liegt, bis zu der man politisch etwas ausrichten kann. Von welchem Punkt muß man sinnvollerweise sagen: Das ist nicht mehr Gegenstand der Politik und der politischen Programmatik der Parteien?

Biedenkopf

Das ist politisch nicht mehr machbar.

Dahrendorf

Für die weitere Diskussion sollten wir einen Gegensatz, der hier verschiedentlich deutlich wurde, nicht aus dem Auge verlieren. Einige Teilnehmer sind der Meinung, daß, um Prioritäten zu setzen, die vorhandenen politischen Institutionen im wesentlichen ausreichen - unabhängig davon, wer an der Regierung ist.

Die Gegenthese lautet, daß in der Art und Weise, in der sich die Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik entwickelt hat, ein Immobilisierungselement liegt. Das heißt, bei der Setzung von Prioritäten kann man nur so vorgehen, daß man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigt und jeweils die spezifischen Interessen beachtet, die mit einem Problem verbunden sind. Das ist im Grunde eine sehr pessimistische Analyse, Herr Scharpf; denn Sie verbinden damit ja keinen Vorschlag zur Verfassungsänderung.

Wir sollten uns jetzt über einige dieser Prioritäten unterhalten. Darf ich zunächst Herrn Geißler bitten, einiges zur Sozialpolitik zu sagen, damit wir an einem Punkt einmal die Probleme auf den Tisch bekommen, die uns für die Spielraumdiskussion Material liefern.

Geißler

Die Frage nach dem Sinn des Lebens kann die Politik in der Tat nicht beantworten, Frau Noelle-Neumann. Der gescheite Kardinal von Mainz hat in einer Weihnachtspredigt als Antwort auf diese Frage gesagt: Da gibt es nur die Alternative "glauben oder saufen". Eine solche Antwort kann der Politiker nicht geben; zumindest bin ich der Meinung, daß die Politik für eschatologische Auskünfte nicht zuständig ist.

Selbstverständlich hat sich die Politik an bestimmten Werten zu orientieren, und wenn man Grundwerte, wie Solidarität, Chancengleichheit, Freiheit nimmt, die offenbar Allgemeingut aller politischen Parteien sind, dann kommt es darauf an, wie diese in der praktischen Politik ausgefüllt werden; das heißt, sie werden in der Realität je nach der politischen Zielsetzung anders konkretisiert.

Noelle-Neumann

Glauben Sie, daß Politik nichts damit zu tun hat, wenn immer mehr Menschen das Leben als sinnlos empfinden?

Biedenkopf

Da ist die Politik überfordert.

Geißler

Das hat mit Politik insofern etwas zu tun, als wir uns unter Umständen mit einer politischen Tendenz konfrontiert sehen, die glaubt, daß das Paradies auf Erden verwirklicht werden könne.

Altmann

Politik kann ein Beitrag zur Sinnentleerung des Daseins sein.

Geißler

Zunächst widerspreche ich allen, die da meinen, daß genügend hohes Wachstum ausreiche, um alles finanzieren zu können. Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise wurde natürlich nicht durch die Sozialleistungen verursacht. Vielmehr kommen wir im Bereich des Sozialstaates deshalb in Bedrängnis, weil sich die finanz- und wirtschaftspolitische Situation insgesamt verändert hat.

Ich will drei Beispiele anführen, die nicht zum Sozialbereich gehören. Erstens: Von 1969-1974 sind die Subventionen für die Deutsche Bundesbahn um 160 Prozent erhöht worden. Würde dieser Trend beibehalten, müßten wir im Jahre 2000 den gesamten Bundeshaushalt nur für die Bundesbahn ausgeben. Zweitens: Wenn die Bildungsausgaben weiterhin so überproportional zum übrigen Haushalt ansteigen würden wie in den letzten fünf Jahren, dann müßten im Jahre 2000 fünfzig Prozent aller Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden nur für die Bildung verwendet werden.

von Dohnanyi

Wenn mein Sohn bis zum Jahre 2000 so weiterwachsen würde, wäre er so groß wie der Eiffelturm.

Geißler

Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Denken Sie nur an die Personalausgaben im öffentlichen Dienst oder an die EG-Subventionen. Wenn sich - und das ist mein drittes Beispiel - der Elastizitätskoeffizient in der gesetzlichen Krankenversicherung so weiterentwickelt wie in den letzten zwei Jahren - dieser Koeffizient gibt an, um wieviel schneller die Ausgaben im Gesundheitswesen als die Einkommen steigen: 1974 und 1975 um das 2,3fache;-, dann müßten die Arbeitnehmer im Jahre 2000 79 Prozent ihres Bruttoeinkommens nur für die gesetzliche Krankenversicherung aufbringen. Natürlich sind das alles hypothetische Rechnungen. Aber sie werfen ein Schlaglicht auf die gegenwärtige Entwicklung in den einzelnen Sektoren.

Ehrenberg

Das bestreite ich heftig.

Geißler

Wenn sich die verschiedenen Sektoren isoliert so weiterentwickeln, ist dies bei den bisherigen Wachstumsraten nicht finanzierbar. Da stellt sich dann die Frage nach den Prioritäten. Wie sieht es mit den Prioritäten in der Sozialpolitik aus? Ich erwähnte den Elastizitätskoeffizienten in der Krankenversicherung. Ähnliche Entwicklungen haben wir auch in anderen Bereichen des Sozialhaushalts. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir im Sozialbereich zu einer Begrenzung der bisherigen Zuwachsraten kommen müssen.

Soziallasten sind auch keineswegs mit sozialen Leistungen gleichzusetzen. Mit den Soziallasten werden zum Beispiel auch überhöhte Arzneimittelpreise und die Kosten für eine Labortechnik finanziert, die aufgrund einer schlechten Organisation des Gesundheitswesens viel zu teuer angeboten werden.

Wenn wir zu einer Begrenzung auf dem Sozialsektor kommen müssen, dann stellt sich durchaus die Sinnfrage: Wo sind in der Zielsetzung der Sozialpolitik die eigentlichen, die drängenden Fragen zu sehen? Bisher dominierten die sozialpolitischen Probleme, die aus dem Konfliktmodell Kapital-Arbeit abgeleitet wurden, also die Sicherung der Arbeitnehmer. Das sind heute gewiß nicht mehr die Fragen, die wir in erster Linie zu beantworten haben. Vielmehr sind neue Probleme entstanden, die wir aber nicht lösen können, weil dafür die Finanzmasse nicht ausreicht.

Dazu gehören die Probleme, die durch die Doppelbelastung der Frauen in Beruf und Haushalt entstehen, die Probleme der alleinstehenden alten Menschen, die mit der Rentenfinanzierung allein nicht zu lösen sind. Dazu gehören die Probleme der Behinderten. Das sind die Probleme, die als Konflikte zwischen Organisierten und Nichtorganisierten, zwischen Minderheiten und Mehrheiten neu aufgetaucht sind, die mit dem Konflikttraster Kapital-Arbeit nicht zu greifen sind. Dazu gehört zum Beispiel die Frage, ob es richtig ist, daß in unserer Rentenversicherung der überlebende Mann 100 Prozent seiner Rente erhält, während die Frau auf 60 Prozent gesetzt wird. Wenn beide gearbeitet haben, erhält die überlebende Frau 160 Prozent beider Renten, der Mann aber nur 100 Prozent.

Wenn ein Mann während seiner Studienzeit von seiner Frau unterhaltsmäßig abhängig war, erhält er im Falle ihres Todes sein ganzes Leben hindurch eine Witwerrente, auch wenn er inzwischen Chefarzt geworden ist. Warum bekommt eine Frau, die im Betrieb von einer Leiter gefallen ist und sich eine Querschnittslähmung zugezogen hat, eine volle soziale Absicherung, während eine Frau, die bei der Hausarbeit von der Leiter fällt, nichts erhält?

Das Millionenproblem einer neuen Armut habe ich bereits erwähnt. Es ist eine Fülle von neuen sozialpolitischen Problemen aufgetaucht, die mit den Instrumentarien der klassischen Sozialpolitik nicht zu lösen sind.

Hier geht es um Strukturfragen, die aber nicht gelöst werden können, wenn wir in der Sozialpolitik auf den bisherigen sektoralen Wegen proportional so fortfahren wie bisher. Wenn wir infolge eines niedrigen wirtschaftlichen Wachstums auf dem Sozialsektor zurückstecken müssen, dann wäre es allerdings verfehlt, überall eine proportionale Reduzierung des Sozialniveaus zu verlangen. Dies wäre lediglich eine Fortsetzung der bisherigen Politik, nur eben mit negativen Vorzeichen. Wir müssen auch in der Sozialpolitik zu Prioritäten kommen, die sich nach dem Kriterium der sozialen Gerechtigkeit ausrichten. Und dabei taucht dann ganz schnell das Problem auf, daß manche Dinge, die früher einmal sozial waren, diesen Titel heute nicht mehr verdienen.

Kommen die sozialen Leistungen wirklich all denen zugute, für die sie gedacht waren? Hier spreche ich zunächst einmal die Frage der Einkommensgrenze an. Wir haben eine Sparförderung, die staatliche Sparprämien mit Mehrfachbegünstigungen bis zu einem Nettoeinkommen von 48.000 D-Mark gewährt. Wir wissen, daß zwei Drittel der gesamten Einkommenssteuer von dem einen Drittel

der Einkommensbezieher finanziert wird, die ein Einkommen über dem Durchschnitt haben. Die Leute finanzieren also ihre staatliche Prämie mit der eigenen Steuer, und der Staat stellt Finanzbeamte an, die das Geld hin- und herschieben. Würden wir von 48.000 D-Mark auf 36.000 D-Mark heruntergehen, bekämen wir im Bundeshaushalt ein Finanzvolumen von zwischen 1,6 bis 2,2 Milliarden D-Mark frei.

Ehrenberg

Ich stimme sofort zu, wenn wir das gemeinsam machen.

Geißler

Es ist zum Beispiel überhaupt nicht einzusehen, daß Schulbücher auch für die Kinder besserverdienender Eltern vom Staat finanziert werden müssen. Das ist keine Bildungspolitik, sondern eine Politik für mittlere und höhere Einkommen, also Einkommenspolitik.

In diesem Zusammenhang widerspreche ich der These, daß wir uns hier in einem unausweichbaren Mechanismus befinden. Wenn man in der Sozialpolitik das Denken in Alternativen einführen würde, dürfte es uns auch gelingen, darüber einen Konsens herzustellen, und zwar aufgrund des gegenwärtigen Finanzdrucks. Herr Nölling hat vor einiger Zeit durchaus zu Recht gesagt, die Finanznot kann zum Reformdruck führen. Diese Dinge lassen sich nicht mehr auf die lange Bank schieben, da sonst das System kollabiert.

Jochimsen

Wie schaffen Sie es konkret?

Geißler

Ich meine, wir sind keineswegs hilflos, was die Zukunft anbelangt. Warum sollten wir die Sozialleistungen nicht umstrukturieren können, um zum Beispiel die negativen Folgen zu beseitigen, wie ich sie bei der Rentenversicherung geschildert habe? Dafür gibt es Vorschläge, etwa die eigenständige soziale Sicherung der Frau, die Partnerrente. Das sind politische Konzepte, die sich realisieren lassen.

Frau Noelle-Neumann sprach vom Mangel an Ich-Stärke. Dies ist durchaus richtig. Es bedeutet, daß wir in der Sozialpolitik das persönliche Engagement verstärken müssen, weil eine solche Entwicklung nicht nur humaner, sondern zugleich auch ökonomischer ist. Es ist eben nicht nur humaner, sondern auch ökonomischer, einen 70jährigen gebrechlichen Mann in seinen vertrauten vier Wänden pflegen zu lassen, anstatt ihn in einer stationären Einrichtung unterzubringen, wo dann für ihn pro Tag 100 bis 150 D-Mark bezahlt werden müssen. Dazu ist eine Neuorganisation der sozialen Dienste notwendig, wozu wir mit den Sozialstationen einen ersten Beitrag geleistet haben.

Es ist auch die Frage, ob es nicht humaner und zugleich ökonomischer ist, eine alleinstehende Mutter in die Lage zu versetzen, ihr eigenes Kind zu erziehen, anstatt sie mangels eines Erziehungs- oder Kindergeldes zur Berufstätigkeit zu zwingen und das Kind dann in institutionalisierten Erziehungseinrichtungen schichtweise von Sozialmüttern, womöglich noch mit Universitätsabschluß, erziehen zu lassen. Die Deprivationsschäden, die daraus resultieren, müssen wir dann hinterher in teuren therapeutischen Einrichtungen wieder reparieren.

Es gibt auch keine Zwangsläufigkeit, daß Schwerbehinderte nach den Transportbestimmungen der Deutschen Bundesbahn im Gepäckwagen befördert werden müssen. Es ist auch außerordentlich schwierig für kranke, gebrechliche Menschen, in einen normalen deutschen Eisenbahnwagen hineinzukommen, weil die Treppen so steil und so kantig sind, daß Verletzungsgefahr besteht. Oder Aufzüge sind so klein, daß Kinderwagen und Rollstühle nicht hineinpassen. Wenn die baulichen Veränderungen im Nachhinein vorgenommen werden, wird die Sache dreimal so teuer als wenn man von vornherein daran gedacht hätte, daß es in diesem Staat nicht nur gesunde, starke, kräftige, junge Leute gibt, sondern auch gebrechliche, alte und kranke Menschen. Von vornherein das Prinzip der Solidarität in die Planung miteinzubeziehen, scheint mir ein Kennzeichen einer modernen Sozialpolitik zu sein, die nicht unbedingt mehr kosten muß, aber die im Ergebnis sozial gerechter ist.

Hier geht es um eine neue Sozialpolitik, die realisiert werden kann, ohne daß wir zu einer sozialen Demontage kommen. Wir müssen nur den Mut haben, an Besitzstände heranzugehen; ich erwähnte das Beispiel der Sparförderung. Auch im öffentlichen Dienst lassen sich einige Beispiele anführen. Die daraus freigewordenen Mittel können dazu benutzt werden, um die tatsächlichen Probleme zu lösen.

Dabei geht es auch um die wichtige Frage der Sensibilisierung und Motivierung. Sie können nicht verlangen, daß die Leute zustimmen, wenn ihnen etwas weggenommen wird. Man muß ihnen gleichzeitig erklären, wofür das Geld verwendet werden soll.

Humanität und Ökonomie sind keine Gegensätze: Wenn wir diese Erkenntnis zum Prinzip der Gesellschaftspolitik überhaupt machen würden, könnten wir viel Geld sparen. Wir geben ungeheuer viel Geld für die Bildungspolitik aus. Aber es ist doch merkwürdig, daß der Staat immer dort einen hohen finanziellen Einsatz setzt, wo er die Bildungsinhalte selber bestimmen kann, angefangen von der Grundschule bis hin zur Universität. Wo er dies nicht kann, ist er sehr zurückhaltend. So ist zum Beispiel zu überlegen, ob wir nicht besser die Erziehungsfähigkeit der Familien stärken sollten, anstatt schon die fünfjährigen Kinder in der Schule zu erziehen. Das ist nicht nur eine Frage der besseren Bildungspolitik, sondern auch der Ökonomie. Denn es ist viel teurer, ein weiteres Schuljahr vorzuschalten.

Ich möchte noch einmal wiederholen: Die Sozialpolitik kann heute nicht mehr ausschließlich aus dem Konfliktschema Kapital und Arbeit abgeleitet werden. Der Arbeitnehmer als solcher ist nicht mehr die Norm der Sozialpolitik. Vielmehr sind neue Konflikte aufgetaucht, die gelöst werden müssen. Wenn sie nicht gelöst werden, führen sie zu einer Legitimitätskrise des Staates.

Ehrenberg

Herr Geißler, so sehr ich Ihre letzte Bemerkung unterschreiben kann, so falsch scheint mir der Einstieg in die gesamte Problematik zu sein. Ich meine nicht nur die Beispiele, die Sie wählten, etwa von der Bundesbahn, die lediglich zeigen, wie sinnlos Prolongationen in die ferne Zukunft sind. Mir geht es um Ihren Ausgangspunkt, der all das, was Sie dann sehr richtig als politische Problemstellung formulierten, von vornherein undurchführbar macht.

Mit dem Begriff der "neuen sozialen Frage" gehen Sie davon aus, daß in der Bundesrepublik generell nichtorganisierte Interessen gegenüber organisierten benachteiligt sind. Das ist das Leitmotiv. Damit haben Sie von vornherein den Konsens mit der größten Organisation in diesem Lande, mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, verspielt. Wenn man so an diese Frage herangeht, wird sowohl die Prioritätensetzung als auch die Durchführung außerordentlich schwer.

Statt dessen sollte man den Hinweis von Herrn Scharpf aufnehmen, daß ein breiter Konsens über die Parteien, über die Institutionen im Bundestag und Bundesrat und über die gesellschaftlichen Gruppen hinweg erreicht werden muß, so schwierig er auch sein mag.

Sie bekämen auch sofort meine Zustimmung, die Einkommensgrenze in der Sparförderung von 48.000 auf 36.000 D-Mark herabzusetzen. Nur werden Sie dafür in Ihrer eigenen Partei keine Mehrheit bekommen.

Geißler

Mit Sicherheit bekomme ich dafür eine Mehrheit.

Ehrenberg

Mit Sicherheit nicht.

Im Bewußtsein des breiten Konsensbedarfes dürften wir uns relativ schnell über Prioritäten einig werden, nämlich über das, was ganz wichtig und was zweitwichtig ist. Nur wird dabei stets unterschlagen, daß wir mit dem Festlegen von Prioritäten gleichzeitig Posterioritäten setzen. Wer sagt: das kommt zuerst, sagt damit zugleich, wenn auch nicht so laut: das kommt zuletzt. Und da beginnt es erst schwierig zu werden. Das ist schon innerhalb der Parteien schwierig; erst recht aber über Koalition und unterschiedliche Bundestags- und Bundesratsmehrheiten hinweg.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt das wirtschaftliche Wachstum eine neue Qualität, die über die rein ökonomische Verbreiterung der Möglichkeiten hinausweist. Denn bei der Verteilung der Zuwachsraten kann ich national wie international differenzieren und das dann auch politisch durchsetzen. Dabei muß ich allerdings in einigen Bereichen mit rückläufigen Zuwachsraten in die Substanz gehen.

Geißler

Im Gesundheitswesen besteht eine Rationalisierungsreserve von mindestens 5 Milliarden D-Mark, die man ausschöpfen könnte, ohne die Leistungen verändern zu müssen.

Ehrenberg

Wenn Sie mir ein System nennen, wie man mit Rationalisierung die Gewinnsucht der Ärzte beschneiden kann, will ich Ihnen gerne folgen. Dazu gibt es zwar zahlreiche Vorschläge, aber keinen politischen Konsens.

Freiherr von Weizsäcker

Und da kapitulieren Sie dann.

Ehrenberg

Von kapitulieren ist keine Rede, Herr von Weizsäcker. Nur es nützt doch nichts, schöne Ziele aufzustellen, und wenn es dann zum Schwur kommt, bringen Sie nicht einmal in Ihrer eigenen Partei eine Mehrheit dafür zustande.

Dahrendorf

Sie teilen also den Zweifel von Herrn Scharpf?

Ehrenberg

Ja. Allerdings kann man ihn bei kräftigem wirtschaftlichem Wachstum relativ vernünftig überwinden.

Dahrendorf

Indem Sie Positivsummenspiele und keine Nullsummenspiele spielen.

Ehrenberg

Deshalb ist auch Ihre These, Herr Dahrendorf, daß manche Probleme bei guter Konjunktur schwerer lösbar sind, sehr vordergründig. Das kann für den Mut gelten, sie anzufassen; aber durchsetzen lassen sie sich ohne positiven Zuwachs nicht.

Geißler

Und wenn Sie das Wachstum nicht haben, dann können Sie dies bei Ihrer Politik nur auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit durchführen.

Ehrenberg

Wenn ich das Wachstum nicht habe, muß ich die Konzentration der Kräfte darauf richten, dieses Wachstum wiederzubekommen. Und das ist machbar.

Geißler

Durch Inflation.

Ehrenberg

Nicht durch Inflation.

Dahrendorf

Dabei ist die These von Herrn Geißler, daß das Wachstum sozusagen auch intern zu erreichen ist, daß man also eine wachsende Verteilungsmasse durch Rationalisierung schaffen kann.

Ponto

Wir sehen uns heute mit der Tatsache konfrontiert, daß die Vorstellung, wir würden uns in die Zukunft hinein unbegrenzt so weiterentwickeln können wie in den letzten zehn Jahren, ad absurdum geführt wird. Herr Geißler hat es angedeutet: Es gibt kaum eine aus der Vergangenheit abgeleitete Zahl, die für unsere zukünftige Entwicklung realisierbar ist. Das heißt, die Grenzen dessen, was dieses Land leisten kann, sind überdeutlich geworden.

Wir geben heute jede dritte Mark unseres Sozialproduktes für soziale Zwecke aus. Das ist gut so. Gleichzeitig müssen wir uns alle vor Augen führen, daß wir jede vierte Mark im Außenhandel verdienen. Wir müssen damit unentrinnbar zur Kenntnis nehmen, daß die Finanzierung unseres

sozialen Standards a priori gefährdet ist. Dieses Risiko kann nicht durch Steuererhöhungen oder durch gesellschaftspolitische Formeln ausgeglichen werden, sondern nur dadurch, daß wir unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nach Kräften absichern, und das heißt nicht zuletzt unsere Stellung im internationalen Wettbewerb stabilisieren.

Unser Land befindet sich nach wie vor in einer großartigen Position: Fast alles, was wir herstellen, wird international gebraucht und gern gekauft. Die Frage ist nur, ob es immer gekauft werden kann, wenn unsere Preise aufgrund des Kostendrucks weiterhin steigen sollten.

Sie sprachen von 15 Millionen Menschen, Herr Ehrenberg, denen wir noch einmal einen Einkommensschub geben müssen, damit sie mehr konsumieren können. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß jede Mark, die in diesem Lande mehr verdient, mehr an Einkommen erworben wird, zugleich eine Kostengröße ist, die irgendwo beim Staat oder bei der privaten Wirtschaft erscheint. Genau dort ist unsere Achillesferse sichtbar geworden.

Ehrenberg

Es geht nicht darum, die 15 Millionen Menschen mit irgendwelchen geheimnisvollen Mitteln zu versorgen, sondern dort ist noch Bedarf vorhanden, der zur Vollbeschäftigung führen kann.

Ponto

Natürlich wird der sozialen Frage stets eine hohe Priorität zukommen. Das werden wir auch nicht aus dem Auge verlieren. Es gehört heute aber an den Anfang all unserer Überlegungen, was wir uns in der derzeitigen Situation leisten können, und das ist mit Sicherheit sehr viel weniger, als an sich wünschenswert wäre. Ein Gutes hat die Rezession gehabt, sie hat das Bewußtsein geschärft, was realisiert werden kann - auch in der Sozialpolitik.

Ich formuliere es noch einmal aggressiv: Ich meine, eine Sozialpolitik, die nur das Wünschbare projiziert, die also nicht rechnet, sondern glaubt, es wird schon irgendwie gutgehen, muß auf die Dauer zwangsläufig zu Enttäuschungen führen. Für die politische Alternative erscheint es mir deshalb wichtiger, sich zu überlegen: Was können wir tun? als: Was wünschen wir uns alle, das möglichst bald geschehen möge?

Noch eine letzte Zahl. Ich halte es für eine erschreckende Tatsache, daß die Personalausgaben des Bundes heute etwa 26 Milliarden D-Mark umfassen. Das gesamte Aufkommen an Einkommenssteuer liegt nur um ein bis zwei Milliarden D-Mark darüber. Mit anderen Worten: Unsere gesamten Einkommenssteuern reichen gerade aus, um alle Bundesbediensteten zu bezahlen.

Gutowski

Herr Geißler führte eine Reihe von Ungereimtheiten unserer Sozialpolitik an. Jeder von uns kann solche Beispiele nennen. Daß sie nicht behoben werden, wenn man sie erkennt, hängt offenbar mit den Besitzständen zusammen. Wie Herr Scharpf sagte, kann man nur sehr schwer etwas ändern; es sei denn, man zerlegt das Problem in einzelne Kästchen und behandelt jedes Teilproblem separat. Das führt mit Sicherheit nicht zu dem Optimum, es sei denn zu dem paretoischen, das dann als erreicht gilt, wenn einzelne nicht mehr besser gestellt werden können, ohne daß irgendein anderer oder eine Gruppe dabei Nachteile erleiden.

Herr Biedenkopf hat hier ein optimistischeres Konzept entwickelt, Danach muß man an den Ordnungsprinzipien, also am Grundsätzlichen etwas ändern und nicht am Einzelfall laborieren. Nur wenn man etwas Grundsätzliches bietet, sind die einzelnen Gruppen bereit, auf einen Teil ihres Besitzstandes zu verzichten. Frau Noelle-Neumann erwähnte in diesem Zusammenhang, daß es darauf ankomme, dem einzelnen wieder mehr Entscheidungsfreiheit zu bieten, wie er sein Einkommen verwenden wolle. Vielleicht wäre das so ein Kriterium.

Lassen Sie mich ein Beispiel für eine Änderung am Grundsätzlichen anführen. Ich meine, wir sollten in eine Richtung gehen, wie sie diejenigen befürworten, die die Einführung einer Negativsteuer empfehlen. Ich bin kein Verfechter der Negativsteuer im strengsten Sinne, also eines durchgehenden Steuertarifs, bei dem von einem bestimmten niedrigen Einkommen ab der Staat statt Steuern zu erheben, Subventionen zahlt. Aber bei Anwendung eines solchen Prinzips hätte der einzelne die Möglichkeit zu wählen, was er mit seinem Gelde einschließlich der erhaltenen Subventionen machen will.

Dazu gehört auf der anderen Seite, daß man für eine ganze Reihe von auch staatlich angebotenen Leistungen Preise verlangt, die ihren tatsächlichen Kosten entsprechen. Der einzelne verfügt im Fall

der Negativsteuer ja über ein bestimmtes Mindesteinkommen; er kann entscheiden, wofür er es ausgeben will, mehr für den einen oder für den anderen sozialen Zweck, der ihm für seine Familie und für sich selber wichtig erscheint.

Menke-Glückert

Würden Sie Schattenpreise für öffentliche Dienstleistungen nennen?

Gutowski

Ich würde nicht nur den Schattenpreis als Kriterium für die betreffenden Investitionen errechnen, sondern den Preis auch tatsächlich fordern. Natürlich kann man nicht von heute auf morgen den Preis fordern, den der Personennahverkehr kostet. Man müßte sich da allmählich herantasten. Aber im Prinzip kann man nur so vorgehen, wenn man etwas grundsätzlich ändern will.

Ein Beispiel in die richtige Richtung ist das Wohngeld. Es ist im Prinzip als Negativsteuer konzipiert, aber es ist noch zu eng, da es gegen alternative Verwendungsmöglichkeiten abgekapselt wird.

Schuster

Im Gesundheitswesen ist das sicher nicht möglich. Nicht einmal eine Allparteienkoalition würde da einen Konsensus zustande bringen.

Gutowski

Natürlich ist das äußerst schwierig. Wenn wir aber, wie Herr Biedenkopf vorschlägt, am Grundsätzlichen etwas ändern wollen, dann müssen wir auch grundsätzlich denken und können uns nicht damit abfinden, wie Herr Scharpf sagt, immer nur am Detail zu basteln. Sonst bringt man nur etwas zuwege, wenn man niemandem etwas wegnimmt, mit dem Ergebnis, daß die Gesamtkosten immer größer werden, was auf Dauer, wie Herr Geißler überzeugend dargelegt hat, unmöglich ist.

Scharpf

Sie sagen, Herr Gutowski: Wir müssen etwas ändern. Wer ist wir?

Gutowski

In diesem Falle meine ich das Parlament, die Parteien.

Dahrendorf

Sie gehen davon aus, daß das im Rahmen des Möglichen liegt.

Geißler

Dafür gibt es Beweise.

Biedenkopf

Das wird doch schon in vielen Fällen praktiziert.

Gutowski

Ich erwähne nur am Rande, daß damit die Rationalisierungsprobleme zwar gemildert, aber sicher nicht behoben werden. Herr Geißler hat unterstellt, daß wir mit Hilfe der Rationalisierung sehr viel erreichen können, ohne eine Mark mehr ausgeben zu müssen. Die Höhe der Staatsquote bleibt davon letztlich unberührt. Langfristig, so meine ich, wird die Staatsquote nicht zurückgehen, sondern eher zunehmen.

Ich bin sehr skeptisch, Herr Stolze, daß die Kreditfinanzierung generell dadurch leichter geworden ist, daß in den letzten zwei Jahren Kredite in Höhe von 70 Milliarden D-Mark hingenommen wurden. Denn es geht hier nicht um das konjunkturelle, sondern um das strukturelle Defizit. Wenn wir uns, wie wir hoffen, der Vollbeschäftigung wieder nähern, dann kommt der Staat mit den privaten Investoren in Konflikt, wenn er zu große Sprünge macht. Ich meine zwar, Herr Ehrenberg, daß wir für unser strukturelles Defizit um eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht herumkommen. Aber ein schönes Verfahren ist das nicht; denn die Mehrwertsteuererhöhung ist in der Verteilungswirkung unsozial.

Ehrenberg

Großer Irrtum.

Stolze

Deshalb bringt sie ja so viel.

Gutowski

Wenn ich auf der einen Seite eine Steuerreform mache und auf der anderen Seite die Mehrwertsteuer erhöhe, dann nehme ich gerade den Leuten wieder etwas weg, denen ich eben etwas gegeben habe.

Nölling

Ein Wort zur sozialen Sicherung. Wir haben im letzten Jahr etwa vier Prozent weniger Realwachstum gehabt, während die Sozialleistungsquote um 3,1 Punkte gestiegen ist. Es ist also relativ mehr für soziale Sicherung ausgegeben worden. In diesem Jahr wird es bei positivem Wirtschaftswachstum und dem zurechtgestutzten sozialen Leistungssystem wahrscheinlich zu einem Rückgang der Sozialleistungsquote kommen. Die Bundesregierung hat dies jedenfalls prognostiziert.

Wenn Sie also sagen, Herr Ponto, wir hätten bei unserem Sozialleistungssystem die Grenze erreicht, so ist das keineswegs der Fall. Denn bei einem wachsenden Sozialprodukt werden diese Grenzen laufend erweitert, das heißt es wird wieder mehr für soziale Sicherung zur Verfügung stehen. Ich bin entschieden nicht der Meinung, daß wir uns bei den sozialen Leistungen übernommen haben; in einzelnen Punkten würde ich mit mir reden lassen.

Gewiß, wenn wir auf Dauer kein Wirtschaftswachstum mehr hätten, das reale Volkseinkommen somit stagnieren würde, und wir behielten die Dynamik unseres Sozialleistungssystems bei, dann würde die Sozialleistungsquote steigen, und wir hätten zu entscheiden, bis zu welchem Punkt das gehen soll.

Altmann

Wir würden Pleite machen.

Ehrenberg

Im Gegenteil, damit könnten wir die Pleite verhindern.

Nölling

Nun kommt der Punkt, Herr Geißler, an dem sich Ihre Aussagen im Hinblick auf das Verhalten Ihrer Partei in der Vergangenheit beurteilen lassen: Solange es viel zu verteilen gab, hat die CDU bei jedem Gesetz immer noch etwas obendrauf gelegt, um bei den Wählern attraktiver zu erscheinen. Wollen Sie uns wirklich glauben machen, daß mit Ihrer Partei eine gemeinsame Linie bei Einschränkungen gefunden werden könnte? Sie wissen, Herr Geißler, wie schwer es in der Konferenz der Gesundheitsminister war, sich auch nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner mit Ihren Parteikollegen zu einigen.

Oder denken Sie etwa an die Diskussion über die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Verabschiedung des Haushaltsstrukturgesetzes. Bei der Mehrwertsteuer hat sich die CDU der notwendigen Erhöhung widersetzt - Steuererhöhungen sind ja auch nicht gerade populär.

Sie erwähnten den Fall der Witwenrente, wo die Frau zusätzlich mit eigenem Rentenanspruch auf 160 Prozent kommt. Ich kann Ihnen fünfzig derartige Ungereimtheiten nennen, die ich auch gern verbessern möchte. Aber dann sagen Sie doch, wie Sie solche Probleme lösen wollen. Dann müßten Sie nämlich unter den heutigen Umständen bestimmten Gruppen - und die sind nicht klein - etwas wegnehmen, um bei anderen die Wirkung erzielen zu können, die Sie aufgrund neuer Einsichten für notwendiger oder wichtiger halten. An Ihren bisherigen Praktiken gemessen, fehlt mir der Glaube, daß sich dies gemeinsam machen ließe. Wird es notwendig, werden wohl wie bisher die Koalitionsparteien allein handeln müssen.

Geißler

Zu den sogenannten Grenzen des Sozialstaates möchte ich sagen: Niemand kann im Ernst daran denken, Herr Nölling, die Absicherung der Grundrisiken des Lebens zu beeinträchtigen. Das ist die Substanz und die Voraussetzung für die Freiheit des Bürgers. Da bin ich mit Ihnen völlig einer

Meinung. Worum es mir geht, ist folgendes: Wir diskutieren den Begriff Grenzen des Sozialstaates viel zu sehr unter dem Aspekt der Nachfrager. Dadurch gerät die Argumentation immer in die Nähe der Sozialdemontage.

Wir haben 22 Millionen Versicherte und 12 Millionen Rentner als Nachfrager; aber wir haben auch über 100.000 Ärzte, Tausende von Krankenhäusern, die gesamte Pharmaindustrie als Anbieter, die ebenfalls zu diesem System gehören. Wenn wir über Rationalisierung und Kosteneinsparungen reden und damit über Grenzen des Sozialstaates, dann denke ich nicht in erster Linie an die Nachfrageseite. Vielmehr halte ich mich hier an ein ökonomisches Prinzip: Wenn man rationalisieren will, dann muß man nicht dort beginnen, wo die Kosten gezahlt werden, sondern dort, wo sie entstehen. Dies bedeutet, daß wir in unserem Sozialleistungssystem auf dem Angebotssektor ebenfalls die Sonde ansetzen müssen.

Ehrenberg

Das hätte ich gern beim Arzneimittelrecht mit den Kollegen Ihrer Partei im Bundestag diskutiert.

Geißler

Natürlich befinden wir uns in einer schwierigen Situation. Wenn aber die Analyse akzeptiert wird, könnte auch ein Konsensus über das, was zu tun ist, möglich sein. Wenn zwischen den beiden großen Parteien in der Analyse Einigkeit bestünde, könnten auch Lösungen realisiert werden. Nur besteht diese Einigkeit noch nicht.

Auch die Finanzierung unseres Systems der sozialen Sicherheit ist relativ zufällig. Wir haben eine Art Selbstfinanzierung beim Gesundheitssystem. Dort finden wir die einmalige Situation vor, daß sich die Einnahmen nach den Ausgaben richten, und zwar unbeschränkt und unkontrolliert. Die Bundesregierung baut sogar die letzte Bremse ab, die bisher noch vorhanden war, nämlich die Garantiefhaftung des Bundes. Dagegen werden die Familienleistungen, angefangen vom Kindergeld, über den viel schwerer zu handhabenden Steuerhaushalt des Bundes finanziert mit all den Konkurrenzen, die da vorhanden sind.

Die Lösung der gegenwärtigen Probleme darf selbstverständlich nicht auf Kosten des sozialen Sicherungssystems gehen. Aber wir müßten die Rationalisierungsreserven, die in dem System enthalten sind, nutzen, um die neu entstandenen Konflikte lösen zu können. Wenn das nicht gelingt, wird dieser Staat langfristig in eine Legitimitätskrise geraten.

Freiherr von Weizsäcker

Ich verstehe nicht ganz, Herr Geißler, warum Sie sich am Anfang so von der Sinnfrage distanzieren. Das ist eine Definitionsfrage. Durch Ihre Ausführungen haben Sie doch einen höchst relevanten Beitrag zur Sinnfrage geleistet.

Sie haben zunächst davon gesprochen, in welche erheblichen Schwierigkeiten wir geraten, wenn die derzeitigen Steigerungsraten so weiterlaufen wie bisher - dafür haben Sie einige Beispiele genannt.

Zweitens haben Sie die Aufgaben der neuen sozialen Fragen erwähnt, für die finanziell die Manövriermasse fehlt. Gegen diese neuen Aufgaben sind hier im Grunde gar keine Einwände vorgebracht worden. Und Ihr Urteil, Herr Scharpf, der Entwurf des CDU-Programms sei deutscher Idealismus, haben Sie wahrscheinlich gesprochen, bevor Sie das Kapitel gelesen haben, in dem alles das steht, was Herr Geißler hier vorgetragen hat.

Es führt auch nicht weiter, Herr Ehrenberg, wenn Sie sagen, so könne man nicht ansetzen, weil die Gewerkschaften dagegen seien. Ich bestreite ja nicht, daß es große Schwierigkeiten mit den Gewerkschaften wie auch mit anderen Verbänden geben kann. Aber das ist doch kein Argument, diese Aufgaben gar nicht erst in Angriff zu nehmen.

Ehrenberg

Damit wir uns nicht mißverstehen, Herr von Weizsäcker: vieles von dem, was Herr Geißler genannt hat, ist zweifellos wichtig. Aber die politische Machbarkeit wird erheblich erschwert, wenn Herr Geißler das unter die Überschrift bringt: Die nichtorganisierten Interessen müßten sich dabei gegen die organisierten Interessen durchsetzen. Von daher kommt der Widerstand der Gewerkschaften, die ja durchaus nicht gegen die Wahrnehmung dieser Aufgaben sind.

Freiherr von Weizsäcker

Herr Geißler hat das nicht unter diese Überschrift gesetzt. Es wird aber wohl niemand bestreiten, daß ein Teil des Problems darin liegt, daß es neben gut vertretenen Interessen auch solche gibt, die entweder schlecht vertreten werden oder überhaupt unorganisierbar sind. Natürlich muß man eine Form finden, in der diese Dinge politisch durchsetzbar sind.

Ein Teil der Probleme, um diese Aufgaben zu lösen, ist sicherlich im Verhalten der Parteien, und zwar aller Parteien, begründet. Insofern verstehe ich auch nicht recht, Herr Grüner, wenn Sie der Wirtschaft eine besondere Verantwortung zuschieben wollen. Die Parteien, die Verbände und die Gewerkschaften verhalten sich doch alle in der gleichen Weise, indem sie sich gegenseitig blockieren. Es mag in den Ministerien, in den Fraktionen, in den Parteigremien durchaus vernünftige Pläne geben. Aber das, was wir Sinnvolles tun können, wird blockiert durch das Bemühen um Zustimmung der Mehrheiten, und diese ist schwer zu erzielen, wenn wir alle die vernünftigen Pläne realisieren wollen.

Grüner

Meine Aussage zielte darauf ab, Herr von Weizsäcker: Wenn wir den freien Welthandel in der Auseinandersetzung mit den Entwicklungsländern erhalten wollen, dann ist dafür ein stärkerer Beitrag der Wirtschaft in unserem Lande notwendig, und zwar in ihrem eigenen Interesse.

Freiherr von Weizsäcker

Das mag so sein.

Herr Geißler hat dann einige Beispiele genannt und auch Vorschläge gebracht, wie hier Abhilfe geschaffen werden könnte. In diesem Zusammenhang stellte sich die Frage, was ökonomisch möglich und was zugleich sozial oder menschlich sinnvoll ist. In ähnlicher Weise argumentierte ja auch Frau Noelle-Neumann. Wenn wir, wie Herr Geißler sagt, die Prinzipien der Solidarität in die Sozialpolitik miteinbeziehen, dann vermeiden wir damit auf lange Sicht nicht nur die Erhöhung der Sozialquote, sondern wir erreichen zugleich eine Motivierung. Diese Motivierung, diesen Beitrag zur Sinnfrage, braucht der Bürger; und auf ihr kann auch der Staat aufbauen.

Das Hauptproblem, Herr Scharpf, besteht nicht darin, daß etwa der Bundesrat blockiert oder was es in anderen Verfassungsorganen an Schwierigkeiten geben mag, sondern Parteien wie Verbände stellen immer noch lediglich fest, welches die Bedürfnisse, die Erwartungen, das Verhalten der Bevölkerung sind, ohne irgendeinen Versuch zu unternehmen, verändernd darauf einzuwirken. Erreichen wir aber nicht eine entsprechende Motivierung, dann werden wir die Prioritäten weder auf dem Gebiet der Sozialpolitik noch in anderen Bereichen finanzieren können.

Scharpf

Jeder für sich wäre dazu bereit. Das Problem ist, daß niemand für sich allein in dieser Hinsicht irgend etwas ausrichten kann.

Freiherr von Weizsäcker

Wenn diese Aufgabe von den Parteien nicht erkannt und in Angriff genommen wird, dann sehe ich langfristig keine Überlebenschance für unser Regierungssystem.

Ehrenberg

Darin stimme ich Ihnen zu, Herr von Weizsäcker.

Freiherr von Weizsäcker

Mein Kernpunkt ist: Die Parteien müssen sich ernsthaft bemühen, verändernd, motivierend auf die Bevölkerung einzuwirken. Dazu haben Frau Noelle-Neumann und Herr Geißler wichtige Hinweise gegeben, die sich vielleicht auch auf andere Gebiete übertragen ließen.

Ich bin allerdings nicht sicher, ob wir nicht schon zu viel zur Verwöhnung unserer Bevölkerung beigetragen haben - alle miteinander, die Parteien wie die Verbände;-, um dieses Ziel noch zu erreichen. Vielleicht ist es möglich, die Menschen in einigen der Bereiche, die Herr Geißler anführte, zu motivieren. Ob wir aber die Motivierung zu der rationalen Einsicht schaffen, daß zu unseren Zukunftsprioritäten zum Beispiel auch die Verteidigung und die Entwicklungshilfe gehören müssen und anderes mehr, das scheint mir fraglich zu sein.

Jochimsen

Was die Prioritätensetzung angeht, so habe ich Herrn Biedenkopf in der Pause gefragt, ob er nun Landesverteidigung oder Entwicklungshilfe wolle, und er antwortete, natürlich müsse er beides wollen.

Biedenkopf

Das habe ich nicht gesagt. Vielmehr habe ich davon gesprochen, daß ich ein Prioritätenprofil bilden muß. Ich kann nicht gänzlich auf die Landesverteidigung oder die Entwicklungshilfe verzichten zugunsten des jeweils anderen. Ich habe ausdrücklich dazu gesagt, daß das nicht nur eine Verteilung von Zuwachs beinhaltet, sondern auch eine Umschichtung im vorhandenen.

Jochimsen

Damit wird aber die Frage, wie die Prioritätensetzung denn nun aussehen soll, noch nicht einmal berührt. Es wird nur gesagt: Hier ist ein Problem - und diese Problemsicht teile ich ja. Was das aber mit praktischer Politik zu tun hat, ist mir nicht deutlich geworden.

Mir ist auch nicht deutlich geworden, Herr Geißler, ob Ihre Argumentation darauf hinausläuft, daß die Staatsquote erhöht werden soll oder nicht.

Geißler

Ich habe gesagt: Ohne daß wir eine Mark mehr dafür ausgeben müssen.

Menke-Glückert

Mehr Verteilungsmasse durch Rationalisierung.

Jochimsen

Also bleibt die Staatsquote konstant? Natürlich ist die Diskussion um die Staatsquote sehr problematisch. Dabei geht es um hochaggregierte Größen, die - das wissen wir aus Konjunkturverläufen - Resultanten aus vielen Prozessen sind, die gar nicht so zu steuern sind, wie es immer unterstellt wird.

Biedenkopf

Wollen Sie damit sagen, daß dieser Prozeß überhaupt nicht steuerbar ist?

Jochimsen

Er ist in Grenzen steuerbar. Aber es handelt sich dabei um keine sinnvolle Zielgröße der Politik. Die Frage ist: Wie weit gehen die Gestaltungsspielräume, die wir hier als Zielgrößen der Politik postulieren können? Welche Elemente der Staatsquote können solche Zielgrößen sein, müssen sie gesenkt oder umgestaltet werden?

Dahrendorf

Wo liegen die Spielräume für die nächsten vier Jahre? Welche Prioritäten sollen wir setzen? Die eine These, die uns dazu vorgetragen wurde, läuft darauf hinaus, daß es möglich ist, sowohl innerhalb der bestehenden Institutionen als auch innerhalb der vorhandenen Ausgabendecke wesentliche Veränderungen in der Prioritätensetzung der Sozialpolitik vorzunehmen. Die Gegenthese lautet, daß solche Veränderungen angesichts der Blockierung der verschiedenen Kräfte in der Bundesrepublik kaum möglich sind.

Jochimsen

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zur ausgabenintensiven Bildungspolitik machen. Wo sollten dort in der nächsten Legislaturperiode die Prioritäten liegen? Zunächst zu der Frage: Wie können wir die jungen Menschen, die aus den Schulen in betriebliche Ausbildungsplätze, in vollzeitschulische Ausbildungen und in die Hochschulen drängen, mit einem qualifizierten Ausbildungsangebot versorgen? Dies ist auch eine eminent wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe. Denn nur, wenn wir für die Qualifizierung der zukünftigen Arbeitskräfte sorgen, werden wir langfristig bestehen können.

Es geht hier nicht um die Forderung nach einer garantierten Berufs- und Einkommensperspektive. Das heißt, wir dürfen die Bildungspolitik in ihrem Verhältnis zum Beschäftigungssystem nicht so vereinfacht darstellen, als gebe es nur die Alternative: entweder Koppelung oder Entkoppelung. Mit anderen Worten, die Frage - unter dem Aspekt der Koppelung;- , welche Arbeitsplätze wir den heute Studierenden anbieten können, ist von der Bildungspolitik so nicht zu beantworten.

Auf der anderen Seite besteht natürlich ein enger Zusammenhang. Aus diesem Grunde ist eine sehr differenzierte Reaktion des Bildungsangebotes auf die Bedürfnisse des Beschäftigungssystems erforderlich. Aber ich setze gleich hinzu, daß auch das Beschäftigungssystem aus eigenem Interesse auf die veränderte Quantität und Qualität des Bildungsangebotes reagieren muß. Diese Frage ist bisher weder für den öffentlichen Dienst noch für die Wirtschaft untersucht worden.

Es gibt ein Bürgerrecht auf Bildung, das unabhängig von der Arbeits- und Berufsperspektive ist. Das bedeutet allerdings auch, daß man mit dem "A13-Syndrom" im öffentlichen Dienst aufräumen muß. Außerdem müssen Strukturreformen innerhalb des Bildungswesens sehr viel ernsthafter betrieben werden, als das bisher der Fall ist. Ich halte eine Politik der Mobilisierung der verfügbaren Ressourcen im Bildungswesen für notwendig, um allen ein Angebot machen zu können.

Für die quantitative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gibt es nicht einmal in den mittelfristigen Wirtschaftsperspektiven wirklich solide Projektionen. Kein Unternehmen in der Bundesrepublik, ob privat oder öffentlich, verfügt über eine Personalplanung, die weiter als höchstens drei Jahre reicht.

Mein zweiter Punkt betrifft die effektive Nutzung der Ressourcen im Bildungswesen. Nur durch die Mobilisierung und Nutzung der Ressourcen kann die Motivation geschaffen werden, um die Effizienz der eingesetzten erheblichen Mittel zu steigern. Wenn versucht wird - wie das in den Ländern weithin der Fall ist;- , die Nutzung dieser Ressourcen durch Reglementierung und Bürokratisierung, durch administrative Festlegung bis ins einzelne zu erreichen, dann wird das nicht den gewünschten Erfolg bringen. Hier schlagen dann die zentralverwaltungswirtschaftlichen Elemente der Systemanalyse durch, und die Ergebnisse einer solchen Politik sind abzusehen. Fächer mit Bewerbermangel nimmt man dann eben nicht aus dem ZVS-Verfahren heraus, sondern man reduziert die Höchstzahlen.

Drittens erwähne ich dann nur noch die Frage der Weiter- und Fortbildung, die ebenfalls unter die ausgabenintensiven Bereiche zu rechnen ist.

Wildenmann

Ich sehe die Priorität vor allem in der Gesellschaftspolitik. Wir müssen davon ausgehen, daß in dieser Gesellschaft fast 70 Prozent der Bevölkerung ihre Erwartungen an den Lebensstandard ohne Wirtschaftswachstum kaum werden erfüllen können. Ich sagte schon, daß die relativen Chancen, sowohl was die Bildung als auch was die Einkommen angeht, für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in den letzten 50 Jahren kaum gestiegen sind - auch wenn absolut gesehen eine nicht unbeträchtliche Steigerung der Lebenschancen für alle eingetreten ist. In diesem strukturellen Problem sehe ich eine der wichtigsten Ursachen für die Verstopfung der Regierungssysteme. Man hat versucht, die individuellen Risiken durch kollektive Absicherung aufzufangen. Herr Ehmke hat das einmal den "Rechtswegstaat" genannt. Die unablässigen Neuansprüche, die sich ständig perpetuieren, führen dazu, daß der Staat sie schließlich nicht mehr leisten kann.

Seinerzeit, zu Beginn der Bundesrepublik, wollte man ein ganz anderes Konzept für die Sozialpolitik entwickeln, nämlich die individuelle Risikosicherheit durch eine individuelle Risikoabsicherung erreichen. Das wurde damals von der Militärregierung abgelehnt.

Natürlich läßt sich der Rechtswegstaat der Ansprüche nicht von heute auf morgen ändern. Aber grundsätzlich ist eine Neuorientierung der Gesellschaftspolitik unumgänglich. Man kann gar nicht früh genug damit beginnen. Wir müssen versuchen, die gesamten Risiken, die in dieser Gesellschaft vorhanden sind, in ganz anderer Weise aufzufangen. Damit würde man auch den Staatsapparat von jenem ungeheuren Druck befreien, den er auf die Dauer kaum bewältigen kann.

Die kollektiven Maßnahmen sollen keineswegs abgeschafft werden, aber sie sind so zu durchdenken, daß eine klare politische Entscheidung möglich wird. Heute setzen immer neue organisierte Gruppen ihre Ansprüche durch und blockieren die Regierungsmaschinerie. Erscheinungen, wie sie Frau Noelle-Neumann erwähnt hat, dieses Gefühl, man würde gar nicht mehr partizipieren, haben etwas zu tun mit der gesellschaftlichen Situation, in der sich die Menschen befinden.

Wenn wir heute über Dinge wie die individuelle Vermögensbildung diskutieren, dann deutet sich damit eine ganz andere Orientierung der Gesellschaftspolitik an. In dieser Richtung müssen wir konsequent weitergehen.

Oetker

Mir geht es hauptsächlich darum: Wie können wir mehr Leistung und damit auch im sozialen Sicherungssystem mehr Transparenz erreichen, um jedem einzelnen größere Einwirkungsmöglichkeiten einzuräumen? Dem Subsidiaritätsprinzip ist bei Aufrechterhaltung des Prinzips der Solidarität in der Gesellschaft größerer Raum zu geben. Es sollen Anreize gegeben werden, um die Mitwirkungsmöglichkeiten jedes einzelnen sichtbar zu machen. Vielleicht können wir ihn damit auch etwas zufriedener stellen. Und dadurch verbessern wir letztlich das Leistungssystem unserer gesamten Volkswirtschaft.

So gilt es etwa, wie Sie zu Recht sagen, Herr Wildenmann, die Vermögensbildung zu verstärken. Wenn die Arbeitnehmer dabei nur ein wenig erfahren, was es heißt, Risiko zu tragen, dürfte das schon dazu führen, die Leistungseffizienz auch in der Volkswirtschaft insgesamt zu erhöhen. Deshalb halte ich die Vermögensbildung für ein wichtiges Ziel, gerade in den nächsten vier Jahren. Denn möglicherweise liegt in der Vermögensbildung ein Ansatzpunkt, um auch die Probleme des sozialen Sicherungssystems mit lösen zu helfen.

von Dohnanyi

Bei der Festlegung von Prioritäten kommt es ohne Frage auf allgemeine ethische Grundsätze oder sittliche Motivationen an. Ich habe sehr wohl verstanden, was Frau Noelle-Neumann mit Ich-Bewußtsein und Herr Biedenkopf mit Identität meinten. Ich frage mich nur, ob wir nicht die Nebenwirkungen des Systems, in dem wir leben und dessen Ergebnisse wir alle konsumieren, unterschätzen.

Natürlich dient der Wettbewerb der Machtkontrolle, Herr Biedenkopf. Zugleich aber ist er auch eine wesentliche Leistungskomponente in unserem System.

Biedenkopf

Das ist kein Widerspruch.

von Dohnanyi

Wir wollen zwar Solidarität, zugleich aber bewirkt ein zunehmender Wettbewerb Entsolidarisierung - das zeigt sich bis hinein in unsere Schulen. Wir wollen mehr Opferbereitschaft, zugleich aber fördern wir die Mobilität in unserer Gesellschaft; Nachbarschaft und Großfamilien werden aufgelöst, und es ist sehr schwer, opferbereit zu sein für jemanden, den man gar nicht kennt. Wir wollen mehr Glück, Frau Noelle-Neumann. Selbstverständlich. Gleichzeitig aber produzieren wir immer mehr Arbeitsteilung, ein immer abstrakteres Niveau von Arbeit. In Schweden sind Konzeptionen für die Auflösung der Fließbandarbeit entwickelt worden. Von manchem Marktwirtschaftler zunächst belächelt, wird hier der Versuch gemacht, dieses Problem grundsätzlich anzugehen.

Ich stimme also zu: Wir brauchen die sittliche Motivation, aber wir dürfen die Nebenfolgen des Systems nicht verkennen. Mich hat vor einiger Zeit ein Interview in der FAZ mit Lilli Palmer sehr beeindruckt. Sie berichtet darin über ihre Arbeit an dem Film "Lotte in Weimar", den sie in der DDR gedreht hatte, und sie schildert, wie das Arbeiten dort im Vergleich zu ihrer normalen Filmarbeit in Amerika so viel mehr Glück bedeutet habe, "weil ich so ohne Hetze war und mich ganz der einen Sache widmen konnte und nicht 26 Dinge gleichzeitig machen mußte."

Wir haben ein sehr produktives System, aber die Nebenfolgen sind schwer in den Griff zu bekommen, weil wir die "Gegengifte" vorsichtig dosieren müssen; denn wir leben ja zugleich von der Produktivität des Wettbewerbs.

Sie sagen, Herr Biedenkopf, wir müssen versuchen, den Einfluß des Staates zurückzudrängen, zumindest in bestimmten Bereichen. Ich stimme Ihnen durchaus zu. Dabei dürfen wir aber eine andere Entwicklung nicht übersehen: Unser System lebt von der Kommunikation. Je kommunikativer aber eine Gesellschaft ist, desto unerträglicher werden Ungleichheit und Ungerechtigkeiten in ihr: weil man mehr davon weiß. Der Staat sieht sich aufgrund der Kenntnis von Ungerechtigkeiten, die ihm durch das Informationssystem zugetragen werden, immer wieder genötigt zu intervenieren, also seinen Einfluß auszuweiten.

Natürlich haben diejenigen recht, die sagen, man müsse alles im Zusammenhang sehen. In den sechziger Jahren gab es eine große Diskussion über Programming Planning and Budgeting System (PPBS). In Frankreich ist die Debatte darüber bis hinein in die Regierung geführt worden. Ich habe damals mit Chirac, der dafür zuständig war, gesprochen. Ich habe mir die Dinge auch in Amerika

genau angesehen. Diese Systeme sind letztlich alle gescheitert, weil das Herstellen vergleichbarer Elementarteilchen, die man braucht, um Prioritäten "auswiegen" zu können, so außerordentlich schwierig, ja unmöglich ist. Trotzdem stimme ich Herrn Scharpf nicht zu. Wir können mit mehr Fakten, klareren Überzeugungen und mit dem Einsatz von mehr Zeit - was auch ein Prioritätenproblem ist - sehr viel mehr eingreifen und verändern, als es hier am Tisch so anklang.

Noch einige Bemerkungen zum Spielraum. Ich halte es für falsch, hier nur auf den Spielraum Staat abzustellen. Was im Einzelfall dem Staat und was der privaten Wirtschaft zuzurechnen ist, ist oft zufällig und eigentlich sekundär. Worauf es ankommt: Wir müssen nach der Zumutbarkeit, nach den Kosten für die gesamte Volkswirtschaft fragen.

Was uns hierzu aber fehlt, ist die Kenntnis der Folgekosten von Gesetzesentscheidungen. Herr Maihofer versucht jetzt für den öffentlichen Bereich Abhilfe zu schaffen. Meine Anregung ist, daß wir für den privaten Bereich die öffentlichen Unternehmen heranziehen, um die wirtschaftlichen Folgekosten unserer Gesetzgebung rechtzeitig festzustellen. Dann würden nicht so merkwürdige Situationen entstehen wie heute, daß wir einerseits auf die Mineralöl- oder Benzinpreiserhöhungen schimpfen, andererseits aber wissen, daß die VESA auf eben diese Erhöhungen angewiesen ist.

Dann hieß es: Der Staat muß sparsamer werden, und er kann das auch. Dafür müssen wir aber, so meine ich, die Kongruenz von Kompetenz und Verantwortung verbessern. In diesem Zusammenhang ist der Artikel 91 A GG, der die Gemeinschaftsaufgaben regelt, ein großer Fehler. Der Bund regt bestimmte Aufgaben an, die die Länder durchführen. Keiner ist am Ende verantwortlich. Ein großer Teil der Verschwendung im Hochschulbereich resultiert aus diesem Mangel an Verantwortung bei den Gemeinschaftsaufgaben.

Ich bin gegen Existenzbedrohung, aber für eine "Karrierebedrohung", Herr Biedenkopf. Das halte ich allerdings für notwendig. Auch im öffentlichen Dienst ist für die Karriere ein bestimmter Leistungsnachweis und damit ein Risiko unerlässlich. Man sollte die Daten der Prüfungsgesellschaften über Tätigkeiten der Gemeinden, der Länder und des Bundes vergleichend heranziehen. Daraus könnte man Indizes entwickeln und hätte auf diese Weise eine "simultierte Konkurrenz" zwischen den Leistungen an der einen und an der anderen Stelle. Die Daten sind bei den Prüfungsgesellschaften vorhanden, aber niemand nutzt sie. Der Bürger wird sich dann seinen Stadtrat schon vorknöpfen.

Es gibt also eine ganze Reihe von Möglichkeiten, um ohne allzu großen Aufwand den Problemen näherzukommen, die uns hier beschäftigen. Was aber die Grundsatzfrage angeht: Herstellung von mehr Glück - ich habe Zweifel, ob das in unsere Kompetenz fällt.

Stolze

Mit Herrn Ehrenberg meine ich, daß der Spielraum der deutschen Innenpolitik entscheidend, wenn auch nicht allein, davon abhängt, ob es uns gelingt, wieder wirtschaftliches Wachstum zu erreichen. Das heißt aber keineswegs, Herr Geißler, daß ich der Ansicht bin: Wenn wir wieder wirtschaftliches Wachstum haben, können wir beinahe alles finanzieren. Ich stimme Herrn Ponto durchaus zu: Wir müssen uns fragen, was wir noch finanzieren können. Auch Herr Gutowski hat recht, Besitzstände in einer pluralistischen Demokratie lassen sich allenfalls in Notzeiten reduzieren, nicht bei normaler Konjunktur.

Deshalb ist wirtschaftliches Wachstum so wichtig, und zwar im Sinne einer Politik der kleinen Schritte, die uns ja auch in der Außenpolitik empfohlen wurde. Eine Politik der kleinen Schritte bei der Lösung der konkreten Probleme muß keineswegs bedeuten, daß man sich stets nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigt.

Wenn ich Frau Noelle-Neumann richtig interpretiere, wäre dies für die Regierung der nächsten vier Jahre, wie immer sie zusammengesetzt sein wird, sogar eine recht populäre Politik. Denn offenbar fühlt sich die Bevölkerung durch die ständige staatlich verordnete Veränderung ihrer Umwelt, die sie im Einzelfall nicht mehr begreift, überfordert. Vielleicht ist es ganz gut, wenn wir in eine etwas ruhigere Phase kommen und uns ein bißchen mehr Zeit nehmen für Problemlösungen.

Abschließend will ich eine Frage stellen, ohne daß ich darauf eine Antwort erwarte: Was wäre .eigentlich so unerträglich an der Vorstellung, daß wir in vier Jahren hier wieder zusammensitzen in einem Land, das so aussieht wie heute? Was ist in diesem Land ein wirklich unerträglicher Zustand, der sofort oder spätestens in einem Jahr geändert werden muß? Ich meine, wir leben nicht nur in einem relativ freiheitlichen, sondern auch in einem relativ glücklichen Land.

Geißler

Wenn Sie fragen, Herr Stolze, was muß denn in den nächsten vier Jahren geändert werden, dann würde ich sagen, daß es auf die Dauer untragbar ist, wenn es heute in der Bundesrepublik Deutschland 5-6 Millionen Menschen gibt, die ein Einkommen an der Schwelle der Sozialhilfe haben. Warum befinden sich diese Menschen in einer solchen Lage? Weil sie nicht über das Droh- und Störpotential verfügen, das organisierte Gruppen beim inflationären Verteilungskampf um das Bruttosozialprodukt einsetzen können. In der Regel setzen sich eben die Organisierten gegen die Nichtorganisierten durch.

Dieser Zustand muß geändert werden. Dafür gibt es eine Gemeinwohlverpflichtung des Staates, des Parlamentes. Der Staat hat diese Verantwortung in mancher Hinsicht, zumindest auf dem sozialpolitischen Sektor, nicht übernommen. Um die Grenzen der Belastbarkeit durch Sozialversicherungsabgaben einzuhalten, wird zum Beispiel von Rentenkürzungen gesprochen. Eine Lösung wäre aber auch in der Weise möglich, daß man den Rentenbestand erhält, aber etwa in der Krankenversicherung Ausgabeneinsparungen vornimmt. Um dies zu erreichen, müßte man sich allerdings mit sehr mächtigen Interessengruppen auf dem Gesundheitssektor anlegen. Bisher ging der Trend in dieser Gesellschaft leider dahin, daß man sich lieber auf dem Rücken der Schwächeren einigte.

Oder denken Sie an die 600.000 Altersheimbewohner, ebenfalls eine Minderheit, die nicht über ein Droh- und Störpotential verfügt. Darunter befinden sich viele Arbeiter, die in einem 45jährigen Arbeitsleben hohe Beiträge gezahlt haben. Sie sind heute auf die Sozialhilfe angewiesen, weil ein Heimplatz 30 bis 40 D-Mark pro Tag kostet. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Strukturelemente bei uns nicht mehr in Ordnung sind.

Dahrendorf

Wir müssen die Diskussion jetzt abbrechen. Ich bedauere, daß wir nicht mehr die Zeit gefunden haben, die Fragen der Verfassungspolitik direkt zu erörtern. Denn es sind hier ja Zweifel laut geworden, ob wesentliche Veränderungen, auch wenn sie als richtig erkannt sind, tatsächlich durchgeführt werden können. Die Gründe dafür, so wurde gesagt, liegen in unserer Verfassungswirklichkeit.

Wenn man Deutschland von außerhalb betrachtet, so gewinnt man den Eindruck, daß die Bundesrepublik in hohem Maße imstande ist, für den Wohlstand ihrer Bürger zu sorgen und die Wirtschaft in Gang zu halten. Dagegen tut sich die Bundesrepublik offenkundig schwer, mit ihren Institutionen gelassen umzugehen. Das ist ein Eindruck, der bei vielen, ich rede nicht nur von bestimmten Gruppen, vorhanden ist. Es wäre sicher zu begrüßen, Herr Körber, wenn der Bergedorfer Kreis einmal diese Thematik umfassend erörtern würde.

Ich will jetzt nicht Einigkeiten konstatieren, wo keine sind. Dennoch bin ich der Auffassung, daß Herr Stolze recht hat mit seiner Bemerkung, wir gingen in eine ruhigere Phase von Problemlösungen hinein, und das sei auch gut so. Das gilt jedenfalls dann, wenn die deutsche Politik weiterhin von den Gruppen und Parteien bestimmt wird, die in diesem Raum versammelt sind - bei allen Unterschieden, die zwischen ihnen bestehen.

Hinter vielen politischen Konzeptionen, die auch ich selber vertrete, steht eine Vorstellung vom Menschen in der Gesellschaft, die sehr viel mit dem zu tun hat, was Herr von Dohnanyi als Wettbewerb, als Mobilität, als Fähigkeit des einzelnen, sich in der Gesellschaft zu bewegen, bezeichnet. Das bedeutet negativ, daß der einzelne aus solidarischen Bindungen eher herausgelöst als in sie hineingestellt wird.

Mit anderen Worten: Hinter vielen politischen Konzeptionen des letzten Jahrzehnts und auch hinter manchem, was hier heute gesagt worden ist, steht eine individualisierende Vorstellung vom Menschen. Emile Durkheim hat in seinem Buch über den Selbstmord als Kernthese vertreten: Wenn Menschen aus ihren Bindungen gelöst werden, werden sie ratlos. In diesen Fällen sind individuelle Kurzschlußreaktionen und Verzweiflung sehr viel wahrscheinlicher als bei Menschen, die stärker in solidarischen Bindungen leben. Es tritt Anomie ein. Hier liegt möglicherweise eines der tiefsten Probleme der Reformpolitik des letzten Jahrzehnts.

Dagegen ist bei einigen Teilnehmern ein ganz anderes Bild vom einzelnen in der Gesellschaft deutlich geworden. So sagte Herr Geißler, man solle etwa dafür sorgen, daß Kinder länger in der Familie erzogen werden. Das kann auch durch Politik unterstützt werden. Ich habe den Eindruck, daß auch hinter der Bemerkung von Herrn Biedenkopf über die sittliche Haltung und ihre Bedeutung in der Politik eine solche Vorstellung steckt. Aber ist das mehr als eine Rückkehr in eine schon überwundene Vergangenheit?

Noch ein weiterer Punkt: Welches Bild macht sich die Bundesrepublik von ihrer eigenen Rolle in Europa und in der Welt? Dies, so meine ich, ist von erheblicher Bedeutung. Die Bundesrepublik spielt heute eine außerordentliche Rolle in der Welt, gleichgültig was sie tut. Das hat sie mit den Vereinigten Staaten gemeinsam. Beide Länder wirken nicht nur durch ihre wirtschaftliche Position, sondern vor allem auch durch die Form ihrer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ordnung auf viele andere prägend; manche werden allerdings auch abgeschreckt. Diese Rolle erfordert ein hohes Maß an Verantwortung, das man sich in diesem Lande allgemein klarmachen sollte.

Abschließend möchte ich Ihnen allen danken, daß Sie in einer Zeit, in der es nicht gerade leicht ist, quer durch die Parteien und Meinungsgruppen miteinander zu reden, dennoch eine Diskussion von dieser Intensität und Sachlichkeit geführt haben. Das ist an sich schon ein Beweis dafür, daß, wie Herr Körber es ausgedrückt hat, die innere Politik in der Bundesrepublik im Feld der Mitte stattfindet. Vielleicht sind wir gelegentlich in das Fahrwasser des Wahlkampfes geraten. Das ist kurz vor einer so wichtigen Wahl schwer zu vermeiden. Es macht immerhin eine der Stärken der Bundesrepublik aus, daß es in ihr Wahlen gibt, was weiß Gott nicht in vielen Ländern der Welt der Fall ist.

Körber

Ich denke, wir alle sind zufrieden damit, daß dieser Gesprächskreis kein "Wahlkampf im Wahlkampf" geworden ist. Eher konnte man bisweilen den Eindruck gewinnen, daß die Parteien näher beieinander operieren, als es ihnen die Wahlstrategen begrifflicherweise erlauben können.

Ist es uns gelungen, vom Feld der Mitte aus, von dem Herr Dahrendorf sprach, den Blick auf einige der zentralen Aufgaben freizubekommen? Ein unbefangener Beobachter wird diese Feststellung sicher mit der Einschränkung bejahen, daß der neugewählte Bundestag - und mit ihm die neue Bundesregierung - weniger vor bedeutenden, vielleicht sogar noch weniger vor ideologisch profilierten Entscheidungen als vielmehr vor Kompromissen stehen wird, und damit meine ich: Kompromisse auch mit der jeweiligen Opposition. Zu diesen Kompromissen wird eine neue Regierung - sofern man eine Koalition zwischen CDU und FDP ausschließt - mit Rücksicht auf die zu erwartende Sitzverteilung im Parlament mehr denn je gezwungen sein.

Für mich ist in unserer heutigen Diskussion die Lösung irgendeiner wichtigen Aufgabe, zum Beispiel der Finanzpolitik, der Sozial- und Gesundheitspolitik, nicht sichtbar geworden. Es bleibt also bei dem bisherigen pragmatischen Stil der inneren Politik. Dieser Pragmatismus stößt, wie wir wissen, einerseits auf den Beifall der Bürokratie, der Verbände, vielleicht auch der Praktiker des Bundestages, andererseits jedoch auf die mißtrauische Kritik der Intellektuellen. Diese Kritik würde sicher an Boden gewinnen, wollten wir in der Politik auf nüchterne, rationale und wissenschaftlich nachprüfbare Diagnosen und Tatbestandsaufnahmen verzichten.

Erlauben Sie mir dazu einen Hinweis auf eine bedeutende und ehrwürdige Tradition der arabischen Medizin, der wir ja einiges zu verdanken haben: Die arabische Medizin unterscheidet zwischen dem Diagnostiker als dem eigentlich maßgebenden Arzt und dem Therapeuten, der sich dann der Kontrolle des Diagnostikers stellen muß.

Aus solcher kulturgeschichtlicher Erinnerung ließe sich eine nützliche Parabel für unsere Politik gewinnen. "Nichts", sagt Kant, "ist so praktisch wie die Theorie". Lassen Sie mich, bescheidener, ergänzen: Keine Praxis ohne Diagnose.

Warten wir ab, bis die Wähler ihr Votum gegeben haben. Ihnen allen danke ich, daß Sie dieses erwartungsvolle Thema fruchtbar gemacht haben und wünsche all denen von Ihnen, die jetzt den Wahlkampf zu bestreiten haben, jeden persönlichen Erfolg.